

# offen-siv

---

**Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

**8/2018**

---

**Spendenempfehlung: 3,00 €**

## **Ausgabe September-Oktober 2018**

Redaktionsnotiz.....	3
Marxistisch-leninistisches Ferstudium.....	5
<i>Frank Flegel</i> : Bericht von den beiden dritten Seminaren unseres marxistisch-leninistischen Fernstudiums.....	5
Gegen den 12-Stunden-Arbeitstag.....	6
<i>KJÖ, KSV, PdA</i> : Offener Brief an den Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB).....	6
Der deutsche Imperialismus – ein Überblick.....	8
<i>Johann Woydt</i> : Der deutsche Imperialismus oder: Solange es Imperialismus gibt, gibt es Krieg!.....	8

Zur Geschichte des Sozialismus.....	35
<i>Kommunistische Organisation</i> : Der „Prager Frühling“ in der Tschechoslowakei 1968: Die verhinderte Konterrevolution.....	35
<i>Karsten Schönsee</i> : Warum siegte die Konterrevolution 1989/1991?.....	46
Die Lehre von der Denkweise und der Materialismus.....	65
<i>Heinz Ahlreip</i> : „Wie die Lebensweise der Menschen, so ist ihre Denkweise.“.....	65
Dokumentation: Offener Brief an Patrick Köbele.....	78
<i>Jacob Schulze</i> : Offener Brief an Patrick Köbele, Vorsitzender der DKP.....	78
Antwort auf einen Leserbrief von Gerhard Naumann	85
<i>Frank Flegel</i> : Antwort auf Gerhard Naumanns Leserbrief in der Ausgabe 6-2018 der offen-siv.....	85
Aus der Leser/innen-Post.....	88
<i>Bodo Schulze</i> : Zur Geschichte des Maoismus in Westdeutschland.....	88
<i>Ludwig Groeneveld</i> : Optimismus.....	89
<i>Vitali Kovel</i> : Kompilation über das Fernstudium gemacht.....	89
<i>Joachim Becker</i> : offen-siv wird gebraucht.....	90

## Impressum

### offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,  
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: [redaktion@offen-siv.com](mailto:redaktion@offen-siv.com), Homepage: [www.offen-siv.net](http://www.offen-siv.net)

#### Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49,  
BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

## Redaktionsnotiz

Mit dieser Ausgabe wird die Zeitschrift offen-siv 25 Jahre alt.

Anna und Frank waren im Sommer 1993 mit drei weiteren Genossinnen und Genossen in die Kommunistische Plattform der damaligen PDS in Hannover eingetreten mit der Illusion, dort noch etwas retten zu können, also mehr theoretische Klarheit erreichen und die dort vorhandenen Kommunisten sammeln zu können. Wie sich nach einiger Zeit herausstellte, war das nicht möglich.

Trotzdem blieb der Anti-Revisionismus und die Verteidigung des Marxismus-Leninismus immer unser Hauptanliegen.

Im September 1993 kam also die erste Ausgabe der offen-siv heraus – mit 12 Seiten. Seitdem ist einiges passiert. Vieles bildet sich ab an den wechselnden Herausgeberschaften.

Zunächst fungierte die PDS Hannover als Herausgeberin, als diese nach mehreren vergeblichen Versuchen, die offen-siv zu übernehmen, die Herausgeberschaft kündigte, übernahmen die Kommunistische Plattform der PDS Hannover und die Kommunistische Plattform der PDS Göttingen. Auf diesen beiden Standbeinen war die offen-siv einige Zeit sicher.

Als dann die Kommunistische Plattform der PDS Göttingen von der Herausgeberschaft zurücktrat, dauerte es nicht lange, bis die Kommunistische Plattform der PDS Hannover nachzog und stolz verkündete: „*Die KPF Hannover ist nicht mehr Herausgeber der offen-siv!*“. Mit Ausrufezeichen!

Nun standen wir ohne Herausgeber da. Wir gründeten einen Herausgeberverein, den „Verein zur Förderung demokratischer Publizistik“, Gründungsmitglieder waren Erich Buchholz, Hans Fischer, Frank Flegel, Kurt Gossweiler, Peter Hacks, Dieter Hainke, Anna C. Heinrich, Ingo Höhmann, Willi Opitz, Michael Opperskalski, Andrea Schön, Hans Schröter. Das ging einige Jahr recht gut, bis der Herausgeberkreis zur Wiege der Kommunistischen Initiative wurde. Diese entwickelte sich zuerst recht vielversprechend, glitt dann aber in eine unangenehme Wagenburgmentalität ab, vollzog eine Spaltung und zerstörte sich mehr oder weniger selbst. Wir mussten den Herausgeberverein auflösen.

Seitdem fungiert Frank Flegel als Herausgeber.

Nach dem Kollaps der Kommunistischen Initiative hat die offen-siv sich wieder stabilisiert, wir haben heute mehr Abonnenten/innen als vorher, der Stamm der Autorinnen und Autoren hat sich vergrößert und das Spendenaufkommen ist

gewachsen. Die Herausgabe der drei Bände Kurt Gossweiler, „Wie konnte das geschehen?“, die Wiederaufnahme des Fernstudiums, die Kooperation mit der KPD und jüngst mit der „Kommunistischen Organisation“ hat bereits dazu geführt, dass der Marxismus-Leninismus wieder stärker propagiert und wahrgenommen wird, dass inzwischen nicht mehr wir, die wir an Marx, Engels, Lenin und Stalin festhalten, uns erklären müssen, sondern eher diejenigen, die noch immer dem Antistalinismus frönen. Diese Entwicklung ist lebensnotwendig für die kommunistische Bewegung und wir werden weiterhin in dieser Richtung wirken.

Die offen-siv hat wegen ihrer anti-revisionistischen Orientierung immer polarisiert.

Von der uns unfreundlich gesonnenen Seite hieß es: Sektierer und Stalinisten, Anna wurde zwischendurch als „Flintenweib“ bezeichnet, dann wurde kolportiert, dass sich mit der offen-siv eine „neue stalinistische Troika“ gebildet habe mit „Kurt Gossweiler als theoretischem Kopf, Michael Opperskalski als brutalem Organisator und Frank Flegel als Charmeur mit dem PDS-Parteibuch“, ein anderes Mal wurde erzählt, Frank Flegel sei ein Agent der BRD-Geheimdienste. Selbstverständlich wurde die offen-siv dort, wo es für diese Kräfte möglich war, behindert, indem wir keine Genehmigung bekamen, einen Stand zu machen, uns Anzeigen verwehrt und unsere Buchveröffentlichungen totgeschwiegen oder unter „ferner liefern“ erwähnt wurden. Auch wurden Autoren unter Druck gesetzt, nicht mehr für die offen-siv zu schreiben.

Von der anderen Seite hieß und heißt es: „Die offen-siv ist unverzichtbar, lebenswichtig, lehrreich.“

So scheiden sich halt die Geister. Denn Revisionismus und Marxismus-Leninismus passen nunmal nicht zusammen.

Und dieser Hinweis darf nicht fehlen: Wir sind auf Eure Spenden angewiesen.

**Spendenkonto Offensiv:**

**Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,**

**IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,**

**BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.**

## Marxistisch-leninistisches Fernstudium

### ***Frank Flegel: Bericht von den beiden dritten Seminaren unseres marxistisch-leninistischen Fernstudiums***

An den Wochenenden 18./19. August und 1./2. September fanden die beiden dritten Seminare des marxistisch-leninistischen Fernstudiums von KPD und offen-siv statt. Es gab eine leichte Verschiebung in der Teilnahme, da einige Genossinnen und Genossen aus Gruppe II am 18./19. August verhindert waren und deshalb am 1./2. September bei der Gruppe I teilnahmen. Da zeigt sich, dass es ausgesprochen gut ist, zweigleisig zu fahren. Insgesamt nahmen 56 Genossinnen und Genossen an den beiden Seminaren teil.

Inhaltlich ging es am ersten Tag um die zyklischen Krisen des Kapitalismus. Nach einer grundsätzlichen Einführung in die Krisentheorie haben wir uns die zyklische Bewegung der Wirtschaft der BRD anhand der Kennziffern des Bruttoinlandsproduktes von 1950 bis 2017 angesehen und danach das Augenmerk auf die letzte tiefe Krise 2008 und die Zeit danach gelegt. Dazu haben wir zusätzlich die ökonomischen Daten Frankreichs, Spaniens, Italiens und Griechenlands sowie der USA ausgewertet. Das Ergebnis ergab etwas völlig Neues: Nach 2008 gab es zwei zyklische Krisen mit Rückgängen des Bruttoinlandsproduktes – in Frankreich, Spanien, Italien und Griechenland, nicht aber in der BRD und in den USA. Das heißt, dass die BRD und die USA in der Lage sind, die Lasten der zyklischen Krise auf andere Länder abzuwälzen und selbst relativ stabile Wachstumsraten beizubehalten.

Am zweiten Tag ging es dann um die Geschichte des deutschen Imperialismus. Dieser Schwerpunkt war gegliedert in unter anderen folgende Unterpunkte: die Vorkriegszeit vor dem Ersten Weltkrieg, der Weg in den Krieg, Kriegsziele, Kriegsbeginn, Niederlage der Friedenskräfte, Kriegsfolgen, dann Vorkriegszeit vor dem Zweiten Weltkrieg, der Weg in den Krieg, Kriegsziele, die Nachkriegsordnung und schließlich haben wir einen Blick auf den deutschen Imperialismus nach 1989 geworfen. Das ist viel Stoff, deshalb haben wir den ganzen Sonntag (9.00 Uhr bis 14.00 Uhr) darauf verwandt. Das gehaltene Referat liegt in verschriftlichter Form vor. Ihr findet es in diesem Heft unter der Rubrik „Der deutsche Imperialismus – ein Überblick“.

Im Bericht von den zweiten Seminaren hatte ich bereits erwähnt, dass Referentennachwuchs zu Wort kam. Das war auch bei diesen beiden Seminaren so: neben den beiden Genossen, die bereits im Juni an der Reihe waren, betrat nun ein Dritter die Referentenbühne und das gleich einen ganzen Seminartag lang. Auch dies

war sehr gut. Als Ratschlag von den Teilnehmern/innen kam allein der Hinweis, dass die Tafelbilder etwas ausführlicher sein könnten.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer habe sich zusätzlich zum Fernstudium Studienarbeiten vorgenommen. Es sollen allgemeinverständliche, für Agitation und erste Aufklärung geeignete Broschüren erstellt werden zu folgenden Themen: Der deutsche Imperialismus heute, die typischen Einfallstore des Revisionismus, die Verbrechen des Revisionismus und eine Schrift, die darstellt, warum man den Kapitalismus mit Reformen nicht zähmen und schon gar nicht überwinden kann, warum man die Eigentumsverhältnisse verändern muss und gesellschaftliches Eigentum und die Planwirtschaft braucht. Dabei werden auch die Themen der anderen Projekte berührt, also die Imperialismusanalyse und die Revisionismussfrage, so dass sich eine sehr gute Verzahnung ergeben wird.

Unsere Fernstudenten/innen meines es also ernst, nehmen sich viel vor und wollen einen Beitrag zur Agitation und Aufklärung leisten. Da kann man nichts dagegen haben.

## Gegen den 12-Stunden-Arbeitstag

### ***KJÖ, KSV, PdA: Offener Brief an den Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB)***<sup>1</sup>

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die schwarz-blaue Bundesregierung hat ernst gemacht und den bereits lange angekündigten 12-Stunden-Arbeitstag durchgesetzt. Dem voraus ging eine Kampagne der Industriellenvereinigung und der Wirtschaftskammer, in der dieser Frontalangriff auf die arbeitenden Menschen in diesem Land als Maßnahme zur Modernisierung und Entbürokratisierung dargestellt wurde.

Wem nützt es? In wessen Interesse geschieht das?

---

<sup>1</sup> Wir dokumentieren hier den Offenen Brief der PdA an den ÖGB als ein Beispiel dafür, wie kommunistische Gewerkschaftsarbeit aussehen kann. Bitte entschuldigt, dass wegen des späten Erscheinungsdatums der offen-siv die genannten Termine bereits verstrichen sind. Uns ging es in erster Linie um den Inhalt des Offenen Briefes, deshalb hielten wir es trotz der Verspätung für sinnvoll, ihn zu veröffentlichen. (D. Red.)

Fakt ist, dass eine Ausweitung der Arbeitszeiten ein Geschenk für die Unternehmen ist, während die ArbeiterInnen und Angestellten mit einer weiteren Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen konfrontiert sind. Abgesehen von den gesundheitlichen Risiken, die regelmäßige 12-Stunden-Schichten hervorrufen können, wird dadurch ein immer härterer Konkurrenzkampf zwischen den Lohnabhängigen um die vorhandenen Arbeitsplätze verursacht. Denn zukünftig kann die gesamtgesellschaftlich vorhandene Arbeit von noch weniger ArbeiterInnen, die noch länger arbeiten müssen, erledigt werden. Von Freiwilligkeit kann keine Rede sein, denn jene Kolleginnen und Kollegen, die keine 12 Stunden arbeiten wollen, werden unter Zugzwang geraten und bei wiederholtem Ablehnen eine Kündigung fürchten müssen. Das und vieles mehr wird auf uns zukommen, wenn wir uns nicht wehren.

Mittlerweile ist es bereits so weit gekommen, dass Unternehmen langfristig eine Normalarbeitszeit von mindestens 10 Stunden am Tag in den Kollektivverträgen verankern und erst die elfte und zwölfte Stunde als Überstunde abgelteten wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

eure initiierte Kampagne, welche mit einer Großdemonstration in Wien gipfelte, war ein guter Ansatz, welchen wir mit unterstützt haben. Doch gerade jetzt muss der Druck noch gesteigert werden, bevor die Empörung der Bevölkerung abflaut und die allgemeine Hoffnungslosigkeit im Kampf gegen diese und weitere Verschlechterungen einsetzt.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten fordern euch dazu auf:

- \* Eine kämpferische und breitangelegte Kampagne gegen den 12-Stunden-Arbeitstag und gegen die Angriffe der Industriellenvereinigung und ihrer Bundesregierung unter aktiver Einbindung und Organisierung der Beschäftigten in den Betrieben, der Gewerkschaftsmitglieder und den Betriebsräten zu organisieren.

- \* Aufruf zu Widerstand und branchenübergreifenden Streiks

- \* Lossagung von der Sozialpartnerschaft

- \* Die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich muss zu einem Hauptziel gewerkschaftlicher Politik deklariert werden

- \* Klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik statt sozialpartnerschaftlicher Packelei. Keine faulen Kompromisse im Stile sozialpartnerschaftlicher Politik bei Verhandlungen

Als Kommunistische Jugend Österreichs (KJÖ), Kommunistischer StudentInnenverband (KSV) und der Partei der Arbeit (PdA) organisieren wir am

30./31. August und darüber hinaus in ganz Österreich Aktionen unter dem Motto „Gemeinsam streiken. Gemeinsam kämpfen. Gegen den 12-Studententag!“:

\* Wien, 31.08.2018, 13.00 Uhr Aufklärung der Bevölkerung, U6 Neue Donau

\* Graz, 30.08.2018, 17.00 Uhr, Reichen-Demo für den 16-Stunden-Arbeitstag

\* Linz, 30.08.2019, 16.00 Uhr, Aufklärung der Bevölkerung, Martin-Luther-Platz,

09.2018, 18.00 Uhr, Bulgari-Platz, Demonstration: „Gemeinsam streiken! Gemeinsam Kämpfen! Gemeinsam gegen den 12-Stunden-Arbeitstag!“

\* Innsbruck, 30.08.2018, 8.30 Uhr, vor dem AMS Tirol

\* Eisenstadt, 30.08.2018, Verteilaktionen Isosport.

Wir laden euch dazu ein, euch an diesen von unserer Seite organisierten Aktionen zu beteiligen. Für eine kämpferische Offensive der arbeitenden Menschen und den Schutz bzw. Ausbau ihrer Rechte. Die geeinte ArbeiterInnenklasse kann diese Angriffe abwehren solange sie kämpft.

Mit solidarischen Grüßen,

Kommunistische Jugend Österreichs, Kommunistischer StudentInnenverband, Partei der Arbeit Österreich

## Der deutsche Imperialismus – ein Überblick

### **Johann Woydt: Der deutsche Imperialismus oder: Solange es Imperialismus gibt, gibt es Krieg!**

*Referat, gehalten im Rahmen des marxistisch-leninistischen Fernstudiums von KPD und offen-siv am 19.08. und 2.9. 2018.*

#### **0. Vorbemerkung**

Der deutsche Imperialismus – das ist ein, vorsichtig gesagt, mehr als abendfüllendes Thema, mit dem sich unschwer ein kompletter eigener Durchgang des ML-Fernstudiums bestreiten ließe. Daher, um Missverständnisse und falsche Erwartungen beim Leser zu vermeiden, ein paar Sätze vorweg.



Dies ist die verschriftlichte Form meines während eines Wochenend-Seminars im August 2018 gehaltenen Kurzvortrags, der (ebenso wie etwa ein im Hochschul-Seminar gehaltenes Referat) gewisse Leerstellen aufweist, die dann in einer ausführlichen und erweiterten Fassung zu füllen wären – dazu fehlt mir allerdings momentan die Zeit. Ich hatte aus diesem Grund zunächst Bedenken, ihn zu veröffentlichen. Da er aber bei den Seminarteilnehmern auf sehr positive Resonanz gestoßen war und überdies auch einem größeren Kreis Interessierter als Grundlage für eine vertiefende Beschäftigung mit dem Thema dienen mag, habe ich mich entschlossen, Franks Vorschlag zu folgen und ihn in der offen-siv zugänglich zu machen. Wer sich mit dem Thema näher befassen möchte, sei auf die anhängende Literaturliste verwiesen.

Man wird feststellen, dass das Unterthema »Der deutsche Imperialismus nach 1945« eher thesenartig angelegt ist und erheblich weniger Umfang aufweist als die Vorgeschichte der beiden imperialistischen Weltkriege, insbesondere des ersten. Dies aus folgenden Gründen: Erstens haben wir es als Marxisten-Leninisten mit den aktuellen Schurkereien des deutschen Imperialismus in unserer Theorie und Praxis tagtäglich zu tun – wir erleben ihn sozusagen live und in Echtzeit und die entsprechenden neueren Kenntnisse sind ganz sicher größer als die historischen. Zweitens – und das ist entscheidend – bietet eine gründlichere Beschäftigung mit der Vorgeschichte gerade des Ersten Weltkriegs die Möglichkeit, das, was W.I. Lenin in seinen Schriften zum Imperialismus theoretisch hergeleitet hat, historisch-konkret nachzuvollziehen – immer mit dem Erkenntnisziel: »Solange es Imperialismus gibt, gibt es Krieg.« Kriege ereignen sich nicht einfach von selbst, sie kommen nicht als Mysterium übers Land. Kriege werden von Menschen gemacht, auch wenn sie in der Epoche des »Imperialismus als höchste[m] Stadium des Kapitalismus« (W.I. Lenin) systemimmanent und nahezu zwangsläufig sind – es sei denn, es gelingt der Arbeiterbewegung und den Friedenskräften, der herrschenden Klasse bei ihren Kriegsplanungen und -vorbereitungen in den Arm zu fallen. Daran mitzuwirken sind wir alle aufgerufen – der Hauptfeind steht im eigenen Land!

## **1. Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs**

Vorweg ein Zitat von Fr. Engels. Er schrieb im Jahr 1887, dass – »wenn das auf die Spitze getriebene System der gegenseitigen Überbietung in Kriegsrüstungen endlich seine unvermeidlichen Früchte« trage – es zum Weltkrieg kommen werde:

*»...ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des*

*Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unsres künstlichen Getriebs in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankerott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehen, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird; nur ein Resultat absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Siegs der Arbeiterklasse [auch mit Letzterem hatte Engels ja bekanntlich – zumindest partiell – Recht – J.W.J.]» (MEW 21, 350 f.)*

### **1.1 Solange es Imperialismus gibt, gibt es Krieg!**

Warum bringt der Imperialismus systembedingt immer wieder Kriege hervor? Dazu J.W. Stalin in »Über die Grundlagen des Leninismus«:

*»Der Imperialismus ist Kapitalexport nach den Rohstoffquellen, wütender Kampf um den Monopolbesitz dieser Rohstoffquellen, Kampf um die Neuaufteilung der bereits aufgeteilten Welt, ein Kampf, der mit besonderer Verbissenheit von den neuen Finanzgruppen und Mächten, die »einen Platz an der Sonne« suchen, gegen die alten Gruppen und Mächte geführt wird, die an dem Eroberten zäh festhalten. Dieser wütende Kampf zwischen den verschiedenen Kapitalistengruppen ist deshalb bedeutsam, weil er als unausbleibliches Element imperialistische Kriege in sich schließt, Kriege zur Eroberung fremder Gebiete.« (J.W. Stalin, Über die Grundlagen des Leninismus, Stalin Werke 6, 42)*

### **1.2 Unterschiedliche Formen des imperialistischen Krieges**

Imperialistische Staaten führen Kriege

- um Land, Einfluss-Sphären, Rohstoffquellen, Arbeitskräftepotentiale, Absatzmärkte und Gebiete für den Kapitalexport untereinander (wie im Ersten und in den ersten Jahren des Zweiten Weltkriegs).

- gegen Länder, deren staatliche/gesellschaftliche Verfassung allen Imperialisten naturgemäß nicht passt (Interventionen gegen die junge Sowjetmacht in den Jahren nach der Oktoberrevolution 1917 bzw. der Raub- und Vernichtungskrieg Hitler-Deutschlands gegen die SU ab Juni 1941).

- gegen Befreiungsbewegungen in den ehemals (halb-)kolonialen Ländern des Trikont und Staaten, die dem Interesse des (US-, aber nicht allein seinem) Imperialismus im Wege stehen (Libyen, Irak, aktuelles Beispiel: Syrien).

Die Punkte 2 und 3 verstehen sich von selbst, da – neben den jeweils spezifischen Interessen der handelnden imperialistischen Staaten – auch ein, wenn man so will, imperialistisches Gesamtinteresse an der Vernichtung gesellschaftlicher Alternativen zum Kapitalismus, der Unterdrückung nationaler Befreiungskämpfe und der Zerschlagung missliebiger Staaten in einer geostrategisch wichtigen Region besteht.

Punkt 1 – der Krieg imperialistischer Staaten gegeneinander – resultiert aus der von W.I. Lenin erkannten Ungleichzeitigkeit der Entwicklung des Kapitalismus in den imperialistischen Metropolen.

### **1.3 Die Entwicklung des deutschen Imperialismus vor 1914**

Der besonders aggressive Charakter des deutschen Imperialismus Anfang des 20. Jh.s, der schließlich in den Ersten Weltkrieg mündete, war begründet in der verspäteten Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland gegenüber anderen europäischen Staaten, vor allem der lange Zeit dominierenden Wirtschaftsmacht Großbritannien. Bis zur sogenannten »Reichsgründung« 1871 zeigte eine Deutschland-Karte einen farbenfrohen Flickenteppich aus fast 40 politisch selbständigen Königreichen, Herzog- und Fürstentümern. Der territorialen Zersplitterung entsprach die politische wie ökonomische Rückständigkeit. Daher kam Deutschland zwar bei der Aufteilung des kolonialen Kuchens unter den imperialistischen Ländern zu spät, verfügte jedoch nach Beginn einer forcierten Industrialisierung über bei Weitem modernere Produktionsanlagen als seine Konkurrenten. Damit begannen sich die internationalen ökonomischen Kräfteverhältnisse zu verschieben. Ein Beispiel: Stieg die britische Stahlproduktion zwischen 1886 und 1910 von 2,4 auf 6,1 Millionen Tonnen, wuchs die deutsche Stahlerzeugung im gleichen Zeitraum von knapp einer Million auf 13,7 Millionen Tonnen, also um mehr als das Dreizehnfache (vgl. Fesser 2014, 13).

Deutlich wird diese Änderung der ökonomischen Kräfteverschiebung auch aus folgender Tabelle:

#### **Anteil an der Weltindustrieproduktion in Prozent**

	Deutschland	England	Frankreich
1870	13	32	10
1913	16	14	06

(Tab. aus Kühnl 1979, 22, Nr. 2)

Der so entstehende Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den vergleichsweise begrenzten Möglichkeiten der Kapitalverwertung und die daraus für den deutschen Imperialismus resultierende Notwendigkeit der Erschließung neuer Einflusszonen, Absatzmärkte und Möglichkeiten des Kapitaleports ließ sich nur

durch ein die ökonomische Entwicklung ergänzendes Streben nach politischer Hegemonie im europäischen Raum (= der in schöner Tradition bis heute gepflegte Mitteleuropa-Gedanke) und letztlich durch den Krieg zum Zweck der Neuaufteilung der Welt lösen.

W.I. Lenin schreibt dazu in seinem Artikel »Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa«: *»Es kann nicht anders geteilt werden als »entsprechend der Macht«. Die Machtverhältnisse ändern sich aber mit dem Gang der ökonomischen Entwicklung. Nach 1871 erstarkte Deutschland etwa drei- bis viermal so rasch wie England und Frankreich, Japan annähernd zehnmal so rasch wie Rußland. Um die tatsächliche Macht eines kapitalistischen Staates zu prüfen, gibt es kein anderes Mittel und kann es kein anderes Mittel geben als den Krieg. Der Krieg steht in keinem Widerspruch zu den Grundlagen des Privateigentums, er stellt vielmehr eine direkte und unvermeidliche Entwicklung dieser Grundlagen dar. Unter dem Kapitalismus ist ein gleichmäßiges Wachstum in der ökonomischen Entwicklung einzelner Wirtschaften und einzelner Staaten unmöglich. Unter dem Kapitalismus gibt es keine anderen Mittel, das gestörte Gleichgewicht von Zeit zu Zeit wieder herzustellen, als Krisen in der Industrie und Kriege in der Politik.«* (W.I. Lenin, Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, LW 21, 344 f.)

## **1.4 Der Weg in den Krieg**

### **1.4.1 Ein »Platz an der Sonne«**

Am 6. Dezember 1897 gab der damalige Staatssekretär im Berliner Außenministerium und spätere Reichskanzler Bernhard von Bülow in einer Rede vor dem Reichstag die vom deutschen Imperialismus einzuschlagende Richtung vor:

*»Die Zeiten, wo der Deutsche dem einen seiner Nachbarn die Erde überließ, dem anderen das Meer und sich selbst den Himmel reservierte, wo die reine Doktrin wohnt – diese Zeiten sind vorüber ... Wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.«* (Zit. nach Fesser 2015, 95 f.)

Ein »Platz an der Sonne« – damit war nichts anderes gemeint als Expansion, Kolonien und Einflusszonen. Die territoriale Aufteilung der Welt war freilich zu Beginn des 20. Jh.s nahezu abgeschlossen. Die imperialistischen Staaten warfen daher begehrlische Blicke auf jene überseeischen Gebiete, die noch nicht im Besitz der Konkurrenz waren – vor allem China, die Türkei, Marokko und Persien.

Darüber, dass eine Neuaufteilung der Welt schließlich ohne Krieg nicht zu haben war, war man sich durchaus im Klaren. Deutlich wird dies aus Bülows 1899 vor dem Reichstag gehaltener »Amboß-oder-Hammer«-Rede:

*»Man hat gesagt, meine Herren, dass in jedem Jahrhundert eine Auseinandersetzung, eine große Liquidation stattfindet, um Einfluss, Macht und Besitz auf der Erde neu zu verteilen ... Stehen wir wieder vor einer neuen Teilung der Erde? ... Träumend beiseite stehen, während andere Leute sich den Kuchen teilen, das können wir nicht und das wollen wir nicht ... In dem kommenden Jahrhundert wird das deutsche Volk Amboß oder Hammer sein.« (Zit. nach ebd., 99)*

### **1.4.2 Kolonialpolitik**

Bereits in den 80er Jahren des 19. Jh.s hatte sich Deutschland verschiedene Territorien vor allem in Afrika einverleibt:

- Kamerun
- Togo
- Gebiete in Ost- und Südwestafrika (»Lüderitzbucht«, »Lüderitzland« → »Deutsch-Südwest«, das heutige Namibia)

Häufig erfolgte der »Erwerb« dieser Territorien zunächst durch private Unternehmer und Abenteurer (etwa den Bremer Großkaufmann Adolf Lüderitz, den Hamburger Reeder Adolph Woermann und den Kolonialisten und bluttfrierenden »Herrenmenschen« Carl Peters), später wurden sie dann direkt und formell der staatlichen Verwaltung durch das Deutsche Reich unterstellt. In rechtlicher Hinsicht (in moralischer ohnehin) waren diese Landnahmen durchaus dubios – in einem Wikipedia-Eintrag heißt es dazu:

*»Diese Gebiete waren nach militärischen Machtdemonstrationen durch extrem ungleiche Verträge in den Besitz der Deutschen gelangt: Gegen ein vages Schutzversprechen und eine nach deutschen Verhältnissen lächerlich geringe Kaufsumme übergaben die indigenen Herrscher große Gebiete, auf die sie nach afrikanischem Rechtsverständnis oft keinen Anspruch hatten; häufig blieben ihnen auch die Details des Vertrags mangels Sprachkenntnissen dunkel.« (Quelle: Wikipedia, [https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche\\_Kolonien](https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Kolonien), abgerufen am 11.08.2018)*

In den 90er Jahren kamen weitere Territorien hinzu – dazu derselbe Wikipedia-Eintrag:

*»1897/98 wurde das chinesische Kiautschou mit dem Hafentort Tsingtau ein deutsches Pachtgebiet. In einem 50-km-Halbkreis um die Kiautschou-Bucht wurde eine Neutrale Zone eingerichtet, in der Chinas Souveränität durch Deutschland eingeschränkt war. Ferner bestanden deutsche Bergbau- und Eisenbahnkonzessionen in der Provinz Schantung. Durch den deutsch-spanischen Vertrag von 1899 kamen*

*die mikronesischen Inseln der Karolinen, Marianen und Palau im Mittelpazifik hinzu ... Durch den Samoa-Vertrag wurde 1899 auch der Westteil der Samoa-Inseln im Südpazifik ein deutsches Schutzgebiet. Der Ostteil des vorher neutralen Salaga-Gebietes wurde dem deutschen Togo zugeschlagen. Gleichzeitig wurde die Herrschaft innerhalb der Kolonien ausgedehnt, z.B. in Deutsch-Ostafrika auf die Königreiche Burundi und Ruanda.» (Quelle: Ebd.)*

Propagandistisch begleitet wurde der Aufbau eines deutschen Kolonialreichs vom – 1891 entstandenen und extrem expansionistisch, militaristisch, nationalistisch, rassistisch und antisemitisch orientierten – Alldeutschen Verband (Gründungsmitglieder u.a. die Monopolkapitalisten Alfred Hugenberg und Emil Kirdorf, beide spätere Förderer des Hitler-Faschismus), der Deutschen Kolonialgesellschaft und anderen Interessenverbänden.

Trotz aller Bemühungen blieb unter dem Strich der »Erfolg« der Kolonialpolitik Deutschlands – gemessen an der Beute, die seine imperialistischen Konkurrenten bereits zuvor hatten zusammenraffen können – allerdings vergleichsweise bescheiden, wie die folgende Tabelle zeigt:

#### Verteilung des Kolonialbesitzes 1914

	Fläche (Mill. qkm)	Einwohner (Mill.)
Deutschland	2,9	12,3
Frankreich	10,6	55,5
England	33,5	393,5

*(Tab. aus Kühnl 1979, 22, Nr. 3)*

#### **Exkurs: Kolonialistischer Terror und Völkermord**

Versuche der indigenen Bevölkerung, sich gegen die koloniale Ausbeutung und Unterdrückung zu wehren, beantworteten die deutschen Imperialisten mit brutaler Gewalt. Als sich Anfang 1904 in »Deutsch-Südwest« das Hirtenvolk der Herero, von deutschen Siedlern in den Jahren zuvor immer mehr von seinem Weideland verdrängt, zum Aufstand entschloss, wurden umgehend Tausende deutscher Soldaten, zumeist Freiwillige, nach Südwestafrika verschifft; die Truppentransporte übernahm die Hamburger Reederei Woermann und machte dabei mit überhöhten Abrechnungen satte Gewinne. Nach der – aufgrund der waffentechnischen Unterlegenheit zwangsläufigen – Niederlage der Aufständischen in der entscheidenden Schlacht am Waterberg ließ der kommandierende deutsche General Lothar von Trotha das gesamte

Volk der Herero in die Wüste Omaheke abdrängen. Den Kolonialkrieg als »Rassenkampf« auffassend und die physische Vernichtung des Gegners anstre bend erließ er am 2. Oktober 1904 eine Proklamation, in der es hieß:

*»Innerhalb der deutschen Grenzen wird jeder Herero, mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen. Ich nehme keine Weiber und Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volk zurück oder lasse auf sie schießen.«* (Zit. nach Fesser 2015, 105)

Der größte Teil des Herero-Volkes kam in der Wüste um, Zehntausende verhungerten und verdursteten. Darüber hinaus starben Tausende zur Zwangsarbeit herangezogene Menschen in den von den Deutschen errichteten Konzentrationslagern infolge von Erschöpfung und Krankheiten. Sieben Jahre später gab es in Südwestafrika nur noch rund 15.000 Herero – damit *»haben ungefähr 75 bis 80% den Vernichtungsfeldzug Trothas nicht überlebt.«* (Fesser 2015, 106)

Nach der Niederlage der Herero erhoben sich im Oktober 1904 die von den Deutschen als »Hottentotten« bezeichneten, im Süden des Landes lebenden Nama – gleichfalls ohne Erfolg. Nur die Hälfte des 20.000 Menschen zählenden Volkes überlebte den Kolonialkrieg. Auch der Maji-Maji-Aufstand (1905–1907), bei dem sich in Deutsch-Ostafrika verschiedene Stämme gemeinsam gegen die Kolonialherrschaft zur Wehr setzten, wurde niedergeworfen. Weit über 100.000 Afrikaner kamen dabei ums Leben.

Der Terror des Hitler-Faschismus in den während des Zweiten Weltkriegs von Deutschland besetzten Gebieten insbesondere Osteuropas und der SU war also keineswegs neu, sondern eher ein Stück geschichtlicher Kontinuität des deutschen Imperialismus:

*»Der Rassismus deutscher Siedler in Südwestafrika, der Vernichtungsfeldzug Trothas, die Behandlung der überlebenden Herero und Nama nach dem Aufstand – all das sollte auch im kaiserlichen Deutschland Spuren hinterlassen. Dass es Verbindungslinien von der rassistischen Kolonialbewegung der Kaiserzeit bis zum Nationalsozialismus gab, ist unübersehbar.«* (Fesser 2015, 107)

### **1.4.3 Weitere Stationen auf dem Weg zum Krieg**

Ab ca. 1900: Bau der – von der Deutschen Bank finanzierten – Bagdad-Bahn. Hiervon verspricht man sich Einflussgewinn im sonst durch britische und französische Interessen beherrschten und geostrategisch wichtigen Nahen Osten, Zugriff auf die dortigen Erdölvorkommen und die Einrichtung militärischer Stützpunkte. Die Türkei wird nunmehr zum Schwerpunkt der deutschen Expansionspolitik: Zwischen 1880 und 1914 steigen die dortigen deutschen Investitionen von 40 Millionen auf 600 Millionen Mark (vgl. Fesser 2015, 111).

1901/02: Zusammen mit britischen, französischen und russischen Truppen werfen deutsche Verbände in China den sogenannten »Boxeraufstand« nieder – bekannt ist in diesem Zusammenhang die von Wilhelm II. bei der Verabschiedung des deutschen Kontingents in Bremerhaven gehaltene »Hunnenrede«, ein Paradebeispiel des Chauvinismus:

*»Kommt ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer euch in die Hände fällt, sei euch verfallen! Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in Überlieferung und Märchen gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name Deutscher in China auf 1000 Jahre durch euch in einer Weise bestätigt werden, daß es niemals wieder ein Chinese wagt, einen Deutschen scheel anzusehen!«* (Quelle: Wikipedia, <https://de.wikipedia.org/wiki/Hunnenrede>, abgerufen am 11.08.2018)

1904–06 und 1911: Erste und zweite Marokkokrise. Deutschland wie Frankreich erheben Anspruch auf den nordafrikanischen Staat, der wegen seiner Erzvorkommen für beide Länder von großem Interesse ist. Das Kaiserreich scheitert beide Male beim Versuch, seine Ansprüche durchzusetzen – da hilft auch kein persönlicher Auftritt Wilhelms II. in der marokkanischen Hafenstadt Tanger und selbst nicht die Entsendung deutscher Kriegsschiffe nach Agadir (→ »Panthersprung nach Agadir«, vgl. hierzu ausführlich Fesser 2015, 112 f., 115 f.).

Die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten spitzten sich zu, das Pulverfass stand bereit und es bedurfte nur noch eines Funkens, um es zur Explosion zu bringen.

#### **1.4.4 Aufrüstung zur See ...**

Schwerpunkt der Rüstungsanstrengungen des deutschen Imperialismus vor dem Ersten Weltkrieg war der Ausbau der Hochseeflotte, um dem britischen Hauptkonkurrenten, dessen Marine die Weltmeere beherrschte, ebendort Paroli bieten zu können.

In zwei Stufen (Flottengesetze von 1898 und 1899) wurde eine Sollstärke der deutschen Kriegsflotte festgeschrieben, die nahe an die der Royal Navy heranreichte: 38 Linienschiffe (Schlachtschiffe) und 52 Kreuzer.

Das Ziel dieses immense Kosten verschlingenden Flottenbau-Programms wurde freilich nie erreicht, wie die folgende Tabelle zeigt:



Anwachsen der deutschen Kriegsflotte

	1897	1903	1913
Linienschiffe	8	27	30
(davon Großkampfschiffe)	-	-	10
Schlachtkreuzer	-	-	3
Keuzer	31	37	42
Torpedoboote	110	100	169
U-Boote	-	-	18
Personalstärke	17.000	38.000	64,500

*(Tab. aus Fesser 2015, 99; vgl. dazu auch ders. 2014, 20)*

Überdies wurde mit der Entwicklung von Großkampfschiffen der »Dreadnought«-Klasse die Kampfkraft der bisherigen Linienschiffe und Panzerkreuzer entwertet. Auf den Bau der britischen Großkampfschiffe »Dreadnought« und »Invincible« (1906 bzw. 1907) antwortete Deutschland mit der »Nassau« und dem Schlachtkreuzer »Von der Tann« (1908 bzw. 1909). Damit ging das Wettrüsten zur See in eine neue, von Deutschland aufgrund unzureichender materieller Ressourcen allerdings nicht gewinnbare Runde (vgl. Fesser 2015, 114).

Ironischerweise spielte die deutsche Hochseeflotte im Kriegsgeschehen – von den Seegefechten auf der Doggerbank und im Skagerrak (Januar 1915 bzw. Mai/Juni 1916) abgesehen – keine wesentliche Rolle.

**... und zu Land**

Im Juni 1913 nahm der Reichstag die größte Heeresvorlage seit 1871 an. Vorgesehen waren die Vergrößerung der Armee bis 1916 um 131.000 Mann, die Aufstellung neuer Maschinengewehr-Kompanien sowie die Einführung zusätzlicher Waffen (schwere Minenwerfer, schwerste Steilfeuergeschütze). Die Kosten wurden mit einmalig 884 Millionen Mark beziffert, die prospektiven jährlichen Mehrkosten auf 183 Millionen.

Die sozialdemokratische Reichtags-Fraktion hatte zwar (getreu der alten antimilitaristischen Devise »Diesem System keinen Mann und keinen Groschen«) zunächst gegen die Heeresvorlage votiert, stimmte dann allerdings am 30. Juni 1913 einem Vorschlag zur Deckung der Militärausgaben zu – ein kleiner Sündenfall vor

dem großen im August 1914 mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten (vgl. Fesser 2015, 110).

### **1.5 Kriegsbeginn**

**28. Juni 1914:** Tödliches Attentat des bosnischen Serben Gavrilo Princip auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand und dessen Gattin in Sarajevo.

Österreich-Ungarn will den Anschlag als Vorwand für einen Angriffskrieg gegen Serbien nutzen und versichert sich der Rückendeckung durch Deutschland.

*»Kaiser Wilhelm II. und Reichskanzler Bethmann Hollweg stellten ihnen daraufhin am 5. und 6. Juli den berühmten ›Blankoscheck‹ aus: Sie ermunterten die Regierenden in Wien zum Angriff auf Serbien und sicherten ihnen für den Fall, dass Russland eingreifen werde, Waffenhilfe zu.«* (Fesser 2015, 118)

Über die Konsequenzen einer Aggression Österreich-Ungarns gegen Serbien musste sich – aufgrund der wechselseitigen Beistandsverpflichtungen – jeder im Klaren sein. Diese Folgen treten im Lauf nur weniger Tage ein:

**28. Juli 1914:** Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien

**30. Juli 1914:** Daraufhin erfolgt die russische Mobilmachung.

**1. August 1914:** Deutsche Kriegserklärung an Russland, drei Tage später an Frankreich.

**4. August 1914:** Kriegseintritt Großbritanniens.

Der Erste Weltkrieg beginnt. W.I. Lenin schreibt im September 1914:

*»Der europäische Krieg, den die Regierungen und bürgerlichen Parteien aller Länder jahrzehntelang vorbereitet haben, ist ausgebrochen. Das Anwachsen der Rüstungen, die äußerste Zuspitzung des Kampfes um die Märkte in der Epoche des jüngsten, des imperialistischen Entwicklungsstadiums des Kapitalismus in den fortgeschrittenen Ländern, die dynastischen Interessen der rückständigsten, der osteuropäischen Monarchien mußten unvermeidlich zu diesem Krieg führen und haben zu ihm geführt. Territoriale Eroberungen und Unterjochung fremder Nationen, Ruinierung der konkurrierenden Nation, Plünderung ihrer Reichtümer, Ablenkung der Aufmerksamkeit der werktätigen Massen von den inneren politischen Krisen in Rußland, Deutschland, England und anderen Ländern, Entzweiung und nationalistische Verdummung der Arbeiter und Vernichtung ihrer Vorhut, um die revolutionäre Bewegung des Proletariats zu schwächen – das ist der einzige wirkliche Inhalt und Sinn, die wahre Bedeutung des gegenwärtigen Krieges.«* (W.I. Lenin, Der Krieg und die russische Sozialdemokratie, LW 21, 13)

Am Ende wird der Krieg 15 Millionen Menschen (neun Millionen Soldaten, sechs Millionen Zivilisten) das Leben kosten. Allein die deutschen Kriegsaufwendungen beliefen sich auf 160 Milliarden Mark – zum Vergleich: Die Staatsausgaben vor 1914 lagen jährlich bei 2,5 Milliarden. Die Rüstungsindustrie profitierte erheblich vom Gemetzel an den Fronten; der Krupp-Konzern etwa konnte zwischen 1914 und 1918 einen Gewinn von 800 Millionen Mark verbuchen.

## **1.6 Kriegsziele**

Die Kriegsziele des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg lediglich »ambitioniert« zu nennen wäre eine Untertreibung. In der berühmt-berüchtigten Kriegszielenkschrift des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg vom September 1914 heißt es:

*»Sicherung des deutschen Reiches nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muß Frankreich so geschwächt werden, daß es als Großmacht nicht neu erstehen kann, Rußland muß von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden...*

*1. Frankreich. Von den militärischen Stellen zu beurteilen, ob die Abtretung von Belfort, des Westabhanges der Vogesen, die Schleifung der Festungen und die Abtretung des Küstenstrichs von Dünkirchen bis Boulogne zu fordern ist. In jedem Falle abzutreten, weil für die Erzgewinnung unserer Industrie nötig, das Erzbecken von Briey. Ferner eine in Raten zahlbare Kriegsentschädigung; sie muß so hoch sein, daß Frankreich nicht imstande ist, in den nächsten achtzehn bis zwanzig Jahren erhebliche Mittel für Rüstung anzuwenden. Des weiteren: ein Handelsvertrag, der Frankreich in wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland bringt, es zu unserem Exportland macht und es ermöglicht, den englischen Handel in Frankreich auszuschalten...*

*2. Belgien. Angliederung von Lüttich und Verviers an Preußen ... Zweifelhaft bleibt, ob Antwerpen mit einer Verbindung nach Lüttich gleichfalls zu annektieren ist. Gleichviel, jedenfalls muß Belgien, wenn es auch als Staat äußerlich bestehen bleibt, zu einem Vasallenstaat herabsinken, in etwa militärisch wichtigen Hafenplätzen ein Besatzungsrecht zugestehen, seine Küste militärisch zur Verfügung stellen, wirtschaftlich zu einer deutschen Provinz werden...*

*3. Luxemburg. Wird deutscher Bundesstaat...*

*4. Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes ... Dieser Verband ... unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren. [Eben dies ist bekanntlich dem*

*deutschen Imperialismus nach 1989/90 aufgrund seines ökonomischen Potentials auch ganz ohne Krieg gelungen – J.W.]*

*5. Die Frage der kolonialen Erwerbungen, unter denen in erster Linie die Schaffung eines zusammenhängenden mittelafrikanischen Kolonialreichs anzustreben ist, desgleichen die Rußland gegenüber zu erreichenden Ziel werden später geprüft...« (Zit. nach Kühnl 1979, 24 f., Nr. 6)*

Zwei Monate später schreibt Bethmann Hollweg als gehorsamer Diener seiner monopolkapitalistischen Herren ans Auswärtige Amt:

*»... Übrigens habe ich mir von Herrn Stinnes eine von Professor Schumacher in Bonn auf Grund eingehender Beratungen mit Kirdorf, August Thyssen, Hugenberg und Stinnes selbst [gleichsam die Crème de la Crème der deutschen Schwerindustrie – J.W.] verfaßte Denkschrift geben lassen, die über die Friedensbedingungen dieser Herren Aufschluß gibt. Stinnes behauptete, daß diese Bedingungen die übereinstimmende Forderung der gesamten Industrie und Landwirtschaft, der Konservativen und Liberalen seien. Die Annexionswünsche erstrecken sich für Frankreich auf: Belfort, Epinal, Toul, Verdun, Briey und das gesamte nördliche Küstengebiet bis zur Somme einschließlich aller Kohlenlager Frankreichs um Lille, Lens, Arras usw., den Congo, Dahomey, Obok usw. Für Rußland auf das Land westlich der Linie Narwa, Wilna, Grodno, Petrikow, endlich ganz Belgien.« (Zit. nach ebd., 25 f., Nr. 7 – vgl. dort auch die Kriegszielenkschrift der sechs größten Interessenverbände der Industrie und des Großgrundbesitzes an Bethmann Hollweg vom Mai 1915)*

### **1.7 Kriegsschuldfrage**

Die Konkurrenz imperialistischer Staaten führte 1914 notwendigerweise zum Krieg um eine »Neuaufteilung der Welt«. Das wilhelminische Deutschland, stärkste Wirtschaftsmacht Europas, bei der »territoriale[n] Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte« (W.I. Lenin) aber zu kurz gekommen und daher in seinem Hegemoniestreben besonders aggressiv, bereitete im Zuge seiner Bemühungen um einen (so 1897 der damalige AA-Staatssekretär und spätere Reichskanzler Bernhard von Bülow) »Platz an der Sonne« den Krieg im Rahmen eines maßlosen Aufrüstungsprogramms (vor allem in Hinsicht auf die Verstärkung der Kriegsflotte) vor und brach ihn nach dem Attentat von Sarajevo planmäßig (also keineswegs in der von derzeit modischen Historikern behaupteten Haltung eines Schlafwandlers) vom Zaun, um sich in Europa und »Übersee« politische Vorherrschaft, Einflusszonen sowie Märkte für Waren- und Kapitalexport zu sichern. Die lange Jahre von der bürgerlichen Geschichtswissenschaft in Abrede gestellte Verantwortung des deutschen Imperialismus für das vierjährige Völkermorden wurde

erst im Gefolge der Fischer-Kontroverse in den 60er Jahren im Großen und Ganzen akzeptiert. In neuerer Zeit treten freilich (und kaum zufällig) wieder Autoren wie Christopher Clark und Herfried Münkler auf den Plan, die erneut die »Kriegsschuldfrage« zumindest zu relativieren versuchen.

### **1.8 Niederlage der Friedenskräfte**

Noch kurz vor Kriegsbeginn hatten in zahlreichen europäischen Städten Friedensdemonstrationen stattgefunden. Auch die deutsche Sozialdemokratie war bis 1914 offiziell einer strikt antimilitaristischen Linie verpflichtet, wie sie auch auf den beiden Kongressen der II. Internationale in Stuttgart und Basel (1907 bzw. 1912) für deren Mitgliedsparteien bekräftigt worden war. Die in Stuttgart verabschiedete Resolution endete mit dem von W.I. Lenin, R. Luxemburg und J. Martow eingebrachten Zusatz:

*»Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, alles aufzubieten, um den Ausbruch des Krieges durch Anwendung entsprechender Mittel zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern und steigern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen.«*

(Quelle: Wikipedia, [https://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler\\_Sozialistenkongress\\_\(1907\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_Sozialistenkongress_(1907)), abgerufen am 27.08.2018)

Trotz dieser Festlegung und obwohl man noch kurz vor Kriegsbeginn zu Friedensdemonstrationen aufgerufen hatte, stimmte die SPD-Reichstagsfraktion Anfang August 1914 für die von der Regierung geforderten Kriegskredite. Die deutsche Sozialdemokratie betrieb hinfort eine Politik des »Burgfriedens« mit der herrschenden Klasse und ebnete damit den Weg für das vierjährige Völkermorden des imperialistischen Krieges.

## **2. Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs**

### **2.1 Weimarer Republik**

#### **2.1.1 Wiederaufrüstung**

Gemeinhin wird der Beginn der Wiederaufrüstung und der Vorbereitung des Angriffskrieges auf die Machtübergabe an den Hitlerfaschismus datiert. Das ist falsch

– aufgerüstet wurde bereits in den Jahren der Weimarer Republik. Der deutsche Imperialismus war zwar geschlagen, aber dennoch keineswegs bereit, die Niederlage zu akzeptieren und seine Hegemoniepläne aufzugeben. In Abwandlung der alten Fußballweisheit könnte man sagen: Nach dem Krieg ist (für den Imperialismus) vor dem Krieg.

Die im Versailler Friedensvertrag von den Siegermächten diktierten Bedingungen zielten auf eine Schwächung des deutschen Konkurrenten und seiner materiellen Basis:

*»Der Versailler Vertrag, den die Westmächte dem besiegten Deutschen Reich 1919 aufzwingen und der zeigt, daß der Krieg auch auf der Seite dieser Mächte durchaus imperialistischen Charakter hatte, bedeutete eine wesentliche ökonomische und politische Schwächung Deutschlands. Das Deutsche Reich hatte abzutreten: 13% des Territoriums, 10% der Bevölkerung, 75% der Eisenerz- und 20% der Steinkohlenförderung. Die linksrheinischen Gebiete wurden von alliierten Truppen besetzt, das Saargebiet wurde für 15 Jahre an Frankreich angegliedert, die deutschen Kolonien wurden faktisch unter die Siegermächte aufgeteilt. Eine Blankoverpflichtung zur Zahlung von später festzulegenden Reparationen wurde verlangt (1921 auf 132 Mrd. Goldmark festgelegt). Das deutsche Heer wurde auf 100.000, die Marine auf 15.000 Mann begrenzt. Schwere Waffen waren verboten, so daß die deutsche »Reichswehr« nur noch zur Bekämpfung des inneren Feindes, nicht aber zu einem Krieg in der Lage war.« (Vgl. Kühnl 1979, 28, Nr. 8b)*

Um die größenmäßige Limitierung der neugeschaffenen Reichswehr zu unterlaufen und für einen künftigen Krieg über eine hinreichende Zahl kampffähiger Soldaten zu verfügen, wurde mit Billigung der Reichsregierung die »Schwarze Reichswehr« ins Leben gerufen, die von der offiziellen Armee mit Ausbildern, Waffen und Gerät versorgt wurde. Allein für den Wehrkreis III (Berlin) wurde 1923 ein Bestand von 18.000 Mann angegeben. Die gleiche Funktion erfüllten auch die zahlreichen reaktionären und faschistischen »Wehrverbände« (Stahlhelm, SA, Bund Oberland usw.).

Zwei großangelegte Rüstungsprogramme (1928 bzw. 1932) sahen eine beträchtliche Vergrößerung der Armee und die (nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags untersagte) Wiedereinführung der Luftwaffe vor. Diese Programme bildeten die Basis für die forcierte Aufrüstung ab 1933.

Aufrüstung auch zur See: 1928 beschloss die Reichsregierung, insgesamt 80 Millionen Mark für den Bau eines 12.000 Tonnen schweren Panzerkreuzers aufzuwenden, eines der modernsten Kriegsschiffe der damaligen Zeit. Weitere Einheiten dieses »Panzerkreuzers A« sollten in den folgenden Jahren in Dienst

gestellt werden. In den im Mai gleichen Jahres erforderlich gewordenen Neuwahlen für den Reichstag lautete einer der Wahlslogans der SPD: »Kinderspeisung statt Panzerkreuzer!« Dahinter verbarg sich das Versprechen: Die im Haushalt eingeplante erste Rate für den Kriegsschiffbau von neun Millionen Mark würde unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung für die kostenlose Schulspeisung ausgegeben werden.

Unschwer zu erraten, was aus der Kinderspeisung wurde, nachdem die SPD tatsächlich an die Regierung kam und mit Hermann Müller auch den Reichskanzler stellte: nichts! Die Sozialdemokraten vollzogen eine Wende um 180 Grad und winkten den Panzerkreuzerbau durch.

Reiner Zilkenat beendet seinen Artikel zu diesem Thema in der »jungen Welt« mit folgenden Sätzen:

*»Am 19. Mai 1931 lief der Panzerkreuzer, getauft auf den Namen ›Deutschland‹, in Kiel vom Stapel. Inzwischen war die faschistische NSDAP zu einer wähler- und mitgliederstarken Partei herangewachsen. Zu denjenigen, die ihr am 30. Januar 1933 die Macht übertrugen und bis zum 8. Mai 1945 willig folgten, gehörten auch die Spitzen der Reichswehr und der Reichsmarine. Sie konnten ihre Kriegsvorbereitungen unter dem Naziregime auch deshalb vorantreiben, weil in den Jahren der Weimarer Republik die ersten Schritte zur Wiederaufrüstung vollzogen worden waren.«* (junge Welt, 04.08.2018, 15)

### **2.1.2 Außenpolitik**

Vorrangiges Ziel der deutschen Außenpolitik der 20er Jahre war die Revision der Bestimmungen des Versailler Vertrags, was auch schrittweise erreicht wurde. Es gelang, viele Versailler Bestimmungen aufheben zu lassen. Ersetzt wurden sie teilweise durch Vereinbarungen, an deren Zustandekommen Deutschland gleichberechtigt beteiligt war. Vorbereitet durch die Verträge von Locarno von 1925 wurde Deutschland im Jahr darauf Mitglied im Völkerbund. Zugleich zielte man auf eine partielle Zusammenarbeit mit Sowjetrußland ab (Vertrag von Rapallo, 1922).

In einem Schreiben von Reichskanzler und Außenminister Gustav Stresemann an den ehemaligen Kronprinzen Wilhelm von Hohenzollern vom September 1925 heißt es:

*»Die deutsche Außenpolitik hat nach meiner Auffassung für die nächste absehbare Zeit drei große Aufgaben: Einmal die Lösung der Reparationsfrage in einem für Deutschland erträglichen Sinne ... Zweitens rechne ich dazu den Schutz der Auslandsdeutschen, jener zehn bis zwölf Millionen Stammesgenossen [! – J.W.], die jetzt unter fremdem Joch in fremden Ländern leben [Die angebliche Unterdrückung der vor allem in der Tschechoslowakei und Polen ansässigen ›Stammesgenossen‹,*

*vom Hitler-Faschismus ›Volksdeutsche‹ genannt, war später ein Vorwand für die Annexion des ›Sudetenlands‹ und den Angriff auf Polen – J.W.] ... Die dritte große Aufgabe ist die Korrektur der Ostgrenzen, die Wiedergewinnung Danzigs, des polnischen Korridors und eine Korrektur der Grenze in Oberschlesien. Im Hintergrund steht der Anschluß von Deutsch-Österreich...« (Zit. nach Kühnl 1979, 66, Nr. 38)*

Überdies schmiedeten Teile der herrschenden Klasse Pläne zur Wiedererrichtung eines Kolonialreichs. Auf der umfänglichen Teilnehmerliste einer im Mai 1930 tagenden Konferenz für die Erarbeitung gemeinsamer Richtlinien für die Kolonialgesellschaften findet sich eine ganze Reihe namhafter Vertreter des Monopolkapitals und seiner Funktionärselite, darunter T. Amsinck (Generaldirektor der Hamburger Woermann- und Deutsch-Ostafrika-Linie [die Reederei Woermann ist uns ja bereits aus dem Abschnitt zur Kolonialpolitik vor 1914 bekannt]), Dr. M. Cohen-Reuss (sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter), Dr. H[ans] Luther (Reichsbankpräsident und ehemaliger Reichskanzler), Dr. H[jalmar] Schacht (ehemaliger und ab 1933 wiederum Reichsbankpräsident, ab 1934 Wirtschaftsminister der faschistischen Reichsregierung), Dr. A[ibert] Vögler (Direktor der Vereinigten Stahlwerke AG und späterer »Wehrwirtschaftsführer«) sowie M. Weigelt (Direktor der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft). In den Richtlinien wird gefordert:

- »1. Gleiche Rechte für die in den ehemaligen, jetzt unter Mandatsverwaltung gestellten, deutschen Kolonien lebenden Deutschen.*
- 2. Schutz der deutschen Kultur in den Mandatsgebieten...*
- 3. Fortsetzung des Kampfes gegen die ›koloniale Schuldlüge‹.*
- 4. Kampf gegen jegliche Annexionsbestrebungen von Mandatarmächten.*
- 5. Eine eigene koloniale Betätigung Deutschlands ist anzustreben in Anbetracht der Tatsache, daß einige in ihrer Entwicklung zurückgebliebene Völker noch nicht imstande sind, sich selbst zu verwalten...*
- 7. Koloniale Propaganda, um den kolonialen Gedanken im Innern, vor allem in Arbeiterkreisen, zu verbreiten...« (Zit. nach ebd., 69, Nr. 39)*

## **2.2 Faschismus**

### **2.2.1 Aufrüstung**



**30. Januar 1933:** Machtübertragung an den vom deutschen Monopolkapital protegierten Hitler-Faschismus.

In der Reichspräsidentenwahl 1932 hatte die KPD die Losung ausgegeben: »*Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt den Krieg.*« Nur sieben Jahre später brach der faschistische deutsche Imperialismus den Zweiten Weltkrieg vom Zaun. Für dessen Vorbereitung und die forcierte Aufrüstung verlor man keine Zeit – einige Daten:

**Dezember 1933:** Entscheidung zum Aufbau eines 300.000 Mann-Heeres.

**März 1935:** Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und Umbenennung der Reichswehr in »Wehrmacht«.

**Juli 1935:** Erweiterung der Pläne vom Dezember 1933 – angestrebt wurde nunmehr eine Truppenstärke von 700.000 Mann.

**August 1936:** Endgültiges Rüstungsprogramm – dazu heißt es bei Wikipedia:

*»Im Jahre 1936 wurde schließlich mit dem Augustprogramm der endgültige Rüstungsplan aufgelegt. Trotz der Verringerung um eine Infanteriedivision bedeutete der Entwurf eine Stärkung gegenüber dem Juliprogramm 35, da dem Konzept »Erhöhung der Angriffskraft« mit der Aufstellung von drei leichten Divisionen und vier motorisierten Infanteriedivisionen Rechnung getragen wurde. Das bisher noch kaum in Erscheinung getretene Kriegsheer sollte aus 102 Divisionsverbänden bestehen, die sich hauptsächlich in 72 Infanteriedivisionen (plus 21 Landwehrdivisionen) gliedern und mit starken Korpstruppen eine Gesamtstärke von 3,6 Mio. Soldaten umfassen sollten. In sieben Jahren wurde so der im Kaiserreich über 40 Jahre dauernde Aufbau des Deutschen Heeres übertroffen, das zu Kriegsbeginn 1914 über 2,1 Mio. Mann verfügte.«* (Quelle: Wikipedia, [https://de.wikipedia.org/wiki/Aufrüstung\\_der\\_Wehrmacht](https://de.wikipedia.org/wiki/Aufrüstung_der_Wehrmacht), abgerufen am 11.08.2018)

Zugleich erfolgten der Ausbau der Reichsmarine und der Neuaufbau der Luftwaffe. Für alle Teilstreikräfte – Heer, Marine und Luftwaffe – wurden neue Waffensysteme entwickelt, besondere Bedeutung kam dabei der Panzerwaffe zu.

Im direkten Zusammenhang mit der Aufrüstung entstand Ende 1936 die Vierjahresplan-Behörde, deren Aufgabe neben der Funktion als eigene Rüstungsorganisation auch die Erweiterung der Wirtschaft zur »Kriegsfähigkeit« war.

Einen Eindruck von der Entwicklung der Rüstungsausgaben des Deutschen Reiches ab 1932 vermittelt die folgende Tabelle:

Rüstungsausgaben des Deutschen Reiches 1932–1943

	1932	1934	1936	1938	1940	1943
Mrd. RM	0,6	4,2	10,3	17,2	58,1	117,9
In % des Staatsetats	8,2	39,3	59,2	61	78	81
In % des BSP	1,1	5,0	11,2	15,7	40	70

(Tab. aus Kühnl 1979, 257, Nr. 148)

## 2.2.2 Außenpolitik – Der Weg in den Krieg

**Oktober 1933:** Deutschland verlässt den Völkerbund und die internationale Abrüstungskonferenz.

**Januar 1934:** Nichtangriffsvertrag mit Polen.

**Juni 1935:** Deutsch-britischer Flottenvertrag (Festlegung des Stärkeverhältnisses: 35 zu 100).

**März 1936:** Einmarsch in die entmilitarisierte Zone des Rheinlands.

**Ab Juli 1936:** Unterstützung der Franco-Faschisten gegen die Republik im Spanischen Krieg (→ Legion Condor, Guernica).

**November 1936:** »Achse« Berlin–Rom.

**November 1936:** Gegen die SU gerichteter »Antikominternpakt« Deutschland–Japan, dem sich 1937 Italien anschließt.

**März 1938:** »Anschluss« Österreichs – ab diesem Zeitpunkt sprach man von »Großdeutschland«.

**September 1938:** Appeasement-Politik – Verrat der westlichen Imperialisten an der CSR. Die Münchener Konferenz (Hitler, Mussolini, Chamberlain, Daladier) endet mit der Angliederung des zur Tschechoslowakei gehörenden Sudetenlands an Deutschland (Münchener Abkommen). Interessanter Nebenaspekt: Auch Polen, ein Jahr später weiteres staatliches Opfer der faschistischen Aggression, profitiert davon.

**März 1939:** Besetzung der »Rest-Tschechei« und Bildung des »Protektorats Böhmen und Mähren« sowie eines formal unabhängigen slowakischen Teilstaats.

**März 1939:** Besetzung des zu Litauen gehörenden Memellands.

**Mai 1939:** »Stahlpakt« Deutschland–Italien.

**August 1939:** Deutsch-sowjetischer Nichtangriffsvertrag – ein kluger Schachzug Stalins, der die Absichten der imperialistischen Staaten Frankreich und Großbritannien durchkreuzt und der SU eine dringend erforderliche Atempause und Vorbereitungszeit verschafft (siehe hierzu ausführlich die in der Literatúrauswahl genannten Arbeiten von *Kurt Gossweiler*).

### 2.3 Kriegsbeginn

**1. September 1939:** Mit dem deutschen Angriff auf Polen beginnt der Zweite Weltkrieg.

Die Bilanz sechs Jahre später: Schätzungen zufolge 65 Millionen Tote, 27 davon Sowjetbürger. Allein die Zahl der den deutschen Kriegs- und Menschheitsverbrechen zum Opfer gefallenen Menschen wird mit 13 Millionen angegeben, davon rund sechs Millionen Juden. Deutschlands Kriegskosten (156 Mrd. Dollar) und Kriegsschäden (4,8 Mrd. Dollar) beliefen sich entsprechend heutiger Kaufkraft und inflationsbereinigt auf 2,1 Billionen US-Dollar.

### **2.4 Kriegsziele**

Auch wenn in den ersten Kriegsjahren die Aggression des faschistischen deutschen Imperialismus – neben Polen – zunächst (zur Erweiterung der strategisch-materiellen Basis) gegen Frankreich und Großbritannien gerichtet war, lagen seine Kriegsziele letztlich eindeutig im Osten. Hitler hatte schon in den 20er Jahren die Marschrichtung vorgegeben, in »Mein Kampf« heißt es:

*»Demgegenüber müssen wir Nationalsozialisten unverrückbar an unserem außenpolitischen Ziele festhalten, nämlich dem deutschen Volk den ihm gebührenden Grund und Boden auf dieser Erde zu sichern ... Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken. Das Schicksal selbst scheint uns hier einen Fingerzeig geben zu wollen. Indem es Rußland dem Bolschewismus überantwortete, raubte es dem russischen Volke jene Intelligenz, die bisher dessen staatlichen Bestand herbeiführte und garantierte ... Das Riesenreich im Osten ist reif zum Zusammenbruch. Und das Ende der Judenherrschaft in Rußland wird auch das Ende Rußlands als Staat sein. Wir sind vom Schicksal ausersehen, Zeugen einer Katastrophe zu werden, die die gewaltigste Bestätigung für die Richtigkeit der völkischen Rassentheorie sein wird.« (Zit. nach Kühnl 1979, 115 f., Nr. 62/4)*

Nun ja, eine Katastrophe gab es dann ja auch – freilich nicht die von Hitler erwartete...

Neben der strategischen Ostorientierung existierten Kolonialpläne. So wurde in einer Denkschrift vom Juni 1940 neben der Bildung eines europäischen Großwirtschaftsraums unter natürlich deutscher Führung (ein – wie wir oben sahen – Kriegsziel auch im Ersten Weltkrieg) die Schaffung eines Kolonialgebiets in Afrika befürwortet. (Vgl. ebd., 317 ff., Nr. 215)

### **3. Der deutsche Imperialismus nach 1945**

#### **3.1 Die Nachkriegsordnung (1945–1989/90)**

##### **3.1.1 Generallinie**

Auch der zweite Anlauf des deutschen Imperialismus zur Erringung der weltweiten Hegemonie war mit der Niederlage Hitler-Deutschlands im Mai 1945 gescheitert. Aber ebenso wenig wie 1918 war der – jetzt auf die materielle Basis eines westdeutschen Teilstaats reduzierte – deutsche Imperialismus zur Aufgabe seiner größtenwahnsinnigen Pläne bereit.

Allerdings hatte er dazugelernt und verfolgte nunmehr diese Pläne nicht mehr im Alleingang, sondern – als Juniorpartner des US-Imperialismus – im transatlantischen Kriegsbündnis NATO sowie im Rahmen europäischer Zusammenschlüsse (ausgehend von der Montanunion über die Pläne zur Schaffung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft bis hin zu EWG und EU), dies alles im Zusammenhang mit der Remilitarisierung Westdeutschlands und der raschen Wiederherstellung alter ökonomischer Stärke.

##### **3.1.2 Einige Eckdaten zur Geschichte der BRD 1945–1989/90**

Nach dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition über den Faschismus 1945 und ihrem anschließenden Zerfall begann die Phase des »Kalten Krieges«, in der die westliche Vormacht USA und ihre Verbündeten zunächst die gegen die SU gerichtete Strategie des »Containment«, später die des »Roll back« verfolgten.

**Ab 1948:** Die Einbindung der Westzonen in den »Marshallplan« bedeutet – neben der ökonomischen Anschubwirkung – auch einen ersten Schritt zur »Westintegration« der späteren BRD und zur Spaltung Deutschlands.

**Juni 1948:** Währungsreform in der Trizone.

**23. Mai 1949:** Verkündung des Grundgesetzes (= Gründungstag der BRD).

**Ab 1950:** Die Korea-Krise bietet die Möglichkeit zur Nutzung der unausgelasteten Produktionskapazitäten der westdeutschen Industrie. Damit wird die Exportwirtschaft angekurbelt und ein – bis zur ersten ökonomischen Krise in den 60er Jahren anhaltendes und ideologisch auf Klassenzusammenarbeit und »Sozialpartnerschaft« basierendes – Wirtschaftswachstum in Gang gesetzt (→ »Wirtschaftswunder«, »soziale Marktwirtschaft«).

**Oktober 1950:** Ernennung von Theodor Blank (CDU) zum Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen. Blank berief hierzu die ehemaligen Wehrmacht-Generäle Adolf Heusinger und Hans Speidel als militärische Berater. Das »Amt Blank« wurde zur Keimzelle des späteren westdeutschen Kriegsministeriums.

**April 1951:** Schaffung der »Montanunion« (»Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl«) – Mitglieder neben Deutschland: Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande.

**Frühjahr 1952:** Mehrere Vorschläge der SU (»Stalin-Noten«) zur Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands auf Basis politischer und militärischer Neutralität werden von den Westmächten und der BRD abgelehnt.

**Mai 1952:** Unterzeichnung des EVG-Vertrags – die »Europäische Verteidigungsgemeinschaft«, ein Kriegsbündnis unter Beteiligung Westdeutschlands, scheitert 1954 am Widerstand der französischen Nationalversammlung.

**Oktober 1954:** Als Ersatz des mit der EVG unternommenen Versuchs der militärischen Einbindung Westdeutschlands wird die »Westeuropäische Union« gegründet. Nach Verabschiedung der Pariser Verträge 1954 und des in diesen enthaltenen zweiten Deutschlandvertrags (Aufhebung des Besatzungs-Statuts, weitgehende Wiederherstellung der deutschen Souveränität) wird der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO beschlossen.

**9. Mai 1955:** Beitritt der BRD zur NATO.

**6. Juni 1955:** Umwandlung des »Amtes Blank« ins Bundesverteidigungsministerium.

**Dezember 1955:** Verkündung der Hallstein-Doktrin, wonach die Aufnahme oder Unterhaltung von diplomatischen Beziehungen zur DDR seitens der Bundesrepublik Deutschland als unfreundlicher Akt gesehen und in der Regel mit dem Abbruch beziehungsweise der Nichtaufnahme diplomatischer Beziehungen beantwortet werde. Gemäß dem Alleinvertretungsanspruch habe nur die Bundesrepublik die demokratische Legitimation inne, im Ausland für das deutsche Volk zu sprechen.

**12. November 1956:** Gründung der Bundeswehr – Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

**März 1957:** Gründung der EWG (»Europäische Wirtschaftsgemeinschaft«) zur Förderung des gemeinsamen Marktes durch die Mitgliedsstaaten der Montanunion. Im Februar 1992 wird mit dem Maastricht-Vertrag angesichts der nicht mehr nur ökonomischen, sondern auch politischen Aufgabenstellung die EWG in EG (»Europäische Gemeinschaft«) umbenannt. Zugleich wird mit der Schaffung einer »Europäischen Union« begonnen, deren Führung die wirtschaftlich schon seit längerem und politisch spätestens mit der Konterrevolution 1989/90 und der Annexion der Ostprovinzen dominante Bundesrepublik übernimmt.

**August 1961:** Die DDR schließt ihre Westgrenze.

**Ab Ende der 60er Jahre:** Nach dem Scheitern der »Roll back«-Politik und der imperialistischen Drohung mit der nuklearen militärischen Überlegenheit beginnt eine gerne als »Entspannungspolitik« bezeichnete Phase der »sanften Unterwanderung«, die darauf hinausläuft, »ökonomische Abhängigkeiten der sozialistischen Gesellschaften von den kapitalistischen Ländern auszunutzen, um innere Widersprüche in deren Entwicklung bis zur konterrevolutionären Sprengkraft zu vertiefen. Von der Ideologie des ›Sozialismus mit menschlichem Antlitz‹ bis zur KSZE [= Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – J.W.] spannte sich ein Bogen der subversiven Strategien gegen die Staaten des sozialistischen Lagers.« (Holz 2017, 46)

Bestandteile dieser neuen Ausrichtung des Imperialismus sind in Deutschland die schrittweise Aufgabe der »Hallstein-Doktrin« und der – alter Wein in neuen Schläuchen – Übergang zur »neuen Ostpolitik« unter der Devise »Wandel durch Annäherung«.

**März und Mai 1970:** Gipfeltreffen von Willi Stoph, DDR-Ministerpräsident, und Willy Brandt, westdeutscher Bundeskanzler, in Erfurt und Kassel.

Dies ist der Beginn der »Konterrevolution auf Filzplätzen«, die ihren vorläufigen Höhepunkt im August 1987 mit dem gemeinsamen Papier von SED und SPD »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit« findet. An zentraler Stelle heißt es darin:

*»1. Beide Seiten müssen sich auf einen langen Zeitraum einrichten, während dessen sie nebeneinander bestehen und miteinander auskommen müssen. Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, daß ein System das andere abschafft. Sie richtet sich darauf, daß*

*beide Systeme reformfähig sind und der Wettbewerb der Systeme den Willen zur Reform auf beiden Seiten stärkt...*

2. *Beide Systeme müssen sich gegenseitig für friedensfähig halten...*« (Quelle: [http://library.fes.de/library/netzquelle/ddr/politik/pdf/verfemte\\_4.pdf](http://library.fes.de/library/netzquelle/ddr/politik/pdf/verfemte_4.pdf), abgerufen am 25.08.2018)

Zumindest wesentliche Teile der angeblich dem Marxismus-Leninismus verpflichteten SED halten also den Imperialismus für »friedensfähig« – und das wohl nicht erst seit dem Entstehungszeitpunkt dieses Papiers. Über die nur zwei Jahre später eintretenden Konsequenzen dieser Erosion von Imperialismus-Theorie und Klassenstandpunkt darf man sich natürlich nicht wundern...

**Dezember 1979:** Der NATO-Doppelbeschluss über atomare Mittelstreckenraketen in Europa führt zu einem Anwachsen der Friedensbewegung.

**Zweite Hälfte der 80er Jahre:** Begünstigt und gefördert durch den »Glasnost-« und »Perestroika«-Erfinder M.S. Gorbatschow kommt es zu ideologischen und politischen Auflösungserscheinungen im sozialistischen Lager, nachdem bereits seit Anfang des Jahrzehnts in Polen konterrevolutionäre Aktivitäten sich entfalten konnten (sogenannte Gewerkschaft »Solidarnosc«).

**9. November 1989:** Öffnung der DDR-Staatsgrenze durch die SED.

**12. September 1990:** Unterzeichnung des »Zwei-plus-Vier-Vertrags« (auch »Regelungsvertrag«). Der Staatsvertrag zwischen der BRD, der DDR, den USA, Frankreich, Großbritannien und der SU markiert das Ende der Nachkriegszeit und hebt alle bis dahin noch bestehenden besatzungsrechtlichen Beschränkungen auf.

**3. Oktober 1990:** Sogenannter »Beitritt« (de facto Annexion) der DDR zur BRD – »Wiedervereinigung« unter imperialistischen Vorzeichen.

### **Exkurs: Besondere Merkmale des deutschen Imperialismus**

Welche Merkmale sind für den deutschen Imperialismus seit (als grober Zeitrahmen) Anfang des 20. Jh.s bis heute kennzeichnend?

- Ein besonders hohes Maß an Aggressivität und Gefährlichkeit, wie es im Allgemeinen für vorerst zu kurz gekommene (wie vor 1914 Deutschland) oder sich auf dem absteigenden Ast befindliche (wie heute die USA) imperialistische Staaten charakteristisch ist.

- Eine im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg offenbar gewordene maßlose Selbstüberschätzung hinsichtlich der für die Kriegführung verfügbaren materiellen (ökonomischen wie militärischen) und menschlichen Ressourcen.
- Damit korrespondierend eine ebenso falsche Einschätzung der bestehenden strategischen Kräfteverhältnisse.
- Demgegenüber die Fähigkeit, aus den Erfahrungen der misslungenen beiden ersten Anläufe zur Erringung der Weltherrschaft zu lernen und (zunächst natürlich auch – in den Jahrzehnten ab 1945 bis 1989/90 – den objektiven Bedingungen und Restriktionen Rechnung tragend) die Rückgewinnung alter imperialistischer Stärke im Windschatten der USA und im westlichen Kriegs Bündnis NATO zu vollziehen.
- Ab 1989/90, nach der Niederlage des sozialistischen Lagers und der Annexion der Ostprovinzen (ehemalige DDR), ein zunehmend eigenständiges Auftreten in nicht allein ökonomischer, sondern auch politischer (Durchsetzung der Hegemonie innerhalb der EU) und – nunmehr ergänzend – militärischer Hinsicht (bis vor Kurzem noch als »humanitäre Interventionen« getarnte Kriegseinsätze).
- Der inzwischen offen formulierte Anspruch, Deutschland müsse als Akteur auf der internationalen Bühne wieder (auch und gerade militärische) »Verantwortung« übernehmen – ein Bundespräsident namens Köhler musste wegen seiner Äußerungen über den Schutz von Handelswegen noch vor wenigen Jahren den Hut nehmen, sein Nachfolger Gauck durfte sich bereits – assistiert von der bürgerlichen Journaille und offenbar im Einvernehmen mit und zum Wohlgefallen der herrschenden Klasse – als Säbelrassler und Kriegstreiber betätigen.
- Maßlose Rüstungsanstrengungen des deutschen Imperialismus gehörten zur Vorbereitung des Ersten wie des Zweiten Weltkriegs. Die im »Weißbuch« der Bundeswehr entwickelten Vorstellungen sowie das von Kriegsministerin von der Leyen für die kommenden Jahre aufgelegte Programm sind daher zu Recht Anlass schlimmster Befürchtungen.
- Die traditionelle expansive Ausrichtung des deutschen Imperialismus nach Osten – im Ersten Weltkrieg versuchte man sich der Ukraine zu bemächtigen, im Zweiten sollte das zu erobernde Territorium schon bis zum Ural und Schwarzen Meer reichen. Der jetzige – derzeit noch im Rahmen der NATO, künftig vermutlich auch oder sogar stattdessen mit einer von Berlin geführten EU-Armee stattfindende – Aufmarsch des deutschen Imperialismus gen Osten wird ähnlich ambitionierte Ziele haben. Deutsche Panzer stehen bekanntlich schon jetzt kurz vor Kaliningrad.

### **3.2 Warum konnte sich der deutsche Imperialismus nach 1989 so hemmungslos und weltumfassend entwickeln?**



Folgende Voraussetzungen und Entwicklungen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) waren für das zunehmende Erstarken des deutschen Imperialismus nach 1989/90 erforderlich und ursächlich:

- Die (neben objektiven Faktoren und der Politik des Westens) wesentlich durch eigene revisionistische, die innere Konterrevolution begünstigende Fehler und offenen Verrat herbeigeführte Niederlage des sozialistischen Lagers.
- In deren Gefolge die Zerschlagung der Staatlichkeit der DDR und die Einverleibung ihres Territoriums durch die imperialistische BRD.
- Die planvoll vorgenommene De-Industrialisierung der ehemaligen DDR (→ Treuhand) sowie die zeitgleich erfolgte Zerschlagung der nationalen Ökonomien der osteuropäischen Staaten und die Aufteilung der so »erschlossenen« Märkte.
- Die damit geschaffene Möglichkeit zum verstärkten Waren- und Kapitalexport nach Osteuropa und zur Nutzung des dortigen geringen Lohnniveaus.
- Wesentlicher Grund für die Fähigkeit des deutschen Monopolkapitals, sich nach wie vor an führender Stelle auf dem Weltmarkt zu behaupten (→ »Exportweltmeister« bis 2009/10), ist nicht so sehr die (unter monopolkapitalistischen Bedingungen ohnehin eher gebremste) Produktivkraftentwicklung als vielmehr das hierzulande durchweg niedrige Lohnniveau – nicht zuletzt geschuldet den »Reformen« der seinerzeitigen Bundesregierung aus SPD und Grünen und der von dieser im Zuge der »Agenda 2010« durchgesetzten Deregulierung des Arbeitsmarkts und des dadurch ermöglichten allgemeinen Lohndumpings.
- Die weitere Stärkung als Wirtschaftsmacht (2017 nach den USA, China und Japan an 4. Stelle der internationalen Rangfolge nach BIP – Steigerung des BIP zwischen 1980 = 826,1 über 1990 = 1.547,0 und 2000 = 1.905,8 sowie 2005 = 2.794,5 bis 2017 = 3.684,8 Mrd. US-Dollar (Quelle: Wikipedia, [https://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_Länder\\_nach\\_Bruttoinlandsprodukt](https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Länder_nach_Bruttoinlandsprodukt), abgerufen am 13.08.2018).
- Die führende Rolle innerhalb der EU und die damit einhergehende Fähigkeit, die Politik einzelner europäischer Staaten (Beispiel Griechenland) zu diktieren.

### **3.3 Die Beziehungen zwischen Deutschland und den anderen europäischen Ländern**

Wie schon zuvor angesprochen, ist Deutschland im Rahmen der EU zur unangefochtenen Führungsmacht avanciert und verfügt damit über die Möglichkeit, durch politische wie wirtschaftliche Druckmittel das dem deutschen Imperialismus genehme Wohlverhalten anderer Staaten zu erzwingen – bestes Beispiel für die Folgen einer solchen, auf die Bevölkerung des betroffenen Staates keinerlei Rücksicht

nehmenden Politik Deutschlands bzw. der EU ist Griechenland. In jüngster Zeit wird deutlich die Absicht des deutschen Imperialismus erkennbar, aus dem Windschatten der USA herauszutreten und – neben der NATO oder gar an ihrer Stelle – eine (selbstredend von Berlin geführte) EU-Armee aufzubauen.

## **4. Quellen und Literatur**

### **4.1 Quellen (Auswahl):**

*Reinhard Kühnl*: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. 4., unveränd. Aufl. Köln 1979

### **4.2 Literatur (Auswahl):**

*Wolfgang Bleyer/Karl Drechsler/Gerhard Förster/Gerhart Hass*: Deutschland 1939–1945. 2., überarb. Aufl. Berlin 1975

*Dietrich Eichholtz/Hannes Heer/Kurt Pätzold/Martin Seckendorf u.a.*: »Barbarossa« – Raubkrieg im Osten. Beiträge aus der *jungen Welt* zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Jahr 1941. 3., mit einem Vorw. versehene Aufl. Berlin 2014

*Gert Fesser.*: Deutschland und der Erste Weltkrieg. 2., überarb. und erw. Aufl. Köln 2014

*Ders.*: Das Deutsche Kaiserreich 1871–1914. Köln 2015

*Georg Fülberth*: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. 3., akt. und erw. Aufl. Köln 2018

*Kurt Gossweiler*: Betrachtungen zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag von 1939.

<http://kurt-gossweiler.de/?p=741#more-741>

*Ders.*: Anmerkungen zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag und zur Rolle Stalins im Zweiten Weltkrieg. In: *Ders.*: Wider den Revisionismus. Aufsätze, Vorträge, Briefe aus sechs Jahrzehnten. 2. Aufl. München 2004, S. 219–227

*Ders.*: Quo vadis, DKP? In: *Ders.*: Wie konnte das geschehen? Bd. 3, S. 309–318. Bodenfelde 2017

*Willibald Gutsche/Fritz Klein/Joachim Petzold: Der Erste Weltkrieg. Ursachen und Verlauf. Herrschende Politik und Antikriegsbewegung in Deutschland. Köln 1985*

*Hans Heinz Holz: Kommunisten heute. Die Partei und ihre Weltanschauung. 2. Aufl. Essen 2017*

*Fritz Klein: Deutschland 1897/98–1917. 4., bearb. Aufl. Berlin 1976*

*Eva Niemeyer: Der BRD-Imperialismus nach 1989. Von territorialer zu hegemonialer Expansion. Hannover 2009*

*Erich Paterna/Werner Fischer/Kurt Gossweiler/Gertrud Markus/Kurt Pätzold: Deutschland 1933–39. Berlin 1969*

*Kurt Pätzold: Zweiter Weltkrieg. 2., durchges. Aufl. Köln 2015*

*Ders.: Deutschland 1933–38 – Vorkrieg. Köln 2016*

*Ders.: Deutschland 1939–45 – Krieg. Köln 2016*

*Reiner Zilkenat: Versprechen gebrochen. In: junge Welt, 04.08.2018, S. 15*

Zusätzlich wurden zur Recherche und Verifizierung diverse *Wikipedia*-Einträge verwendet.

## Zur Geschichte des Sozialismus

### ***Kommunistische Organisation: Der „Prager Frühling“ in der Tschechoslowakei 1968: Die verhinderte Konterrevolution***

Vor genau 50 Jahren, am 21. August 1968, überschritten Truppen von vier Staaten des Warschauer Vertrags die Grenze zur Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (CSSR). Dabei waren die Sowjetunion, Polen, Ungarn und Bulgarien.

Was war zuvor geschehen, sodass vier sozialistische Regierungen sich entschieden, Truppen in ein anderes sozialistisches Land zu schicken?

Für die bürgerliche antikommunistische Propaganda ist der Fall klar und sie verpasst keine Gelegenheit, die Ereignisse in der CSSR 1968 für die allgemeine Hetze gegen den Sozialismus auszunutzen: Demnach habe eine Gruppe von kommunistischen Reformern im sogenannten „Prager Frühling“ von 1968 versucht, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu erschaffen. Dadurch hätten sich die Herrschenden im „unmenschlichen, diktatorischen“ Sozialismus der Sowjetunion bedroht gefühlt und ihre Armee geschickt, um ihre Herrschaft zu erhalten und jedes andere „Modell“ des

Sozialismus zu verhindern. Unbewaffnete Menschen hätten sich den sowjetischen Panzern entgegengestellt, um das neue Sozialismusmodell der CSSR zu verteidigen.

Es ist ein Feuerwerk der Heuchelei: Die, die ansonsten den Sozialismus in Grund und Boden verdammen, entdecken auf einmal ihre Sympathien für den „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Während das Massaker von Paris, bei dem am 17. Oktober 1961 die französische Polizei in unserem Nachbarland mehrere Hundert Demonstranten ermordete, weitestgehend unbekannt bleibt, sind jedes Jahr die Zeitungen voll über den „Prager Frühling“. Während die 70 Jahre andauernde Besetzung Palästinas die bürgerliche Presse nicht stört, wird der kurze Einsatz der Warschauer Pakt-Truppen zum Sinnbild für „Besatzung“ überhaupt hochstilisiert. All diesen Darstellungen ist gemein, dass sie mit Emotionen und Bildern arbeiten, nicht aber mit Fakten und Argumenten. Sie wollen nicht darüber sprechen, was 1968 in der CSSR wirklich geschah und warum es geschah, sie wollen den Sozialismus als düstere Macht darstellen, die nur durch Waffengewalt gegen die eigene Bevölkerung aufrechterhalten werden konnte.

In dasselbe Horn blasen auch die Linkspartei und verschiedene trotzkistische Organisationen. Die antikommunistische Parteivorsitzende der „Linken“ Katja Kipping unterhält seit Langem eine Zeitschrift mit dem Namen „prager frühling“. Inhaltlich richtet sie sich vor allem gegen den real existierenden Sozialismus: „*Mit prager frühling ist Stalinismus, bornierter Avantgardismus und Strickjäckchenspießertum nicht zu machen.*“, heißt es im Selbstverständnis. Die Trotzkisten von der SAV und Marx21 stellen den „Prager Frühling“ ebenfalls als Aufbruch zu einem erneuerten, besseren, weil nicht „bürokratischen“ Sozialismus dar. Zwar sei dieser Aufbruch dann leider von den „russischen Panzern“ niedergewalzt worden, aber, so Marx21: „*die positive Erinnerung an die Kämpfe von 1968 und 1989 (!!!) ist allerdings geblieben.*“ (Marx21 2018 ; Interview mit Mirek Voslon).

Auch die MLPD schätzt die Ereignisse nicht wesentlich anders ein: „*Das blutig-aggressive Wesen des Sozialimperialismus wurde bei der Invasion und Besetzung der Tschechoslowakei im August 1968 aller Welt offenkundig*“, schreibt der MLPD-Begründer und langjährige theoretische Autorität der Partei Willi Dickhut (Dickhut 1988, S. 245).

### **Die Entwicklung der Konterrevolution in der CSSR**

Die Stellungnahme von Marx21 zieht allerdings völlig zurecht die Parallele zwischen dem Jahr 1968 und dem Jahr 1989. In beiden Jahren mobilisierten in der Tschechoslowakei die antisozialistischen, prokapitalistischen Kräfte zur Machtübernahme und Zerschlagung des Sozialismus. 1989 waren sie dann mit dem erfolgreich, woran sie 1968 noch gescheitert waren.

Die Protagonisten des versuchten konterrevolutionären Umsturzes haben ihre Absichten dabei nur teilweise verheimlicht. Während sie im Allgemeinen die betrügerische Parole eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ vor sich hertrugen, um ihren breiten Massenanhang auf der Straße zu täuschen, sprachen sie bei anderen Gelegenheiten Klartext. Insbesondere gilt das für den stellvertretenden Ministerpräsidenten der CSSR und gewissermaßen ökonomischen Cheftheoretiker des „Prager Frühlings“, Ota Šik: In einem Interview mit der tschechischen Zeitung „Mladá Fronta“ vom 2. August 1990 bekannte er freimütig: *„Auch für manche Reformkommunisten war schon der Gedanke an die Einführung des Privateigentums eine Todsünde. Somit war auch der Dritte Weg ein Täuschungsmanöver. Schon damals war ich überzeugt, dass die einzige Lösung für uns der vollblutige kapitalistische Markt darstellt“* (zit. nach. Bilak 2006, S. 272).

Doch bereits im Oktober 1967 hatte Šik in einem Interview mit der Zeitschrift „Osteuropa“ erklärt: *„Die Wiederherstellung von Marktbedingungen ist unser Ziel, und wir werden Schritte in dieser Richtung tun. (...) Wir versuchen, durch Konkurrenz (...) die Unternehmen unter größeren Marktdruck zu setzen.“* Am 10.12.1968 sagte er im Fernsehen: *„Wir wollen wirkliche Unternehmer und einen freien Markt“*. *„Ausländische Investoren können am Profit teilhaben. Wir müssen pragmatisch denken“*. Die Frage, ob er das Profitinteresse anerkenne, bejahte er (zit. n. Bading/Martini 1977, S. 32; Opperskalski 2008).

Doch Šik war nicht der einzige. Der Vorsitzende der Staatsbank der CSSR, Eugen Löbl, referierte im Juli 1968 bei einem Vortrag in Bonn, *„dass die CSSR das marktwirtschaftliche System nie habe verlassen dürfen und dass die ‚Vergesellschaftung des Privateigentums‘ nur eine von vielen Dimensionen sei, nicht weniger etwa als die Revolution im Management oder ähnliches, und keineswegs ein nach Marx allheilendes Remedium“*. Der Vorsitzende des tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes und einer der wichtigsten „Reformer“ war Professor Goldstücker. In einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk antwortete er auf die Frage nach der Rückkehr zu „gewissen Formen“ des Privateigentums an Produktionsmitteln: *„Wir sind am Anfang eines großen, nicht kurzen Prozesses, und wir möchten, dass sich in diesem Prozess nicht sofort alles herauskristallisiert. Wir möchten, dass dieser Prozess an die Grenzen seiner Möglichkeiten läuft, wir möchten das Ende offen halten, so lange wie nur irgend möglich“* (alles zitiert nach Bading/Martini 1977, S. 32). Später wurde Goldstücker noch deutlicher. 1990 oder 1991 soll er bekannt haben: *„Für uns waren Dubcek und seine Leute nur eine Zwischenlösung, denn direkt – ohne diesen Umweg – eine freiheitlich demokratische Grundordnung zu schaffen, schien uns zu riskant. Aber diese strebten wir an, das war von Anfang an unser Ziel“* (zitiert nach Kukuk 2008). Es bedarf wohl keiner weiteren Erklärung, dass mit der „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ nichts anderes

gemeint war als eine bürgerlich-kapitalistische „Demokratie“ nach westeuropäischem Vorbild.

Die Memoiren des slowakischen Kommunisten Vasil Bilak, der im Verlauf des „Reformprozesses“ dessen konterrevolutionären Charakter erkannte und sich dagegen stellte, geben Aufschluss über die Ereignisse: Im Verlauf des Jahres 1968 trauten sich die antikommunistischen Kräfte in der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei immer offener, im Namen der „Demokratisierung“ die Demontage des sozialistischen Systems zu fordern. Parlamentspräsident Josef Smrkovský forderte im Zentralkomitee, den Schutz der sozialistischen Staatsmacht gegen ihre Feinde zu beenden, indem man alle politischen Organisationen bedingungslos legalisiere. Zdenek Mlynár, ebenfalls einer der wichtigsten Ideologen des „Prager Frühlings“, forderte, man müsse den Sozialismus vom politischen System trennen, wobei er als Vorbild die westliche bürgerliche „Demokratie“ nannte. Die „Reformer“ verbreiteten damit die illusorische Vorstellung, es könne einen „Sozialismus“ ohne die Macht der Arbeiterklasse geben (Bilak 2006, S. 54). In diese Richtung arbeitete Mlynár schon seit Jahren: Es ging darum, den sozialistischen Staat schrittweise in eine bürgerlich-westliche Demokratie umzuwandeln, die kommunistische Partei damit von der Macht zu verdrängen und die Verteidigungsfähigkeit des Sozialismus gegen die Konterrevolution zu vernichten (Kukuk 2018). Der Generalsekretär der Partei Alexander Dubcek erklärte im Mai ganz offen im Zentralkomitee, dass sein Ziel die schrittweise Zerschlagung des Staates war: *„Wir können nicht zulassen, dass die politische Machtstruktur, die wir haben, zerschlagen wird, bevor wir sie nicht schrittweise und durchdacht durch eine neue ersetzt haben“* (ebd., S. 85). Im Juli wurde dann im ZK der Austritt aus dem Warschauer Pakt diskutiert und dass man die NATO zur Intervention einladen würde, falls die ehemaligen Verbündeten der sozialistischen Staatengemeinschaft versuchen würden, das zu verhindern. Gegen die Kräfte in der Partei, die sich gegen diese Pläne stellten, wurden Repressionen angekündigt (ebd., S. 110). Die Medien waren weitestgehend von den antikommunistischen Kräften kontrolliert. Es kamen nur noch „Reformer“ und offene Antikommunisten zu Wort, Verteidiger des Sozialismus jedoch nicht (ebd., S. 75). Am 8. August erschien in der Zeitung Literární Listy ein Artikel, der die Politik des Warschauer Pakts mit der Hitlers vergleicht. Die Zeitung Reportér brachte einen weiteren Artikel, der offen die *„Liquidierung der absoluten Macht einer bürokratischen Kaste“* forderte (ebd., S. 142). Der Rundfunk begann unterdessen, offen zum Lynchmord an den Kommunisten aufzurufen. Puppen wurden an Galgen aufgehängt, die mit den Namen von Parteifunktionären beschriftet waren, die sich gegen die Konterrevolution stellten (ebd., S. 159). Damit drohten sich die Ereignisse aus dem Jahr 1956 in Ungarn zu wiederholen, als Kommunisten und Staatsbedienstete von der Konterrevolution auf offener Straße gelyncht wurden. In einem Text einer

konterrevolutionären Gruppe hieß es: *„Ein Gesetz, das wir annehmen werden, muss jede kommunistische Betätigung in der Tschechoslowakei verbieten. Wir werden die Tätigkeit der KPC (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei) verbieten und die KPC auflösen“* (zit.n. Opperskalski 2008).

Zu diesem Zeitpunkt hatten die konterrevolutionären Kräfte aber auch im Präsidium und dem Zentralkomitee der Partei, außerdem in der Regierung und im Parlament bereits tendenziell die Mehrheit. Im Juli war nach Einschätzung Bilaks kein einziges Staatsorgan mehr in der Lage, die Konterrevolution zu bekämpfen. Viele Kommunisten im Parteiapparat und der Parteibasis waren stark beunruhigt über die Entwicklungen, besonders im slowakischen Teil des Landes. Zahlreiche Kommunisten und parteilose Anhänger des Sozialismus, aber auch Teile der Armee und Polizei kündigten an, den bewaffneten Widerstand gegen die Konterrevolution aufzunehmen, falls dies nötig werden sollte. Im Sommer 1968 stand die Tschechoslowakei kurz vor dem Bürgerkrieg (Bilak 2006, S. 111ff). Das US State Department schätzte später ebenfalls ein: *„dass es zu der sowjetischen Aktion gekommen sei, weil die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei die Kontrolle im Land verloren habe“* (zit.n. ebd., S. 214).

### **Die Strategie des Imperialismus gegen den Sozialismus**

All das entwickelte sich nicht im luftleeren Raum. Der US-Imperialismus verfolgte seit vielen Jahren eine Strategie der Unterwanderung der sozialistischen Staatengemeinschaft, nachdem man verstanden hatte, dass eine militärische Zurückdrängung des Sozialismus vorerst nicht möglich sein würde. Ein wesentlicher Baustein dieser Strategie bestand darin, den Revisionismus in den kommunistischen Parteien aktiv zu fördern. Der reaktionäre US-Stratege Zbigniew Brzezinski stellte das so dar: *„Sowohl in moralischer als auch in politischer Hinsicht sollte unsere Politik die ständige Forderung nach nationaler Selbstständigkeit mit dem Bestreben vereinen, die von der Sowjetunion unterstützten kommunistischen Regierungen auf friedlichem Wege in eine Art Sozialdemokratien westlicher Prägung umzuwandeln, die mit der sozialökonomischen Entwicklung Gesamteuropas eng verbunden wären“*. Die USA sollten seiner Meinung nach als Schritt zur Schwächung des sozialistischen Lagers zunächst politische „Diversität“ und Bestrebungen zur „Unabhängigkeit“ von der Sowjetunion fördern, um einen „neutralen Staatengürtel“ um die Sowjetunion zu schaffen. *„Schließlich muss die amerikanische Politik sich komplett von dem Eindruck befreien, dass sie in Osteuropa die Wiederherstellung eines*

*Wirtschaftssystem nach westlichem Muster befürwortet“ (Brzezinski/ Griffith 1961, S. 644).*

Am 14. Juni 1968 hielt Brzezinski auf Einladung des tschechoslowakischen Außenministers Hajek (!!) einen Vortrag in Prag, bei dem er sehr offen sprach: *„Unsere Meinung ist, dass heute, 20 Jahre nach dem Abschluss des Krieges, wieder politische Strukturen an die Öffentlichkeit kommen, die hier schon einmal gewesen sind. (...) Ich sage nochmals, dass wir in New York das was hier geschieht, sehr begrüßen und denken, dass es gerade aus dem Grunde gut ist, weil hier im Grunde genommen die alten Werte in neuer Form realisiert werden“* (zit. n. Opperskalski 2008). Mit den bereits dagewesenen politischen Strukturen meinte der US-Strategie offensichtlich die Rückkehr der kapitalistischen Herrschaft in der Tschechoslowakei.

Bilak zufolge wurde die konterrevolutionäre Entwicklung auch direkt aus den USA angeleitet. Er berichtet, dass sich Dubceks Frau Ende Juli in Sorge an ihn gewandt habe, weil ihr Mann mit Konterrevolutionären zusammenarbeitete. Sie habe mitgehört, wie sich František Kriegel, einer der rechtesten Führer des „Prager Frühlings“, mit dem US-Botschafter unterhalten und von ihm Handlungsanweisungen bekommen habe. Diese habe er dann an den Parlamentspräsidenten Smrkovský weitergegeben (Bilak 2006, S. 118). Wie die Sunday Times und Washington Post im August 1968 berichteten, spielten die CIA und der westdeutsche Bundesnachrichtendienst seit dem Februar 1968 mithilfe speziell ausgebildeter Agenten eine zentrale Rolle beim Aufbau oppositioneller Gruppierungen in der Tschechoslowakei. Es sei sogar eine aus 40.000 Mitgliedern bestehende paramilitärische bewaffnete Organisation aufgebaut worden, die im ganzen Land geheime Lager mit Waffen, Ausrüstungen und Druckereien eingerichtet hatten (zit.n. Kukuk 2018). Auf diese Weise wurden die konterrevolutionären Kräfte für den Putsch und den Bürgerkrieg vorbereitet.

Ein zentrales Vehikel für diesen konterrevolutionären Umsturz sollte aus Sicht der US-Strategien die Sozialdemokratie sein. Günter Nenning, in den 1960er Jahren Sekretär der sozialdemokratischen „Sozialistischen Internationale“, schrieb damals: *„Der Kommunismus hat Zukunft. Seine Zukunft heißt Sozialdemokratie“* (zit. n. Kukuk 2008). Die Umwandlung der kommunistischen Parteien in sozialdemokratische war somit erklärtes Ziel.

Der ehemalige Präsident des westdeutschen Bundesamtes für Verfassungsschutz Günther Nollau erinnert sich in seinen Memoiren: *„Die KPD war 1956 verboten worden. Im selben Jahr hatte der XX. Parteitag der KPdSU stattgefunden, auf dessen Geheimsitzung Chruschtschow Stalin heftig angegriffen und dadurch dessen System diskreditiert hatte. Intelligente Kommunisten diskutierten damals darüber, welcher Weg nun beschritten werden sollte. War es richtig, den orthodoxen Stalinismus*



*beizubehalten, oder sich im kapitalistischen Bereich der reformerischen Sozialdemokratie anzuschließen?“. Im westdeutschen Geheimdienst habe man rege darüber diskutiert, „wie man diese Diskussionen anregen und für unsere Abwehrzwecke nützen könne. Wir kamen zu dem Ergebnis, eine offene Werbung für die Sozialdemokratie werde es den moskautreuen Kommunisten erleichtern, jeden neuen Gedanken mit dem Etikett ‚Sozialdemokratismus‘ zu versehen und abzulehnen. Einer kam auf die Idee, einen ‚Dritten Weg‘ zu propagieren, einen schmalen Pfad, den zu begehen die Fähigkeit erforderte, zwischen dem orthodoxen Kommunismus und der reformerischen Sozialdemokratie zu balancieren“. Der Geheimdienst gründete also eine Zeitung mit dem Titel „Dritter Weg“, der sowohl den „Stalinismus“, also die sozialistischen Länder, als auch, um keinen Verdacht zu erregen, den Kapitalismus der BRD kritisierte (Nollau 1979, S. 226f). Genau so einen „Dritten Weg“ stellte auch der sogenannte „Reformkommunismus“ oder „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ in der Tschechoslowakei dar. In Wirklichkeit war der „dritte“ Weg natürlich nie etwas anderes als der „erste“, also die Rückkehr zum Kapitalismus.*

In der CSSR bildete sich im Juni ein provisorisches „Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Partei“. Die Sozialdemokraten forderten nun die Beteiligung an der Macht und betrieben offen Propaganda für ihre neue Partei. In den Medien wurde die Gründung der neuen Partei begrüßt (Opperskalski 2008; Bilak 2006, S. 61).

### **Die Haltung der sozialistischen Länder**

Die anderen sozialistischen Länder machten die tschechoslowakischen Parteiführer immer wieder auf die enorme Gefahr aufmerksam, in der sich der Sozialismus in der CSSR befand. Bei einem Gipfeltreffen im März hatten die Führer der verschiedenen Länder dieses Problem umfassend diskutiert und darauf gedrängt, Maßnahmen gegen die Konterrevolution zu ergreifen. Dasselbe wiederholte sich bei einem Besuch Dubceks in Moskau im Mai. Die Prager Führung tat jedoch nichts dergleichen, sondern befeuerte mehrheitlich die Konterrevolution weiter. Am 15. Juli trafen sich die Sowjetunion, Polen, Ungarn, Bulgarien und die DDR in Warschau, um über die Entwicklung in der CSSR zu beraten. Die CSSR war eingeladen, wollte aber schon nicht mehr teilnehmen. Die anwesenden Parteiführer unterzeichneten einen gemeinsamen Brief an das ZK der KPC, in dem sie erneut ihre tiefe Besorgnis aussprachen und eindringlich zu Gegenmaßnahmen gegen die Konterrevolution aufriefen: *„Seht Ihr denn diese Gefahr nicht, Genossen? Kann man denn in dieser Situation passiv bleiben, sich nur auf Deklarationen und Versicherungen der Treue zum Sozialismus und zu den Bündnisverpflichtungen beschränken, ohne konkrete Schritte zu unternehmen? Seht Ihr denn nicht, daß Euch die Konterrevolution eine Position nach der anderen entreißt, daß die Partei die Kontrolle über den Verlauf der*

*Ereignisse verliert und immer mehr vor dem Druck der antikommunistischen Kräfte zurückweicht?“* hieß es in dem Brief.

Man könne *„nicht damit einverstanden sein, daß feindliche Kräfte Ihr Land vom Weg des Sozialismus stoßen und die Gefahr einer Lostrennung der Tschechoslowakei von der sozialistischen Gemeinschaft heraufbeschwören. Das sind nicht mehr nur Ihre Angelegenheiten. Das sind die gemeinsamen Angelegenheiten aller kommunistischen und Arbeiterparteien und aller durch Bündnis, durch Zusammenarbeit und Freundschaft vereinten Staaten“*.

Und schließlich: *„Nach unserer Überzeugung ist eine Situation entstanden, in welcher die Bedrohung der Grundlagen des Sozialismus in der Tschechoslowakei die gemeinsamen Lebensinteressen der übrigen sozialistischen Länder gefährdet. Die Völker unserer Länder würden uns ein gleichgültiges und sorgloses Verhalten zu einer solchen Gefahr niemals verzeihen“* (Brief der Warschauer Gipfelkonferenz an Prag vom 15. Juli 1968). Damit kündigten sie bereits an, einer Rückkehr der CSSR zum Kapitalismus nicht einfach tatenlos zusehen zu wollen.

Auch viele einfache Kommunisten und Bürger in den benachbarten sozialistischen Ländern teilten die Sorgen ihrer Parteiführungen und Regierungen. In der DDR veröffentlichte die Zeitung Neues Deutschland am 19. Juli zahlreiche Briefe, die ihre Zustimmung zum offenen Brief der Warschauer Gipfelkonferenz bekundeten. Eine Gewerkschaftsgliederung aus Berlin schreibt z.B. *„Auch uns erfüllt die gegenwärtige Entwicklung in der CSSR mit großer Sorge, weil sie nicht nur eine Bedrohung der Grundlagen des Sozialismus in der Tschechoslowakei, sondern auch der gemeinsamen Lebensinteressen der übrigen sozialistischen Länder darstellt.“* Ein Parteisekretär einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft schrieb: *„Wir haben jeden Erfolg der Werktätigen in der CSSR als unseren eigenen Erfolg angesehen (...). Deshalb können und werden wir es nicht zulassen, daß der Imperialismus diese Errungenschaft antastet und ein Stück aus dieser Gemeinschaft herausbricht.“* (Neues Deutschland 19.7.1968).

All diese, von ehrlicher Sorge getragenen Aufforderungen wurden von der rechtsopportunistischen Mehrheit der Parteiführung ebenso in den Wind geschlagen wie die Warnungen der marxistischen Kräfte in der KPC um Gustáv Husák, Alois Indra und Vasil Bilak. Schließlich entschlossen sich einige der Staaten des Warschauer Vertrags zur bewaffneten Intervention – als letztes Mittel, um die Konterrevolution doch noch zu verhindern. Am 21. August überschritten die Truppen die tschechoslowakische Grenze, um die Ordnung wiederherzustellen. Die „Reformer“ verhielten sich alles andere als friedlich: Etwa 100 Bürger der CSSR und 58 Soldaten der sozialistischen Länder kamen bei den Auseinandersetzungen ums Leben (Bilak 2006, S. 168). Allein dieses Zahlenverhältnis zeigt, dass es sich

entgegen der antikommunistischen Propaganda nicht um die brutale Niederschlagung friedlicher Proteste durch die Armee handelte, sondern um Auseinandersetzungen mit bewaffneten antisozialistischen Kräften.

Die militärische Intervention beendete nicht sofort das Wirken der Konterrevolution, da sie auch nicht den Sturz der Regierung zum Ziel hatte, sondern nur die antikommunistischen Dynamiken unter Kontrolle bringen wollte. Sie gab dadurch aber den marxistischen Kräften in der KPC den notwendigen Spielraum, um ihre Kräfte zu mobilisieren und das Land wieder auf den Kurs des Sozialismus zu bringen. Im April 1969 errangen diese dann einen wesentlichen Sieg: Der opportunistische Generalsekretär Alexander Dubcek wurde von seinem Posten entfernt und durch Gustáv Husák ersetzt.

### **Schlussfolgerungen**

Jede einigermaßen unvoreingenommene Prüfung der Fakten muss zu dem Schluss kommen, dass es sich beim sogenannten „Prager Frühling“ um eine ausgewachsene Konterrevolution handelte, die nur durch das Eingreifen der Staaten des Warschauer Pakts verhindert wurde. Aus kommunistischer Sicht war dieses Eingreifen daher alternativlos und richtig. Es war ein legitimer Akt der Selbstverteidigung gegen die antisozialistische Strategien der westlichen Imperialisten und der einheimischen Konterrevolution, aber auch ein Akt des proletarischen Internationalismus. 58 Soldaten anderer Länder bezahlten mit ihrem Leben dafür, dass die Tschechen und Slowaken weitere 20 Jahre im Sozialismus leben konnten. Die Alternative wäre gewesen, dass die CSSR zum Kapitalismus zurückgekehrt wäre und die Errungenschaften der Arbeiterklasse weitgehend vernichtet worden wären. In das Verteidigungssystem der sozialistischen Staaten wäre eine große Bresche geschlagen worden und es wäre nur eine Frage der Zeit gewesen, bis die NATO in diese Bresche eingedrungen wäre – denn dass sie keinerlei Absicht hatte, irgendeines der Versprechen über „Neutralität“ der osteuropäischen Länder zu halten, kann man seit den 90er Jahren sehen. Der „Prager Frühling“ war daher vonseiten der konterrevolutionären „Reformer“ ein äußerst gefährliches Spiel, das die Spannungen zwischen NATO und Warschauer Vertrag massiv erhöht und die Welt an den Rand des Atomkriegs hätte bringen können.

Gleichzeitig waren die Ereignisse auch in mindestens zweifacher Hinsicht tragisch: Es war tragisch, dass viele Tschechoslowaken zwar irgendwie diffus für den Sozialismus waren, aber sich unter der Parole des „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ versammelten und sich somit von den prokapitalistischen Kräften vor den Karren spannen ließen, um den Sozialismus zu demontieren. Der KPC war es nicht gelungen, diese Menschen dauerhaft für das real existierende sozialistische System zu gewinnen, sodass reale gesellschaftliche Probleme schnell zum Anlass wurden, dem

ganzen System den Rücken zu kehren. Der „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ war jedoch im Kern immer eine antikommunistische Parole gewesen, weil er auf einem massiv verzerrten und von bürgerlicher Propaganda durchsetzten Bild des existierenden Sozialismus ausging – dieser wurde ja implizit damit als „unmenschlich“ diffamiert, was weder der komplexen Realität des sozialistischen Aufbaus ansatzweise gerecht wurde, noch eine irgendwie konstruktive Kritik an Fehlern und Mängeln des sozialistischen Systems war. Der genauere Blick auf das Konzept dieses „Sozialismus“ anhand der Äußerungen seiner Vertreter enthüllt dann auch, worum es dabei eigentlich ging: Maximal um einen sozialstaatlich regulierten Kapitalismus, ohne Macht der Arbeiterklasse und Führung durch die kommunistische Partei.

Viele der Demonstranten glaubten sicherlich trotzdem, für einen besseren Sozialismus zu kämpfen, während die maßgeblichen Kräfte die Weichen längst in eine ganz andere Richtung stellten – einige von ihnen bezahlten ihre Illusionen mit dem Leben. Viele von ihnen verstanden gar nicht, weshalb die Verbündeten intervenieren mussten, wie zahlreiche Episoden über wütende Diskussionen zwischen Soldaten und Bürgern belegen.

Zweitens liegt die Tragik des Jahres 1968 aber auch darin, dass zwar durch das militärische Eingreifen der Sozialismus vorerst gerettet werden konnte, aber die gewonnene Zeit nicht genutzt wurde, die vorhandenen Probleme zu lösen. Insbesondere wurde der Revisionismus, das Eindringen bürgerlicher Ideologie in die kommunistischen Parteien, nur in seinen offensten Erscheinungsformen bekämpft, nicht jedoch grundlegend. Die Verbreitung revisionistischer Auffassungen in den kommunistischen Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg und besonders seit dem 20. Parteitag der KP der Sowjetunion 1956 hatte die Konterrevolution in der CSSR ideologisch erst vorbereitet. Dieser Prozess wurde 1968 aber nicht gestoppt, sondern nur in einem Land zurückgeworfen. Vorstellungen, die dem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ ähnelten, wurden in Teilen der kommunistischen Parteien weiterhin vertreten. Deshalb waren die Entwicklungen in der CSSR 1968 eine ziemlich exakte Blaupause für das, was zwei Jahrzehnte später in der Sowjetunion und anderswo passieren würde. Auch dort traten die prokapitalistischen Kräfte zunächst unter der Parole einer „Erneuerung“ des Sozialismus, gar einer „Rückkehr zu Lenin“ auf. Gemeint war damit aber nie eine Vertiefung des sozialistischen Charakters der Produktionsverhältnisse, sondern ihre Unterminierung und schließlich Aufhebung.

Schließlich war die Diskussion um die Intervention in die CSSR auch ein Prüfstein für alle kommunistischen Parteien. Diejenigen unter ihnen, in denen rechtsopportunistische Positionen schon am stärksten Fuß gefasst hatten, verurteilten

die Intervention. Das ist nachvollziehbar, schließlich richtete sie sich gegen die Folgen der Sozialdemokratisierung der kommunistischen Parteien, von der sie selbst auch erfasst waren. Das galt vor allem für die KPen Italiens und Frankreichs. Die KP Chinas und die Partei der Arbeit Albanien, die Anfang der 60er mit der Sowjetunion gebrochen hatten und ihre Führung als revisionistisch ansahen, verhielten sich allerdings nicht besser. Albanien nutzte die Intervention aus, um endgültig aus dem Warschauer Vertrag auszutreten und rief allen Ernstes die Bevölkerung zum bewaffneten Widerstand auf. Die KP Chinas nannte die Niederschlagung der Konterrevolution einen „schamlosen Akt“ und stellte die Sowjetunion auf eine Stufe mit den USA (Spiegel 26.8.1968). Beide Parteien zeigten damit, dass die Stoßrichtung ihrer Kritik am Opportunismus der Sowjetführung selbst opportunistisch war und dem Imperialismus in die Hände spielte. Sie gingen damals, ebenso wie heute die MLPD und andere Gruppen, von der unwissenschaftlichen und nichtmarxistischen Auffassung aus, in der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern Osteuropas sei der Kapitalismus als „Staatskapitalismus“ bereits wiederhergestellt worden. Somit konnten sie den konterrevolutionären Charakter der Entwicklungen in der CSSR gar nicht mehr erkennen, da es aus ihrer Sicht dort gar keinen Sozialismus mehr gab, den man hätte verteidigen können. Mit der Realität hatten solche Vorstellungen jedoch nie viel zu tun.

Aufgabe der Kommunisten ist es heute, der bürgerlichen und opportunistischen Geschichtsfälschung in Bezug auf den sogenannten „Prager Frühling“ entgegenzutreten und auf die historische Wahrheit zu pochen: 1968 stand in der CSSR ein großer Sieg der Konterrevolution und des westlichen Imperialismus unmittelbar bevor und nur das Eingreifen der sozialistischen Länder hat ihn verhindert – mit allen katastrophalen Folgen, die er für die tschechoslowakische und europäische Arbeiterklasse gehabt hätte.

#### Literatur:

„40 Jahre ‚Prager Frühling‘“, Interview mit Mirek Voslon,  
online: <https://www.sozialismus.info/2008/04/12602/>

Bading, Lothar / Martini, Klaus 1977: Angriffsziel Sozialismus. 2. Folge: Der demokratische Sozialismus und die ?SSR, Rote Blätter 7. Jg., Nr. 5, Mai 1977.

Bilak, Vasil 2006: Wir riefen Moskau zu Hilfe. Der „Prager Frühling“ aus der Sicht eines Beteiligten, Das Neue Berlin.

Brief der Warschauer Gipfelkonferenz an Prag vom 15. Juli 1968, online: [https://www.herder-institut.de/no\\_cache/bestaende-digitale-angebote/e-publikationen/dokumente-und-materialien/themenmodule/quelle/1363/details.html](https://www.herder-institut.de/no_cache/bestaende-digitale-angebote/e-publikationen/dokumente-und-materialien/themenmodule/quelle/1363/details.html)

Brzezinski, Zbigniew/ Griffith, William E. 1961: Peaceful Engagement in Eastern Europe, Foreign Affairs, Vol. 39., No. 4, S. 642-654

Dickhut, Willi 1988: Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion, Neuer Weg Verlag und Druck GmbH Düsseldorf

Kukuk, Klaus 2008: Demokratisierung oder Konterrevolution? „Prager Frühling“: Hintergründe, Zusammenhänge, Langzeitwirkungen, online: <http://www.dkp-online.de/uz/4034/s1501.htm> ; <http://www.dkp-online.de/uz/4035/s1501.htm>

Kukuk, Klaus 2018: Keine angenehme Wahl, junge Welt vom 20.8.2018

Marx21 2018: Aufbruch 1968. Der Prager Frühling, online: <https://www.marx21.de/aufbruch-1968-der-prager-fruehling/> ;

„Neues Deutschland“ vom 19.7.1968

Nollau, Günter 1979: Das Amt. 50 Jahre Zeuge der Geschichte, Wilhelm Goldmann Verlag, München.

Opperskalski, Michael 2008: ?SSR 1968 – kein „Prager Frühling“, sondern konterrevolutionärer Winter, Offen-siv 09/08.

„Tschechoslowakei/Sowjeteinmarsch“, Spiegel 26.8.1968, online: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45954078.html>

## ***Karsten Schönsee: Warum siegte die Konterrevolution 1989/1991?***

Angesichts des kommenden 30. Jahrestages des Sieges der Konterrevolution über den Sozialismus in der UdSSR und den osteuropäischen Ländern (einschließlich der DDR) in den kommenden Jahren 2019/2021 wird die imperialistische Bourgeoisie - einschließlich ihrer sozialdemokratischen Helfershelfer - einen großen Propagandafeldzug über das angebliche „Scheitern des Sozialismus“ anstimmen. Hierbei spielt in Deutschland dann die Annexion der DDR durch die imperialistische BRD in der sogenannten „Wiedervereinigung Deutschlands“ eine entscheidende

Rolle<sup>2</sup>. Beides wäre ohne die konterrevolutionäre Rolle des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) Michail Gorbatschow (März 1985 - 1991) und seiner Politik von Perestroika („Umgestaltung“), Glasnost („Transparenz“) und „Neuem Denken“<sup>3</sup> nicht möglich gewesen. So ist es Gorbatschows Hauptziel die Liquidierung des Kommunismus in Europa und die Auflösung der sozialistischen Sowjetunion voranzutreiben. In einem Interview, das er im Jahr 2000 nach einem Vortrag an der American University in Ankara einigen Journalisten gab, sagt der ehemalige KPdSU-Generalsekretär, dass es Ziel der Politik der Perestroika gewesen sei, den Kommunismus zu beseitigen:

*„Mein Ehrgeiz bestand darin, den Kommunismus zu liquidieren, die Diktatur über alle Menschen. [...] Mir war klar, dass ich das nur als leitender Funktionär erreichen konnte. Meine Frau bedrängte mich, den höchsten Posten zu erklimmen. Als ich näher mit dem Westen vertraut wurde, habe ich mich endgültig dazu entschlossen. Mir wurde klar, dass ich dazu den gesamten Apparat der KPdSU und der UdSSR zerstören musste. Das Gleiche musste auch in all den anderen sozialistischen Staaten passieren. Mein Ideal ist der Weg der Sozialdemokratie. Nur dieses System kann den Menschen nützlich sein. Dieses Bestreben musste ich in die Tat umsetzen. [...] Eine Welt ohne Kommunismus wird eine bessere Welt sein. Nach dem Jahr 2000 wird die Welt viel besser sein, weil sie sich entwickelt und weil sie aufblühen wird. [...] Die Straße zur Demokratie ist eine lange Straße, aber sie wird schon sehr bald kommen. Die ganze Welt muss die letzten Überreste des Kommunismus besiegen!“<sup>4</sup>* Schwer zu glauben, aber wahr: Ein Antikommunist war von 1985 bis 1991 Generalsekretär der KPdSU und Präsident der UdSSR ... Er lieferte auch den ersten Sozialismus-Versuch auf deutschem Boden, die DDR, dem BRD-Imperialismus und dessen damaligen Bundeskanzler Kohl aus, was zu einer erbarmungslosen juristischen Hetzjagd gegen

---

<sup>2</sup> Was die imperialistische Bourgeoisie dabei thematisieren wird, kann aus dem Band „Die Wiedervereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel“ des bürgerlichen Historikers Alexander von Plato (herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung), Bonn, 2003 entnommen werden.

<sup>3</sup> Wie er seine konterrevolutionäre Politik selbst verkauft, kann in dem in der DDR (Dietz-Verlag) 1988 erschienen Buch von Michail Gorbatschow „Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt“ nachgelesen werden. Wer allerdings marxistisch-leninistische Analysen über den konterrevolutionären Charakter dieser Politik sucht, der sei auf die folgenden drei Bücher hingewiesen: Justus von Denkmann „Wahrheiten über GORBATSCHOW“, Spotless-Verlag, Berlin, 2005, Harpal Brar „Perestrojka, Der vollständige Zusammenbruch des Revisionismus“, Bonn, 2002 und Gerhard Schnehen „Die Ära der Perestroika“, Zambon-Verlag, Frankfurt/Main, 2018

<sup>4</sup> Zitiert nach: Gerhard Schnehen, Die Ära der Perestroika, Frankfurt/Main, 2018, S. 308-309

Funktionsträger dieser DDR führte und Millionen tüchtiger Frauen und Männer in der DDR um ihre Arbeitsplätze brachte.<sup>5</sup>

Wer also auf der Suche nach den (vor allem inneren) Ursachen für den Sieg der Konterrevolution 1989/1991 – jenseits der angeblichen Erklärungen der Schreiberlinge im Solde des Imperialismus – ist, der kommt an der marxistisch-leninistischen Analyse des zeitweiligen Sieges des Imperialismus nicht vorbei, die die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) auf ihrem 18. Parteitag (18.-22.02.2009) unter dem Titel „Thesen über den Sozialismus“ veröffentlicht hat.<sup>6</sup> Hier heißt es in der These 9 unter der Überschrift „Sozialismus in der UdSSR – Ursachen für den Sieg der Konterrevolution“:

*„Der sozialistische Charakter der UdSSR beruht auf Folgendem: Abschaffung kapitalistischer Produktionsverhältnisse; die Existenz des sozialistischen Eigentums, dem (trotz verschiedener Widersprüche) genossenschaftliches Eigentum untergeordnet war; zentrale Planung, Arbeitermacht und beispiellose Errungenschaften, von der die Gesamtheit der arbeitenden Menschen profitierte.*

*Diese können jedoch nicht durch die Tatsache negiert werden, dass nach einer gewissen Zeit die Partei ihre revolutionären Eigenschaften verlor, was zur Folge hatte, dass konterrevolutionäre Kräfte in den 1980er Jahren Partei und Regierung dominierten.*

*Wir charakterisieren die Entwicklungen von 1989-1991 als einen Sieg der Konterrevolution, als Sturz des sozialistischen Aufbau, als gesellschaftlichen Rückschritt.“*

Und weiter in These 10: *„Beim Studium der Ursachen der Konterrevolution in der UdSSR halten wir die internen Faktoren für vorrangig (ohne dabei den Einfluss von externen Faktoren zu ignorieren), weil der konterrevolutionäre Umsturz nicht durch eine imperialistische militärische Intervention, sondern vielmehr von innen und von oben durch die Politik der KP hervorgerufen wurde.*

---

<sup>5</sup> Wer sich für die ökonomischen Folgen der Annexion der DDR interessiert, dem seien die „Thesen zur Ökonomie einer Annexion“ von Stephan Eggerdinger (Streitbarer Materialismus Nr. 15 (Dezember 1991), S. 39-52) und „Raubzug Ost. Wie die Treuhand die DDR plünderte“ von Klaus Huhn (Berlin, 2009) empfohlen. Weiterhin ist die Erklärung der RAF zum Anschlag auf Detlev Karsten Rohwedder (Chef der Berliner Treuhandanstalt) vom 04.04.1991 erhellend (siehe: Oliver Tolmein, Stammheim vergessen. Deutschlands Aufbruch und die RAF, Hamburg, 1997, S. 173-179).

<sup>6</sup> Eine deutsche Übersetzung der „Thesen über den Sozialismus“ der KKE von 2009 findet sich online unter: [http://anstoss-archiv.dkp-berlin.info/publikationen/k2\\_2011.pdf](http://anstoss-archiv.dkp-berlin.info/publikationen/k2_2011.pdf)



*Auf der Grundlage der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus verfassten wir eine Untersuchung entlang folgender Punkte:*

*\* Wirtschaft, das heißt, die Entwicklungen in den Produktions- und Distributionsverhältnissen im Sozialismus als Grundlage für die Entstehung und die Auflösung gesellschaftlicher Widersprüche und Differenzierungen*

*\* Handhabung der Diktatur des Proletariats und die Rolle der KP beim sozialistischen Aufbau.*

*\* Strategie und Entwicklungen in der internationalen kommunistischen Bewegung.“*

Diesen Anspruch lösen die (insgesamt 39) „Thesen über den Sozialismus“ der KKE ein.

### **Die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK): Leuchttfeuer des Sozialismus in der Welt!**

Auf die Frage nach der Niederlage des Sozialismus in der UdSSR und den anderen osteuropäischen sozialistischen Staaten einer Journalistendelegation der „Washington Times“ antwortet Genosse Kim Il Sung am 12.04.1992:

*„Es ist durchaus möglich, dass es im Entwicklungsverlauf des Sozialismus zeitweilig Windungen und Wechselfälle gibt, aber die Idee des Sozialismus, der das soziale Wesen des Menschen verkörpert, die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen abzuschaffen und selbstständig und glücklich leben zu wollen, kann sich niemals ändern. Je weiter die Gesellschaft sich entwickelt, umso mehr vervollkommenet sich das soziale Wesen des Menschen, der sich den Sozialismus wünscht, und demnach ist es ein unumstößliches Gesetz, dass die Menschen zum Sozialismus vorwärts schreiten.*

*Es gibt zwar verschiedene Gründe dafür, dass in manchen Ländern der Sozialismus gescheitert ist, aber die Hauptsache dafür liegt darin, dass diese Länder das Grundprinzip des Sozialismus nicht eingehalten haben. Der Sozialismus ist eine Gesellschaftsordnung, in der die Volksmassen Herren des Staates und der Gesellschaft geworden sind und die sich durch deren schöpferische Rolle entwickelt. Das Grundprinzip, das beim Aufbau des Sozialismus unbedingt einzuhalten ist, besteht eben darin, die Volksmassen dazu zu veranlassen, eine Stellung als Herren des Staates und der Gesellschaft einzunehmen und der Rolle als deren Herren vollauf gerecht zu werden. Die Durchsetzung dieses Prinzips setzt voraus, durch die Erziehung der Volksmassen im Sinne der sozialistischen Ideologie diese Massen zu einem sozialistischen Kollektiv zu vereinen und zusammenzuschließen, unter der Führung der Partei die massenverbundene Linie zu verwirklichen und auf diesem*

*Wege in der staatlichen Verwaltung die sozialistische Demokratie allseitig zum Tragen zu bringen. Ansonsten ist es ausgeschlossen, das Eindringen antisozialistischer Ideologieströmungen zu verhindern; die Volksmassen können dann wegen der Verbreitung des Bürokratismus kaum ihrer Rolle als Herren des Staates und der Gesellschaft gerecht werden, und der Sozialismus kann seine Überlegenheit nicht entfalten. In einigen Ländern hat man auf diese grundsätzlichen Fragen, die beim sozialistischen Aufbau zuallererst gelöst werden müssen, keine gebührende Aufmerksamkeit gerichtet; demzufolge hat der Sozialismus seine Lebenskraft verloren, und das Werk des Sozialismus ist gescheitert.*

*Der Herr der Welt und das Subjekt der Geschichte sind die Volksmassen. Wir haben beim sozialistischen Aufbau unsere vorrangigen Kräfte stets in die Stärkung des Subjekts und in die Erhöhung seiner Rolle investiert und alle Arbeiten für die Umgestaltung der Natur und der Gesellschaft entsprechend den Erfordernissen des Subjekts durchgeführt.*

*Der von uns errichtete Sozialismus ist ein Sozialismus mit den Volksmassen im Mittelpunkt, ein Sozialismus, in dem die Partei und die Volksmassen zu einem sozialpolitischen Organismus eng zusammengeschlossen sind und alles den Volksmassen dient. In unserem Land entwickeln sich heute alle Bereiche der Politik, der Wirtschaft und der Kultur in Übereinstimmung mit den souveränen Forderungen der Volksmassen proportional, und alle Mitglieder der Gesellschaft genießen gleichermaßen ein gesichertes materielles Leben, ein vielfältiges Kulturleben und ein wertvolles politisches Leben. Eben hierin bestehen der grundlegende Charakterzug und die Vorzüge unseres Sozialismus, der allen Stürmen ohne Schwankungen trotz und voller Vitalität vorwärts schreitet.“<sup>76</sup>*

Den sozialistischen Charakter der DVRK garantiert die „Sozialistische Verfassung der DVRK“.<sup>87</sup>

Genosse Kim Jong Il umreist die Überlegenheit des Sozialismus in der DVRK in einem Gespräch mit den verantwortlichen Funktionären des Zentralkomitee der Partei der Arbeit Koreas (PdAK) am 05.05.1991 unter dem Titel „Unser Sozialismus, in dem die Volksmassen im Mittelpunkt stehen, ist unbesiegbar“ wie folgt:

---

<sup>7</sup> Kim Il Sung, Antworten auf die Fragen einer Journalistendelegation von „The Washington Times“. In: Kim Il Sung, Werke Band 43, Pyongyang, 2006, S. 365-367

<sup>8</sup> In: Kim Il Sung, Werke Band 43, Pyongyang, 2006, S. 324-357, online: <http://www.naenara.com.kp/de/politics/?rule>

*„Unser Volk hat auf dem selbst gewählten Weg entsprechend unseren realen Verhältnissen einen Sozialismus unserer Prägung, in dem die Volksmassen im Mittelpunkt stehen, aus eigener Kraft aufgebaut; er zeigt große Überlegenheit und Lebenskraft. Die sozialistische Ordnung unseres Landes ist ein vorzügliches Gesellschaftssystem, das den Volksmassen ein souveränes und schöpferisches Leben sichert. Der Wunsch unseres Volkes, frei von Abhängigkeit und Fesseln ein solches Dasein nach Herzenslust zu genießen, geht auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen, ideologischen und kulturellen Lebens in Erfüllung.*

*Das politische Leben ist ein Bereich von entscheidender Bedeutung im gesellschaftlichen Leben. Nur wenn die Volksmassen als Herren des Staates und der Gesellschaft auch entsprechend am politischen Leben teilnehmen, können sie sich eines souveränen und schöpferischen Lebens erfreuen. Wollen sie als Herren ihres Schicksals an der Politik mitwirken, so müssen sie die Macht in ihre eigenen Hände nehmen.*

*Kim Il Sung hat schon früher, von der Juche-Ideologie ausgehend, die eigenschöpferische Linie für den Aufbau der Volksmacht dargelegt und unser Volk dahin geführt, dass es entsprechend seinem eigenen Willen die Macht errichten konnte. Unsere Volksmacht, die unser Volk nach seinem Wollen mit eigenen Händen gegründet hat, ist eine wahre Volksregierung, die in der Arbeiterklasse und den anderen breiten werktätigen Volksmassen ihre Herren sieht und die Interessen des Volkes konsequent vertritt. In unserem Land, wo das Volk Herr der Macht ist, verfügen alle Werktätigen als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft über gleiche politische Rechte, beteiligen sich an der Machtausübung und Staatsverwaltung in allen Bereichen und entfalten ungehindert ihre sozial-politischen Tätigkeiten. Unsere sozialistische Gesellschaft ist wahrhaft demokratisch und sichert dem Volk wirkliche politische Rechte und Freiheiten.*

*Sozialismus und Demokratie sind ohnehin untrennbar. Nur die sozialistische Demokratie ist eine wahrhafte Demokratie. Solange der Klassenkampf fort dauert, nimmt die Demokratie einen klassenmäßigen Charakter an und verbindet sich mit der Diktatur. Die sozialistische Demokratie garantiert den Volksmassen die Demokratie, übt aber gegen die Klassenfeinde, die sie verletzen, eine Diktatur aus. Die Imperialisten und Reaktionäre bekritteln deshalb die sozialistische Demokratie, weil im Sozialismus die Diktatur gegen die Klassenfeinde ausgeübt wird. Das zielt letzten Endes darauf ab, ihren verbrecherischen Umtrieben gegen den Sozialismus freien Lauf zu lassen. Da die Imperialisten und ihre Lakaien Diversions- und Subversionsmachenschaften gegen die sozialistische Demokratie verüben, ist es recht und billig, gegen die Klassenfeinde, die die Souveränität der Volksmassen verletzen, Sanktionen anzuwenden. Die bürgerliche Demokratie, die die Imperialisten und*

*Reaktionäre anderen aufzwingen, ist volksfeindlich, denn sie verwirklicht nur gegenüber einer Hand voll Angehöriger der Ausbeuterklasse Demokratie, aber gegenüber den werktätigen Volksmassen die Diktatur. Die bürgerliche Demokratie, die den Kampf der breiten werktätigen Volksmassen um demokratische Freiheiten und das Existenzrecht brutal unterdrückt, kann niemals eine wahre Demokratie sein. Die Imperialisten und Reaktionäre bezeichnen öffentlich den bürgerlichen Parlamentarismus und die bürgerliche Parteienpluralität als eine so genannte Demokratie. Die in der Politik jedoch wirklich schaltenden und waltenden Hintermänner sind die großen Monopolkapitalisten. Sie werfen selbst die genannten formalen Ordnungen unverzüglich über Bord, wenn sie glauben, diese seien Hindernisse bei der Aufrechterhaltung ihres reaktionären Herrschaftssystems, und klammern sich unverhohlen an die faschistische Herrschaft. Das zeigen die historischen Tatsachen eindeutig.*

*Der volksverbundene Charakter der sozialistischen Demokratie und der volksfeindliche Charakter der bürgerlichen Demokratie kommen in der Frage der Menschenrechte klar zum Ausdruck. In unserer sozialistischen Gesellschaft, wo der Mensch für das wertvollste Wesen gehalten wird, werden die Menschenrechte gesetzlich konsequent gesichert und die geringsten Verletzungen nicht zugelassen. Es fällt vielleicht schwer, in der Welt solch ein Land wie das unsere zu finden, wo alle Menschenrechte, angefangen von dem Recht auf Arbeit bis zum Recht auf Ernährung, Kleidung, Wohnung und Bildung und auf ärztliche Behandlung, so konsequent gesichert sind. Zurzeit geben sich die Imperialisten und Reaktionäre als „Verfechter der Menschenrechte“ aus und diskreditieren dabei den Sozialismus. Aber sie sind die wirklichen Verletzer der Menschenrechte.*

*Sie terrorisieren politisch unschuldige Bürger und einzelne Persönlichkeiten, die Freiheit und Demokratie fordern, und treten selbst das elementarste demokratische Recht der Werktätigen auf Freiheit und Existenz mit Füßen. Sie haben also kein Recht, von Menschenrechten zu reden. Die menschenrechtswidrigen Untaten, die auf Betreiben des USA-Imperialismus in Südkorea verübt werden, zeigen klar und eindeutig, wie heuchlerisch und gemein das Wort „Verfechtung der Menschenrechte“ ist, von dem die Imperialisten schwätzen.*

*Die sozialistische Demokratie wird im praktischen Leben durch die sozialistische Rechtsordnung gesetzlich gesichert. Dieses Rechtsverhalten ist demokratisch und unterscheidet sich grundlegend von der bürgerlichen Gesetzlichkeit, nach der das Volk mit Zwang regiert wird. Die sozialistische Gesellschaft ist eine organisierte, auf Kollektivismus beruhende Gesellschaft. Ihre hohe Organisiertheit wird durch die sozialistischen Gesetze garantiert, durch die die demokratischen Rechte und Freiheiten der Bürger in einer geregelten öffentlichen Ordnung gewährleistet werden.*

*Zum Unterschied von der kapitalistischen Gesellschaft, wo die Gesetze ein volksfeindliches Herrschaftsmittel der herrschenden Klasse sind, werden unsere sozialistischen Gesetze in Widerspiegelung der Absichten der werktätigen Volksmassen festgesetzt und aufgrund ihres hohen Bewusstseins durchgesetzt. Durch die außerordentlich volksverbundene sozialistische Gesetzmäßigkeit werden unserem Volk die demokratischen Rechte und Freiheiten als dem Herrn des Staates und der Gesellschaft gesetzlich konsequent gesichert. Die Demokratie im Sozialismus ist mit dem Zentralismus verbunden. Wenn jeder losgelöst vom Zentralismus unterschiedliche Forderungen stellt, dann können die Volksmassen ihre souveränen Ansprüche nicht korrekt verwirklichen. Die Absichten der Volksmassen als ein einheitliches Ganzes zusammenzufassen und sie zusammengefasst in ihren eigenen Willen zu verwandeln – das ist eben demokratische Politik. Eine wahre Demokratie kann erst dann gesichert werden, wenn unter Führung der Partei der Arbeiterklasse die zentrale Anleitung durch den Staat gewährleistet wird. Die Gewährleistung dieser Anleitung ist eine wesenseigene Forderung der sozialistischen Gesellschaft. Im Sozialismus, in dem die ganze Gesellschaft eine sozial-politische Gemeinschaft bildet und die Menschen einander helfend und fördernd leben, trägt der Staat die Verantwortung für das Leben aller Mitglieder der Gesellschaft. Das erweist sich als einer der wesentlichen Vorzüge der sozialistischen Gesellschaft gegenüber der kapitalistischen. Im Kapitalismus ist das Leben der Menschen eine Angelegenheit jedes Einzelnen und wird dem Selbstlauf überlassen, und bürgerliche Staaten interessieren sich überhaupt nicht dafür, ob die Menschen vor Hunger sterben oder nicht. Die Funktion des sozialistischen Staates, verantwortungsbewusst für das Leben aller Mitglieder der Gesellschaft zu sorgen, wird durch seine zentrale Anleitung ausgeübt. Diese Funktion eines sozialistischen Staates ist nicht einfach eine Ausübung seiner Macht. Eine sozialistische Regierung übt natürlich auch ihre eigenen Machtfunktionen aus. Aber die sozialistische Staatsmacht, die das Volk als ihren Herrn betrachtet und ihm dient, darf die Gewalt nicht als Allmacht nutzen. Die Allmacht der Gewalt ist der Macht der Ausbeuterklasse wesenseigen, die die politische Herrschaft über das Volk ausübt. Unsere sozialistische Macht ist nicht einfach ein Gewaltorgan, sondern Repräsentant der souveränen Rechte der werktätigen Volksmassen, Organisator ihrer schöpferischen Fähigkeiten und Tätigkeiten, ein Hausherr, der für das Leben des Volkes verantwortlich ist, und Schützer der Interessen des Volkes. Kurz: sie dient dem Volk. Schwächt der sozialistische Staat, der Diener des Volkes, seine zentrale Anleitungsfunktion, die seiner Mission und Aufgabe entspringt, so ist er außerstande, das Leben des Volkes verantwortungsbewusst zu sichern. Und es kann auch ein anarchischer Zustand in der sozialistischen Gesellschaft entstehen, sodass der Sozialismus in Gefahr gerät. Das Ziel der Volksfeinde, unter der Maske der „Demokratie“ gegen die zentrale Anleitung*

*durch den sozialistischen Staat aufzutreten, besteht gerade darin, den Sozialismus zu vernichten.*

*Wir sind verpflichtet, die Volksmacht unablässig zu festigen, ihre Funktion und Rolle weiter zu erhöhen, das sozialistische Rechtsbewusstsein und die demokratische Lebensatmosphäre noch konsequenter durchzusetzen, sodass die sozialistische Demokratie allseitig zur Geltung gebracht wird. Unsere Volksmachtorgane sind aufgerufen, die Linie und Politik der Partei unbeirrt durchzusetzen, die revolutionäre Massenlinie korrekt zu verkörpern und die Mission und Aufgabe des Hausherrn, der für das Leben des Volkes verantwortlich ist, hervorragend zu erfüllen.*

*Die Mitglieder der Gesellschaft beteiligen sich nicht nur durch die Macht, sondern auch in Parteien oder in anderen Organisationen am politischen Leben. Damit die Volksmassen wahre Herren der Politik werden, müssen sie nicht nur Herren der Macht werden, sondern auch entsprechend in Parteien und anderen Organisationen politisch mitwirken. Die Bedeutung und Rolle dieses politischen Lebens werden in der sozialistischen Gesellschaft noch mehr erweitert. Das hängt damit zusammen, dass in der sozialistischen Gesellschaft Führer, Partei und Volksmassen ein sozial-politisches Ganzes bilden. Wenn sich die Menschen im Sozialismus in der Partei der Arbeiterklasse und den von ihr geleiteten anderen politischen Organisationen betätigen, können sie in einer engen Verbindung mit dem Führer ihrem sozial-politischen Leben Glanz verleihen. Unsere Werktätigen halten es für ein würdiges Leben, in den Partei- und anderen politischen Organisationen, von der Partei geleitet, ihre Tätigkeit auszuüben, und sie beteiligen sich bewusst daran.*

*Das Prinzip des Organisationslebens in unseren Partei- und Massenorganisationen ist der demokratische Zentralismus. In Bezug auf das politische Organisationsleben gibt es keine Vorgesetzten und Untergebenen; alle üben gleiche Rechte aus und erfüllen gleiche Pflichten. Die demokratischen Meinungen der Parteimitglieder und anderen Werktätigen, die durch Partei- und Massenorganisationen vorgebracht werden, spiegeln sich in der Politik der Partei und des Staates wider, und diese Politik wird aufgrund ihrer schöpferischen Ratschläge und Initiative konsequent durchgesetzt.*

*Die Partei- und Massenorganisationen sind eine Schule, in der die Parteimitglieder und die anderen Werktätigen erzogen und gestählt werden. Im politischen Organisationsleben nehmen sie die revolutionäre Ideologie des Führers als einen politischen Nährstoff auf und stählen sich mit Hilfe ihrer Organisation und ihrer Genossen. In unserem Land sind alle Parteimitglieder und die anderen Werktätigen mit der Juche-Ideologie ausgerüstet und verleihen, fest geschart um die Partei und den Führer, ihrem sozial-politischen Leben Glanz, was losgelöst von ihrem revolutionären politischen Organisationsleben nie und nimmer denkbar ist.*

*Die Imperialisten und Reaktionäre verleumdten die Betätigung in einer Parteiorganisation der Arbeiterklasse und in einer anderen politischen Organisation, von der Partei geleitet, als ob diese Tätigkeit eine „Fessel“ der Freiheit bedeute, und treten dagegen auf. Das ist eben deshalb so, weil die wichtige Quelle der politisch-ideologischen Macht der sozialistischen Gesellschaft das politische Organisationsleben ist. Wenn die Bürger im Sozialismus nicht in diesen Organisationen politisch aktiv wirken, werden sie auf Abwege geraten und ihr sozial-politisches Leben entwerten; sie können auch den Konterrevolutionären ins Garn gehen und von den Reaktionären ausgenutzt werden. Nur wenn die Menschen am revolutionären politischen Organisationsleben teilnehmen, können sie die Politik der Partei und des Staates mit der Einstellung eines Hausherrn durchsetzen und ein sinnvolles Leben gestalten. Wir sind also aufgerufen, unser wohlgeordnetes System des politischen Organisationslebens zu verankern und weiterzuentwickeln und unter den Parteimitgliedern und den anderen Werktätigen eine Atmosphäre des bewussten politischen Organisationslebens herzustellen, damit sie alle ihrem sozial-politischen Leben Glanz verleihen können.*

*Das Wirtschaftsleben ist das Fundament des sozialen Daseins. Die selbstständige und schöpferische Existenz der Menschen wird durch ein freies und reiches Wirtschaftsleben gewährleistet. Da die Volksmassen Herren ihres eigenen Schicksals sind, müssen sie auch Herren des Wirtschaftslebens sein. Das wird durch das soziale Wirtschaftssystem, besonders durch das Eigentumssystem bestimmt. Auch in der überlebten Ausbeutergesellschaft sind die Volksmassen Schöpfer der gesellschaftlichen Reichtümer. Aber sie sind nicht Besitzer, weil ihnen eine Hand voll von Angehörigen der Ausbeuterklasse die Produktionsmittel genommen hat. Der Wunsch der Volksmassen, eine neue Gesellschaft aufzubauen, wo es keine Ausbeutung und Unterdrückung gibt, besteht vor allem darin, Eigentümer von Produktionsmitteln zu werden. Bei uns wurde dieser Wunsch durch die demokratische und sozialistische Revolution hervorragend erfüllt. Es gibt bei uns eine ungeteilte Herrschaft über das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln, und auf dieser Grundlage genießen die Volksmassen als wahre Herren des Wirtschaftslebens ein selbstständiges und schöpferisches Dasein.*

*Die Imperialisten und Reaktionäre schwätzen von der „Überlegenheit“ des Privateigentumssystems und wollen die sozialistischen Staaten zum Verzicht auf das gesellschaftliche Eigentum und zur Wiederkehr des Privateigentums zwingen. Der reaktionäre Charakter des Privateigentums jedoch wurde schon durch die Geschichte erwiesen. Die „Überlegenheit“ des Privateigentumssystems, von dem die Imperialisten und Reaktionäre reden, besagt eben die uferlose Konkurrenz mit dem Ziel, nach einem Gesetz des Dschungels noch mehr Reichtümer an sich zu reißen. Diese Konkurrenz hat unweigerlich Ausbeutung und Unterdrückung und den Sturz*

*der Werktätigen in die Sklaverei des Kapitals zur Folge. Nur in der sozialistischen Gesellschaft auf der Basis des gesellschaftlichen Eigentums können die Volksmassen als wahre Herren der Gesellschaft ein selbstständiges und schöpferisches Leben führen.*

*Unser Volk hat selbst erfahren, dass nur das gesellschaftliche Eigentum ihm ein reiches und zivilisiertes Leben sichert. Es schätzt dieses Eigentum über alles und setzt sich für sein Erstarken und Gedeihen ein. Die Stabilisierung des gesellschaftlichen Eigentums ist eine gesetzmäßige Forderung der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft. Wir müssen die historische Aufgabe erfolgreich verwirklichen, das einheitliche Volkseigentum durch weitere Erhöhung der führenden Rolle des Volkseigentums und durch Annäherung des genossenschaftlichen Eigentums an das Volkseigentum zu schaffen.*

*In der sozialistischen Wirtschaft sind die Volksmassen die Herren der Produktionsmittel. Daher muss auch deren Führung von den Volksmassen selbst übernommen werden. Mit der Schaffung des Taeaner Arbeitssystems<sup>9</sup> hat Kim Il Sung auf die rationellste Form der Wirtschaftsführung hingewiesen, in der die sozialistische Wirtschaft durch die Volksmassen selbst geführt wird. Das Taeaner Arbeitssystem ist eine außerordentlich wissenschaftliche, kommunistische Form der Wirtschaftsführung, in der die revolutionäre Massenlinie durchgesetzt wird. Der Kurs der Massenverbindung wird in diesem Arbeitssystem durch die kollektive Leitung des Parteikomitees ausgezeichnet gewährleistet. Seine kollektive Leitung ermöglicht es, in der Wirtschaftsführung den Subjektivismus der Einzelperson und ihre Willkür zu überwinden, den kollektiven Verstand der Massen maximal zur Geltung zu bringen und mittels politischer Methoden die Massen zur Realisierung der wirtschaftlichen Aufgaben tatkräftig zu mobilisieren. Die von unserer Partei eingeführte Leitung der wirtschaftlichen Tätigkeit durch die Parteikomitees bedeutet auf jeden Fall die politische Führung. Dabei geht es darum, administrative Arbeitsmethoden und die Übernahme administrativer Tätigkeit zurückzuweisen. Nach dem Beschluss des*

---

<sup>9</sup> Das Taeaner Arbeitssystem, ein neues Wirtschaftsleitungssystem koreanischer Prägung, das Kim Il Sung als Ausdruck der Juche-Ideologie und der darauf basierenden massenverbundenen Linie gemäß den wesentlichen Erfordernissen der sozialistischen Ordnung in origineller Weise schuf. Er leitete im Dezember 1961 das Elektromaschinenwerk Taeon (heute Vereinigtes Schwermaschinenwerk Taeon) vor Ort an und schuf dabei dieses System. Dessen Hauptinhalt besteht erstens darin, dass alle Leitungstätigkeiten unter der kollektiven Leitung des betreffenden Parteikomitees entfaltet werden, zweitens darin, dass die Produktion einheitlich und konzentriert angeleitet wird, drittens darin, dass die übergeordneten Stellen in eigener Verantwortung die untergeordneten mit Material beliefern, und viertens darin, dass für das Leben der Werktätigen verantwortungsbewusst gesorgt wird.



*Parteikomitees befassen sich die Parteifunktionäre mit den Menschen, mit der politischen Arbeit, und die Verwaltungsmitarbeiter und Fachkräfte mit den wirtschaftlichen und technischen Angelegenheiten.*

*Als Ergebnis der Verwirklichung der kollektiven Leitung durch das Parteikomitee werden alle wirtschaftlichen Tätigkeiten im Einklang mit der politischen Forderung der Partei durchgeführt. Die Vorschläge der Massen spiegeln sich in der Wirtschaftsverwaltung richtig wider, und bei der Erfüllung der wirtschaftlichen Aufgaben werden das Verantwortungsbewusstsein der Funktionäre und der bewusste Elan der Werktätigen optimal zur Geltung gebracht. Die Überlegenheit des Taaaner Arbeitssystems und dessen Lebenskraft wurden schon durch die Praxis veranschaulicht. Wir sind verpflichtet, durch die weitere konsequente Durchsetzung dieses Arbeitssystems, gestützt auf die unversiegbare Schöpferkraft der Volksmassen, die sozialistische Wirtschaft mit hohem Tempo kontinuierlich zu entwickeln und das materielle und kulturelle Leben unseres Volkes wohlhabender und zivilisierter zu gestalten.*

*In der Wirtschaft nimmt die schöpferische Arbeit einen wichtigen Platz ein. Durch die Arbeit schafft der Mensch die für sein Leben notwendigen materiellen und kulturellen Reichtümer und wird in diesem Prozess stärker. Das Recht auf Arbeit gehört zu den Grundrechten, die der Mensch als Herr der Gesellschaft haben muss. Auf welche Weise das Recht auf Arbeit gewährleistet wird, ist einer der wichtigsten Faktoren, die die Fortschrittlichkeit der Gesellschaftsordnung bestimmen.*

*In unserer sozialistischen Gesellschaft wird den Werktätigen das Recht auf Arbeit konsequent gewährleistet. Je nach Fähigkeit und Begabung erhalten unsere Werktätigen vom Staat einen gesicherten Arbeitsplatz. Unser Volk lebt, ohne das Wort Arbeitslosigkeit zu kennen. Das ist eine Erscheinung, die es nur in unserer sozialistischen Gesellschaft geben kann, wo der Mensch als das wichtigste Wesen betrachtet wird. Im Kapitalismus, in dem der Mensch ein Gegenstand der Ausbeutung, nur ein Produzent des Mehrwertes ist, kann den Werktätigen kein gesicherter Arbeitsplatz garantiert werden. Die Kapitalisten nutzen die Arbeitslosigkeit als Hebel für die Erhöhung der Arbeitsintensität und für die Ausbeutung der Arbeitskräfte zu einem Spottpreis aus. In der kapitalistischen Gesellschaft irren nicht nur ungezählte Arbeitslose und Halbbeschäftigte auf den Straßen umher, sondern leben auch die Berufstätigen in ständiger Unruhe, denn sie können jeden Augenblick entlassen werden.*

*Damit die schöpferische Arbeit ein sinnvolles Leben wird, ist es geboten, die Werktätigen von der körperlich schweren Arbeit zu befreien und ihnen weit kulturvollere und hygienischere Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Entwickeln sich die Produktivkräfte der Gesellschaft, so wird die Möglichkeit größer,*

*ausgezeichnete Arbeitsbedingungen garantieren zu können. Aber wie diese Möglichkeit genutzt wird, hängt in vieler Hinsicht vom Charakter der Gesellschaftsordnung ab. Unsere Partei sieht in der technischen Revolution für die Erlösung der Werktätigen von der schweren Arbeit eine der Aufgaben der kontinuierlichen Revolution, die nach der Errichtung der sozialistischen Ordnung erfüllt werden müssen, und sie setzt sich aktiv für deren Verwirklichung ein. Unter der klugen Führung der Partei und Kim Il Sungs ist bei uns die erfolgreiche Erfüllung der historischen Aufgabe im Gange, die von der Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Werktätigen auch von der mühsamen Arbeit zu entlasten. Wir müssen unser vorzügliches System der sozialistischen Arbeit ständig stärken und die technische Revolution kraftvoll beschleunigen, damit diese Art Arbeit überwunden und die schöpferische Arbeit unseres Volkes sinnvoller gestaltet wird.*

*Dem Volk ein gleichberechtigtes, wohlhabendes materielles Leben zu sichern – das ist eine wichtige Aufgabe des sozialistischen Wirtschaftslebens. Das ist nur dank der volksverbundenen Politik der Partei der Arbeiterklasse und des sozialistischen Staates möglich.*

*Dank der volksverbundenen Politik unserer Partei und der Regierung der Republik wird unseren Bürgern alles Notwendige unter anderem für Ernährung, Bekleidung und Wohnung von Staat und Gesellschaft genügend zur Verfügung gestellt, und sie erfreuen sich gleichermaßen eines glücklichen Lebens. Unsere Menschen bekommen die Nahrungsmittel vom Staat so gut wie umsonst, ihnen werden alle nötigen Bedingungen für Bekleidung und Wohnraum sowie kostenlose Bildung und unentgeltliche medizinische Behandlung zuteil. Außerdem wurde das Steuersystem abgeschafft, sodass ihnen das Wort „Steuer“ fremd ist. Der Staat ist verantwortlich für den Alltag der betagten Bürger, Invaliden und Kinder, die Hilfe brauchen. Die Kriegsversehrten, die opferbereit für die heilige Sache des Vaterlandes und des Volkes einstanden, und alle verdienstvollen Bürger werden von der Gesellschaft geehrt, und sie werden von Partei und Staat mit Wärme umsorgt. Unseren Mitmenschen werden von Partei und Staat viele Vergünstigungen zuteil. Die volksverbundene Sozialpolitik unserer Partei und der Regierung der Republik zeugt klar und eindeutig von der Überlegenheit unserer sozialistischen Ordnung, in der die Volksmassen im Mittelpunkt aller Aufmerksamkeit stehen.*

*Die „Politik der Wohlfahrt“ in den kapitalistischen Ländern unterscheidet sich grundlegend von der volksverbundenen Sozialpolitik der sozialistischen Gesellschaft. Die so genannte Politik der Wohlfahrt zielt darauf ab, die Klassenwidersprüche der Gesellschaft zu bemänteln und den Widerstand der werktätigen Volksmassen zu besänftigen. Diese Politik besteht nur dem Namen nach und ist außerstande, die Lebenslage der Werktätigen zu verbessern.*

*Bei uns wird aufgrund des Übergangscharakters der sozialistischen Gesellschaft die sozialistische Verteilung gemäß der Quantität und Qualität der geleisteten Arbeit vorgenommen, wird von ökonomischen Hebeln wie Warenpreisen Gebrauch gemacht. Aber auch in diesem Fall halten wir uns bei der Festlegung der Löhne und Gehälter und Preise an das Prinzip, kein großes Lohngefälle zuzulassen und dies weiterhin zu verkleinern, damit sich der Lebensstandard des Volkes systematisch gleichermaßen erhöht. Die Massenbedarfsartikel werden zu ermäßigten Preisen angeboten, und der Preis für Gebrauchsgüter der Kinder und Schüler ist noch niedriger.*

*Es ist das Antlitz des materiellen sozialistischen Lebens unseres Volkes, dass alle Angehörigen der Gesellschaft unter der klugen Führung der Partei und Kim Il Sung und dank ihrer großen Fürsorge ohne Sorge um Ernährung, Kleidung und Wohnung gleichermaßen in Wohlstand leben und – einander helfend und mitreißend – ein glückliches Leben führen. Wir müssen die beste volksverbundene Sozialpolitik weiter verfolgen, dass die Partei und der Staat die Verantwortung für das materielle Leben des Volkes tragen, und sie mit dem Voranschreiten des sozialistischen Aufbaus weiterentwickeln.*

*Materielles Unterpfand für das ökonomische Leben des Volkes wird durch die Entwicklung der Produktivkräfte des Landes geschaffen. Die sozialistische Ordnung eröffnet einen breiten Weg zur Entwicklung der Produktivkräfte. Die sozialistische Ökonomie, die dem Volk dient, ist keine Marktwirtschaft, sondern eine Planwirtschaft; sie ist keine abhängige, sondern eine selbstständige Wirtschaft. Die Marktwirtschaft, bei der das Geld über allem steht, und die abhängige Wirtschaft, die nur die ausländischen Monopolkapitalisten bereichert, widersprechen von Grund auf den Interessen der Volksmassen. Auch im Tempo der Entwicklung kommen die genannten Wirtschaftsformen der sozialistischen Ökonomie nicht nach, die sich planmäßig und selbstständig entwickelt. Die Imperialisten und deren Wortführer faseln davon, das „materielle Aufblühen“ der entwickelten kapitalistischen Länder sei ein Ergebnis der Entfaltung der „Vorzüge“ des kapitalistischen Wirtschaftsystems.*

*Das ist eine Sophisterei, die niemanden betrügen kann. Diese kapitalistischen Industriestaaten traten schon früh den Weg der kapitalistischen Entwicklung an. Bei den sozialistischen Staaten handelt es sich um Länder, die einst ein rückständiges ökonomisches Entwicklungsniveau hatten oder eine Kolonie oder Halbkolonie waren. Die entwickelten kapitalistischen Länder erlangten ein „materielles Aufblühen“ durch grausame Ausbeutung der Werktätigen und koloniale Ausplünderung der Länder der dritten Welt. Die sozialistischen Länder dagegen tun so etwas nicht. Die Imperialisten können absichtlich „materielles Aufblühen“ etablieren, um einige*

*rückständige Länder in ihre Kolonie zu verwandeln, um sie mit den sozialistischen Ländern zu konfrontieren.*

*Solch eine abhängige Wirtschaft vermag es jedoch nicht, den werktätigen Volksmassen einen wahren Wohlstand zu sichern, auch wenn sie hoch entwickelt ist. Nur die sozialistische Wirtschaft, in der Land und Nation eine Einheit bilden und die sich auf selbstständiger Grundlage planmäßig entwickelt, bringt den werktätigen Volksmassen wirklich Aufblühen und Glück. Der Aufbau einer soliden selbstständigen Nationalwirtschaft, die sich planmäßig entwickelt, ermöglicht es, politische Unabhängigkeit zu sichern, eine stabile materiell-technische Basis des Sozialismus zu schaffen, den materiellen Wohlstand des Volkes zu verbessern und somit die Überlegenheit der sozialistischen Ordnung stärker zur Geltung zu bringen. Die Imperialisten manövrieren hinterlistig, um mittels „ökonomischer Zusammenarbeit“ und „Hilfe“ als Köder andere Länder zur kapitalistischen Marktwirtschaft zu zwingen und ökonomisch in sie einzudringen. Demnach ist es von größerer Bedeutung, an dem Prinzip des Aufbaus der sozialistischen Wirtschaft konsequent festzuhalten.*

*Unter Führung der Partei hat unser Volk die Überlegenheit der sozialistischen Planwirtschaft in hohem Maße zur Geltung gebracht und damit eine feste selbstständige Nationalwirtschaft aufgebaut. Auf diesem Wege beschleunigt es energisch den sozialistischen Aufbau ohne Schwankungen trotz der imperialistischen Wirtschaftsblockade und der weltweiten ökonomischen Erschütterungen. Wir sind verpflichtet, weiterhin konsequent den Kurs der Partei auf die Vereinheitlichung und Detaillierung der Planung und die Linie für den Aufbau der selbstständigen Nationalwirtschaft zu befolgen und dadurch einen ununterbrochenen Aufschwung beim sozialistischen Wirtschaftsaufbau herbeizuführen, um die ökonomische Macht des Landes zu verstärken und den materiellen Wohlstand des Volkes ständig zu verbessern. Wir entwickeln nach dem Prinzip der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils allseitig den ökonomischen Austausch und die ökonomische Zusammenarbeit mit allen Ländern der Welt, die sich uns gegenüber freundschaftlich verhalten. Doch müssen wir kategorisch die imperialistische ökonomische Infiltration zurückweisen.*

*Das ideologisch-kulturelle Leben gehört zu den wichtigsten Bereichen des gesellschaftlichen Daseins, wodurch die Menschen ihr selbstständiges Bewusstsein und ihre schöpferischen Fähigkeiten entfalten, ihre vielseitigen kulturell-emotionalen Forderungen realisieren und hohe geistige und moralische Qualitäten schaffen. Ein wichtiges Merkmal des ideologisch-kulturellen Lebens in der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, dass die Volksmassen nicht nur Schöpfer der geistigen und kulturellen Reichtümer, sondern auch deren Nutznießer sind und ein inhaltsreiches*

*ideologisch-kulturelles Leben führen. Die Partei und der Staat der Arbeiterklasse sollten auch verantwortungsbewusst Bedingungen für ein gesundes und ausreichendes ideologisch-kulturelles Leben des Volkes gewährleisten, weil die Volksmassen Herren der sozialistischen Gesellschaft sind. In unserem Lande sichern die Partei und der Staat diese Bedingungen mit hoher Verantwortung. Eben diese Gesellschaftsordnung ist das beste System, das den Forderungen und dem Streben des Volkes entspricht. Ein solches System gehört zu den wichtigsten Charakterzügen unserer sozialistischen Gesellschaft.*

*Das ideologische Leben ist ebenso wichtig wie das politische Dasein in der gesellschaftlichen Tätigkeit der Menschen. Die Würde der Menschen wird durch das Bewusstsein bestimmt, und dieses Bewusstsein spielt die entscheidende Rolle in der gesamten Tätigkeit der Menschen. Der Konfrontation des Fortschritts mit der Reaktion und der der Revolution mit der Konterrevolution liegt stets auch eine Auseinandersetzung im ideologischen Bereich zugrunde.*

*Das ideologische Leben in der sozialistischen Gesellschaft beruht auf dem revolutionären Gedankengut der Arbeiterklasse, und das ideologische Leben unseres Volkes basiert auf deren vervollkommenem revolutionärem Gedankengut, der Juche-Ideologie. In jeder Gesellschaft trägt das ideologische Wirken einen Klassencharakter.*

*Das Bewusstsein spiegelt die Klasseninteressen und die Forderungen der Menschen wider. In der Geschichte gab es keine Klasse, die nicht die Herrschaft ihrer Ideologie über die Gesellschaft verlangt hat. Im Kapitalismus zwingen die Imperialisten und Monopolherren der Gesellschaft dekadente bürgerliche, reaktionäre Ideologien auf. Aber im Kapitalismus, in dem die Klassen und Schichten durch ihre entgegengesetzten Interessen gespalten sind, ist eine ungeteilte Herrschaft einer einzigen Ideologie über die Gesellschaft nicht möglich; folglich ist die Existenz unterschiedlicher Ideologien und Strömungen in diesem System unvermeidlich. Die Imperialisten und ihre Wortführer faseln angesichts dieser Erscheinung im Kapitalismus von der „Freiheit“ der Ideologien. In dieser Gesellschaftsordnung, in der die Macht des Kapitals über alles herrscht, kann es eine wahre Freiheit der Ideologie nicht geben. Die Monopolherren halten mittels ihres Mammons den größten Teil der Propagandamittel, darunter Druckerzeugnisse, Rundfunk- und Fernsehstationen, unter ihrer Kontrolle, zwingen ihre reaktionären Ideen auf und schrecken nicht davor zurück, offen solche Ideen zu unterdrücken, die sie für gefährlich erachten. Das eben ist die „Freiheit“ der Ideologie, von der die Imperialisten und ihre Wortführer schwätzen.*

*Die USA-Imperialisten und ihre Lakaien unterdrücken die Verbreitung der Juche-Ideologie unter der südkoreanischen Bevölkerung mit Bajonetten und werfen uns vor,*

wir hätten keine „Freiheit“ der Ideologie. Die Ideen an und für sich lassen sich nicht durch gewaltsame Methoden beseitigen. Harten Repressalien der USA-Imperialisten und ihrer Helfershelfer zum Trotz nehmen in Südkorea die Reihen derer, die sich zur Juche-Ideologie bekennen, immer mehr zu. Nur diejenigen, denen progressive Ideen fehlen und die volksfeindliches Gedankengut aufzwingen wollen, unterdrücken diese Ideologie. Unser Volk bekennt sich, getragen von seinen lebensnotwendigen Forderungen, aus freien Stücken zur Juche-Ideologie, der überlegenen Ideologie, in der die Menschen im Mittelpunkt aller Aufmerksamkeit stehen, und es macht sie zu seinem Kredo.

Die sozialistische Gesellschaft verlangt ihrem wesentlichen Charakter nach eine ungeteilte Herrschaft der revolutionären Ideologie der Arbeiterklasse. Es ist gesetzmäßig, dass im Sozialismus, in dem die sozial-ökonomischen Grundlagen, die überholte Ideen hervorbringen, und die Klassengegensätze beseitigt worden sind, eine Ideologie dominiert. Da in der sozialistischen Gesellschaft alte ideologische Rudimente noch erhalten geblieben sind und sich die ideologische und kulturelle Unterwanderung des Imperialismus fortsetzt, lässt sich selbstverständlich die ungeteilte Herrschaft der revolutionären Ideologie der Arbeiterklasse nicht ohne Mühe durchsetzen. Das Bewusstsein des Menschen wird zwar von den sozial-ökonomischen Bedingungen beeinflusst, formt sich aber auch nach der Errichtung einer neuen sozial-ökonomischen Ordnung nicht von selbst um. Im Bewusstsein des Menschen kann es kein Vakuum geben, weshalb er unweigerlich entweder von den revolutionären Ideen der Arbeiterklasse oder von den bürgerlichen Ideen beeinflusst wird. Da insbesondere die Imperialisten und andere Reaktionäre verzweifelt versuchen, den sozialistischen Ländern ihre Ideen und Kultur zugänglich zu machen, kann bei einer geringsten Vernachlässigung der ideologischen Erziehungsarbeit der Wind einer bürgerlichen Liberalisierung Einzug halten. Es ist eine gewöhnliche Methode der Imperialisten, dass sie vor einer offenen Aggression die ideologische Infiltration einsetzen. Die Versuche der Imperialisten, in den sozialistischen Ländern einen Wind der bürgerlichen Liberalisierung wehen zu lassen und sie von innen heraus ideologisch zu unterhöhlen, müssen konsequent vereitelt werden.

Es ist unerlässlich, die ideologische Revolution tatkräftig voranzubringen und die Menschen zu kommunistischen Revolutionären zu entwickeln, um die in der sozialistischen Gesellschaft verbliebenen alten ideologischen Überbleibsel zu liquidieren und das Eindringen aller ungesunden Ideologien von außen zu verhindern. Die ideologische Revolution zur Umformung des Bewusstseins des Menschen ist ein gesetzmäßiges Erfordernis des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus und die wichtigste revolutionäre Aufgabe, die die Partei der Arbeiterklasse nach der Errichtung der sozialistischen Ordnung zu meistern hat. Nur wenn durch die ideologische Revolution alle Mitglieder der Gesellschaft von jeder

*Form der überholten ideologischen Fesseln befreit und sie zu zuverlässigen kommunistischen Revolutionären herangebildet werden, ist es möglich, das Subjekt der Revolution zu stärken und das Werk des Sozialismus und Kommunismus erfolgreich zu verwirklichen.*

*Unsere Partei legte ihr Schwergewicht auf die ideologische Revolution, intensivierte unter ihren Mitgliedern und allen anderen Werktätigen in verschiedenen Richtungen die ideologische Erziehung, darunter die Erziehung zu den Grundsätzen der Juche-Ideologie, die Erziehung im Geiste der Parteipolitik, der Treue und der revolutionären Traditionen, die klassenmäßige Erziehung, die Erziehung im Sinne des Kollektivismus und des sozialistischen Patriotismus, und rüstete sie somit fest mit ihrem revolutionären Gedankengut, der Juche-Ideologie, aus. Auf diesem Wege gelingt es ihr, die Ausrüstung der ganzen Gesellschaft mit einer einzigen Ideologie zu realisieren. Unter unseren Werktätigen kommt der revolutionäre Geist, sich selbstlos für Partei und Volk, für Gesellschaft und Kollektiv einzusetzen, stark zum Ausdruck.*

*Das ist das wahre ideologische Wirken unseres Volkes, und das feste Unterpfand für den Sieg unserer Revolution besteht eben darin, dass die ganze Gesellschaft von einer revolutionären Atmosphäre des ideologischen Lebens durchdrungen ist. Es ist ein unveränderter Kurs unserer Partei, bei der Verwirklichung der drei Revolutionen – der ideologischen, technischen und kulturellen – der ideologischen Revolution den Vorrang einzuräumen. Auch künftig werden wir dieses Prinzip fest im Griff behalten, das bereits eingeführte System der ideologischen Erziehung, ihren Inhalt und ihre Methoden wahren, in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der sich entwickelnden Wirklichkeit die ideologische Erziehungsarbeit vertiefen und so unsere Bürger als zuverlässige kommunistische Revolutionäre heranbilden.*

*Den Menschen muss ein souveränes und schöpferisches Leben gewährleistet werden. Hierbei ist es wichtig, ihre kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen. Unsere sozialistische kulturelle Lebensordnung ist vorzüglich und entspricht den kulturellen Anforderungen der Bürger. In unserer sozialistischen Gesellschaft wachsen die Werktätigen zu starken Wesen heran, die schöpferische Fähigkeiten und Talente in sich vereinen. In unserer Republik, dem Land des Studiums und der Bildung, in dem das ganze Volk lernt, wird die Intellektualisierung der ganzen Gesellschaft erfolgreich verwirklicht.*

*Bei uns wurde die allgemeine elfjährige Schulpflicht eingeführt und kam auch die Hochschulbildung voran. Dem ist zu verdanken, dass die Angehörigen der jungen Generation zu hervorragenden Nationalkadern, zu Erbauern des Sozialismus heranwachsen. Es besteht ein in sich geschlossenes System der Bildung ohne Unterbrechung der beruflichen Tätigkeit, wodurch die Werktätigen in ihrem Wirkungskreis ihr schöpferisches Talent entwickeln. Dank eines in sich geschlossenen*

*Bildungssystems und der dazu geschaffenen Studienbedingungen in der ganzen Partei und Gesellschaft erhöhen die Funktionäre und alle anderen Werktätigen ständig ihre politische und fachliche Qualifikation.*

*Uns gelang es, die sozialistische Nationalkultur zu schaffen und dem Volk ein reiches kulturell-emotionales Leben voll zu garantieren. Die revolutionäre und volksverbundene Kultur, die der Form nach national und dem Inhalt nach sozialistisch ist, erfuhr eine Blüte und Weiterentwicklung, sodass unser Staat als ein Land mit einer leuchtenden Kultur, als ein Land der Kunst viel von sich reden macht.*

*In unserer sozialistischen Gesellschaft setzen sich unter den Bürgern die Eigenschaften der kommunistischen Moral durch, die sie als souveräne Menschen besitzen müssen. Geleitet von der revolutionären Kameradschaft und Pflichttreue und dem revolutionären Gewissen, helfen unsere Bürger einander und reißen einander mit und leben in Eintracht.*

*Das gesunde und reiche Kulturleben, dessen sich unser Volk erfreut, ist höchst kostbar und sinnvoll. Uns obliegt es, die kulturelle Revolution weiterhin dynamisch voranzubringen, somit das Kulturniveau der Gesellschaft ständig zu heben und das gesunde und edle Kulturleben unseres Volkes zur volleren Blüte zu bringen.“<sup>10</sup>*

### **Erste Analysen zum Sieg der Konterrevolution in der DDR**

Den sozialistischen Charakter der DDR kann man deren Verfassung<sup>11</sup>, ihren Arbeits- und Sozialgesetzen, der Deklaration der Rechte der Jugend (Jugendgesetz<sup>12</sup>) usw. entnehmen. Hier werden Literaturhinweise zur Analyse des Zusammenbruchs der DDR gegeben, die vor allem von dem „Zeitzeugen“ und aufrechten Kommunisten<sup>13</sup>, ehemaligen SED-Generalsekretär und Vorsitzenden des DDR-Staatsrates Erich Honecker stammen:

---

<sup>10</sup> Kim Jong Il, Unser Sozialismus, in dem die Volksmassen im Mittelpunkt stehen, ist unbesiegbar, Pyongyang, 1991, S. 15-35. Das ganze Werk findet sich online unter: <http://www.nordkorea-info.de/files/3042.pdf>

<sup>11</sup> 10 Online: <http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr1968.html>

<sup>12</sup> Online: <http://www.ddrgeschichte.de/KULTUR/Jugendkultur/Jugendgesetz/jugendgesetz.html>

<sup>13</sup> Hier sei nur auf die standhafte Erklärung Erich Honeckers vom 03.12.1992 vor der BRD-Klassenjustiz verwiesen (In: Schriftenreihe der KPD, Heft 1, Berlin, 1992)



- \* Erich Honecker: Zur Rolle und Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik (In: Erich Honecker, Zu dramatischen Ereignissen, Hamburg, 1992, S. 41-60)
- \* Erich Honecker: Über die DDR. Die Aufbauleistungen der DDR und ihre Zerschlagung. Die Lage in Deutschland heute. (In: Erich Honecker, Moabiter Notizen, Berlin, 1994, S. 52-79)
- \* Kurt Gossweiler: Warum brach die DDR zusammen? – 1993 (In: Kurt Gossweiler, Wider den Revisionismus, München, 1997, S. 387-398)
- \* Offen-siv (Hg.): Niederlagenanalyse. Die Ursachen für den Sieg der Konterrevolution in Europa, Hannover, 2007, S. 255-315. Online: <https://offen-siv.net/buecher/Bucher/Niederlagenanalyse.pdf?id=78>
- \* Offen-siv (Hg): Unter Feuer. Die Konterrevolution in der DDR, Hannover, 2009. Online: <https://offen-siv.net/buecher/Bucher/Unter-Feuer.pdf>

## Die Lehre von der Denkweise und der Materialismus

### ***Heinz Ahlreip: „Wie die Lebensweise der Menschen, so ist ihre Denkweise.“<sup>14</sup>***

Seit mehreren Jahrzehnten tritt in der Theoriegeschichte, die sich auf Karl Marx beruft, eine merkwürdige Erscheinung auf: ‚Die Lehre von der Denkweise‘, vertreten von der MLPD (Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands). 1995 erschien ein maßgebendes Buch von Stefan Engel: ‚Der Kampf um die Lehre von der Denkweise in der Arbeiterbewegung‘. Eine ‚ML-Partei‘ lässt die Grundlagen des Marxismus bestehen, es habe aber eine ‚Verschiebung‘ stattgefunden, die nur sie bemerkt habe: die Marxisten-Leninisten hätten bisher nicht die Bedeutung der Denkweise im Klassenkampf erkannt. Die Bedeutung der Denkweise sei in die Theorie und Praxis der Befreiung des Weltproletariats einzuführen, weil sich die soziale

---

<sup>14</sup> Josef Stalin, Über dialektischen und historischen Materialismus, Volks Verlag Singen, 1949, S.32

Zusammensetzung der westdeutschen Studentenschaft nach 1945 verändert habe<sup>15</sup>, ja zu einer ganzen Lehre von der Denkweise, zu einer neuen Theorie ist dies alles ausgearbeitet worden und es versteht sich fast von selbst, dass zum Beispiel der Zusammenbruch der aus der Oktoberrevolution hervorgegangenen Gesellschaftssysteme zurückzuführen sei auf eine kleinbürgerliche Denkweise von Revisionisten. Diese weltgeschichtliche Bedeutung soll also die westdeutsche Studentenschaft nach 1945 gehabt haben.

In der Tat ist aber die Lehre von der Denkweise keine Weiterentwicklung der marxistischen Theorie, sondern eine ziemlich lokal-bornierte Angelegenheit, die sich wohl nur im theorielastigen, zurückgebliebenen Deutschland bilden konnte, dem träumerischen und duseligen deutschen Volk sagte schon immer mehr die Flucht in das Denken zu, statt die harte Wirklichkeit konkret zu analysieren<sup>16</sup>. Eine rühmliche Ausnahme bildeten Marx und Engels, die in der „Deutschen Ideologie“ diesen Sachverhalt genau beschrieben. Ändere ich meine Denkweise, so ändert das an der Wirklichkeit nichts, ich sehe diese nur anders. Die ganze Geschichte der Philosophie ist ein fortlaufender Beweis, dass die Denker die Wirklichkeit stets anders dachten, einschließlich der Linkshegelianer, an deren Kritik Marx und Engels den historischen Materialismus entwickelten. „Diese Forderung, das Bewußtsein zu verändern, läuft auf die Forderung hinaus, das Bestehende anders zu interpretieren, d.h. es vermittelt einer anderen Interpretation anzuerkennen.“<sup>17</sup> Die MLPD ist die konservativste Partei in Deutschland.<sup>18</sup> Bevor das menschliche Bewusstsein essentiell wurde in der

---

<sup>15</sup> Im Revolutionären Weg, dem theoretischen Organ der MLPD, wird im Ergänzungsband 1/94 – Konspekt zur Frage der Denkweise im Revolutionären Weg 1 bis 15 – in der Einleitung angeführt. „Die Grundlage des Marxismus-Leninismus bleibt, heute ist aber eine Verschiebung eingetreten. Der entscheidende Faktor im Parteaufbau ist die Denkweise.“ (Gesprächsnotiz von Willi Dickhut vom 6.5.92). Auf Seite 81 wird dann näher auf diese Verschiebung eingegangen: „Die Studenten der früheren Jahrzehnte kamen im Wesentlichen aus Kreisen der Großbürger, Großagrariere und höheren Beamten. Nach dem II. Weltkrieg verschob sich das Schwergewicht der sozialen Herkunft mehr und mehr auf mittel- und kleinbürgerliche Schichten.“ Wie diese Verschiebung mit der Denkweise zusammenhängt wird in dem Band nicht erläutert.

<sup>16</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Die Deutsche Ideologie, Werke Band 3, Dietz Verlag Berlin, 1960, S. 13

<sup>17</sup> a.a.O., S. 20

<sup>18</sup> Vgl.: a.a.O.

Geschichte, gab es Essentielleres: elementare menschliche Bedürfnisse<sup>19</sup> und die daraus entspringenden neuen Bedürfnisse, Familie und Zusammenwirken mehrere Produzenten. „Jetzt erst, nachdem wir bereits vier Momente, vier Seiten der ursprünglichen geschichtlichen Verhältnisse betrachtet haben, finden wir, daß der Mensch auch „Bewußtsein“ hat.“<sup>20</sup>

Die entscheidende Aussage betreffs der Bedeutung der Denkweise im historischen Materialismus stammt von Karl Marx im 18. Brumaire. „Auf den verschiedenen Formen des Eigentums, auf den sozialen Existenzbedingungen erhebt sich ein ganzer Überbau verschiedener und eigentümlich gestalteter Empfindungen, Illusionen, Denkweisen und Lebensanschauungen. Die ganze Klasse schafft und gestaltet sie aus ihren materiellen Grundlagen heraus und aus den entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Das einzelne Individuum ...kann sich einbilden, daß sie die eigentlichen Bestimmungsgründe und den Ausgangspunkt seines Handelns bilden.“<sup>21</sup> Schon auf den ersten Blick wird klar, dass für Marx die materialistisch abgeleitete Denkweise von Individuen und Klassen lediglich Gegenstand der wissenschaftlichen Untersuchung ist, er wehrt sich ja gerade ganz entschieden dagegen, Denkweisen als eigentlichen Bestimmungsgrund und Ausgangspunkt des politisch-historischen Handelns zu nehmen, als habe er das Aufkommen pseudowissenschaftlicher Denkweisetheoretiker erahnt. Die Denkweise wird von Marx im Reich der Einbildung verortet, eine Theorie, die die Denkweise zur „...entscheidenden Triebkraft des

---

<sup>19</sup> „Zum Leben aber gehört vor Allem Essen und Trinken, Wohnung, Kleidung und noch einiges Andere. Die erste geschichtliche Tat ist also die Erzeugung der Mittel zur Befriedigung dieser Bedürfnisse, die Produktion des materiellen Lebens selbst, und zwar ist dies eine geschichtliche Tat, eine Grundbedingung aller Geschichte, die noch heute, wie vor Jahrtausenden, täglich und stündlich erfüllt werden muß, um die Menschen nur am Leben zu erhalten...Das Erste also bei aller geschichtlichen Auffassung ist, daß man diese Grundtatsache in ihrer ganzen Bedeutung und ihrer ganzen Ausdehnung beobachtet und zu ihrem Recht kommen läßt. Dies haben die Deutschen bekanntlich nie getan, daher nie eine IRDISCHE (kursiv von Marx und Engels) Basis für die Geschichte und folglich keinen Historiker gehabt.“ (a.a.O.,28) Durch die Verstrickung in die Lehre von der Denkweise ist es dahin gekommen, dass die MLPD keinen Historiker, keinen Gesellschaftswissenschaftler hat. Diese Partei, sollte sie sich vom Denkweiseschwindel, von Deutscher Ideologie je frei machen, muss dann wieder ganz von vorn anfangen, beim ABC des Marxismus in der „Deutschen Ideologie“.

<sup>20</sup> a.a.O.,30

<sup>21</sup> Karl Marx, Der XVIII. Brumaire des Louis Bonaparte, Werke Band 8, Dietz Verlag Berlin, 1960, S. 139

gesellschaftlichen Fortschritts“ hochstilisiert<sup>22</sup>, steht von vornherein dem Marxschen Wissenschaftsbegriff diametral entgegen. Um wissenschaftlichen Marxismus und Einbildung dennoch irgendwie zusammenzubiegen wird von Annette Roth (MLPD) gegen Marx ein Zitat von Engels<sup>23</sup> bemüht<sup>24</sup>. „Nach materialistischer

---

<sup>22</sup> Brief von Annette Roth an Heinz Ahlreip vom 3.5. 1995. Es ist schnell hingeschrieben: Die Denkweise entscheidet den Charakter der Gesellschaft, aber statt MLPD-Broschüren wiederzukäuen sollte Frau Roth sich lieber einmal folgende Passage aus dem „Elend der Philosophie“ durch ihren Denkweiskopf gehen lassen: „Die sozialen Verhältnisse sind eng verknüpft mit den Produktivkräften...Die Handmühle ergibt eine Gesellschaft mit Feudalherren, die Dampfmaschine eine Gesellschaft mit industriellen Kapitalisten.“ (Karl Marx, Das Elend der Philosophie, Werke Band 4, Dietz Verlag Berlin, 1960, S. 130). In einer anderen Passage führt Marx aus, dass die Theoretiker des Proletariats. je mehr es sich entwickelt, es nicht mehr nötig haben „...die Wissenschaft in ihrem Kopf zu suchen.“ (Karl Marx, Das Elend der Philosophie, Werke Band 4, Dietz Verlag Berlin, 1960, S. 143). Das wurde 1847 geschrieben. Seitdem hat sich das Proletariat mehr und mehr entwickelt, nur die MLPD fängt wieder mit „Kopfarbeit“ an. Sie ist die konservativste Partei in Deutschland.

<sup>23</sup> In der Tat wird vom späten Engels eine Korrektur am Marxismus der „Deutschen Ideologie“ vorgenommen, aber es ist aufschlussreich, diese Korrektur genau zu studieren, sie zu durchdenken, denn keineswegs wird in die grundsätzliche Dialektik zwischen Basis und Überbau so gravierend eingegriffen, dass es entscheidend von der Denkweise abhänge, in welche Richtung sich eine Gesellschaft entwickelt: „...wir alle haben zunächst das Hauptgewicht auf die Ableitung der politischen, rechtlichen und sonstigen ideologischen Vorstellungen und durch diese Vorstellungen vermittelten Handlungen aus den ökonomischen Grundtatsachen gelegt und legen müssen. Dabei haben wir dann die formelle Seite über der inhaltlichen vernachlässigt: die Art und Weise, wie diese Vorstellungen etc. zustande kommen. Das hat dann den Gegnern willkommenen Anlaß zu Mißverständnissen resp. Entstellungen gegeben...Die Ideologie ist ein Prozeß, der zwar mit Bewußtsein vom sogenannten Denker vollzogen wird, aber mit einem falschen Bewußtsein. Die eigentlichen Triebkräfte, die ihn bewegen, bleiben ihm unbekannt, sonst wäre es eben kein ideologischer Prozeß. Er imaginiert sich also falsche resp. scheinbare Triebkräfte. Weil es ein Denkprozeß ist, leitet er seinen Inhalt wie seine Form aus dem reinen Denken ab, entweder seinem eigenem oder den seiner Vorgänger. Er arbeitet mit bloßem Gedankenmaterial, das er unbeschrieben als durchs Denken erzeugt hinnimmt und sonst nicht weiter auf einen entfernten, vom Denken unabhängigen Ursprung untersucht, und zwar ist ihm dies selbstverständlich, da ihm alles handeln, weil durchs Denken vermittelt, auch in letzter Instanz im Denken begründet erscheint.“ (Friedrich Engels an Franz Mehring vom 14. Juli 1893, in: Briefe über den historischen Materialismus 1890 – 1895, Dietz Verlag 1979, S. 63f). Die Lehre von der Denkweise ist ein Musterbeispiel kleinbürgerlicher Verstrickung in Ideologie, in seiner ideologischen Verblendung hält der deutsche Kleinbürger die Denkweise für entscheidend ohne das Denken auf einen entfernten, vom Denken unabhängigen Ursprung zu untersuchen. Da also aus dem Marxismus für eine Lehre von der Denkweise nichts zu holen ist, muss der umgekehrte Weg beschritten werde: sie

Geschichtsauffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des menschlichen Lebens. Mehr haben weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das darin verdreht, das ökonomische Moment sei das einzig bestimmende, so verwandelt er jenem Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase. Die ökonomische Lage ist die Basis, aber die verschiedenen Momente des Überbaus...üben auch ihre Einwirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren Form. Es ist eine Wechselwirkung aller dieser Momente...“<sup>25</sup> Was leitet Frau Roth daraus ab? „Diese Wechselwirkung gilt auch im Sozialismus. Es hängt entscheidend von der vorherrschenden Denkweise ab, ob die Entwicklung im Sozialismus vorwärts schreitet zur klassenlosen Gesellschaft im Kommunismus oder ob sie zurückfällt zur Restauration des Kapitalismus.“<sup>26</sup> Es steht natürlich jedem frei, sich mit dem Marxismus zu befassen, nur zu den Schlussfolgerungen aus dieser Beschäftigung, zu den Früchten sozusagen, möchten wir doch noch ein Wörtchen mitreden. Engels legt die Wechselwirkung zwischen Basis und Überbau in der Tat so dar, dass man sie wissenschaftlich-materialistisch und argumentativ verwenden kann, Basis und Überbau sind nicht gleichwertige Elemente<sup>27</sup>, schon gar nicht hat der Überbau das Übergewicht, so dass es entscheidend von der Denkweise abhinge, welchen Inhalt, welche Richtung eine gesellschaftliche Bewegung nimmt, sondern letztinstanzlich setzt sich durch die Wechselwirkung als Notwendiges die ökonomische Bewegung durch<sup>28</sup>. Engels äußert sich ganz deutlich, nach materialistischer Anschauung der Geschichte sind „... die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen zu suchen nicht in

---

muss ihm untergejubelt bzw. in ihn hineinprojiziert werden. Der ganze „Revolutionäre Weg-Ergänzungsband 1/94“ stellt diesen krampfhaften und peinlichen Versuch dar.

<sup>24</sup> Brief von Annette Roth an Heinz Ahlreip vom 3.5.1995

<sup>25</sup> Friedrich Engels an Joseph Bloch 21.9.1890, in: Engels, Briefe über den historischen Materialismus (1890 – 1895), Dietz Verlag Berlin, 1979, S. 28

<sup>26</sup> Brief von Annette Roth an Heinz Ahlreip vom 3.5.1995

<sup>27</sup> Vergleiche Friedrich Engels an Conrad Schmidt 27.10.1890, in: Friedrich Engels, Briefe über den historischen Materialismus (1890 – 1895), Dietz Verlag Berlin, 1979, S. 35. In diesem Brief spricht Engels zum Verhältnis von Basis und Überbau als von einer „... Wechselwirkung zweier ungleicher Kräfte...“.

<sup>28</sup> Vergleiche Friedrich Engels an Joseph Bloch 21.9.1890, in: Friedrich Engels, Briefe über den historischen Materialismus (1890 – 1895), Dietz Verlag Berlin, 1979, S. 29

den Köpfen der Menschen...“<sup>29</sup>, sondern immer in der Ökonomie. Es gehört zu den Grundaussagen des Marxismus, dass der Überbau eindeutig von der Basis her bestimmt wird. Wie sehr der Überbau etwas von der Basis Abgeleitetes ist, wird deutlich im Kommunistischen Manifest, wo es heißt, daß sich das Proletariat nicht aufrichten kann, „...ohne daß der ganze Überbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird.“<sup>30</sup>. Man kann doch im Manifest nachlesen, was das Proletariat alles aufhebt, letztendlich auch sich selbst, es endet selbst mit der Vernichtung der Bourgeoisie als Klasse. Das gewöhnliche Bewusstsein weiß nur etwas vom Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie, weiß nicht, dass sein Sieg langfristig seine Aufhebung ist.

Also eins von beiden: entweder: Die ökonomischen Bedingungen sind schließlich die entscheidenden (Engels), oder: die Entwicklung zum Kommunismus hängt entscheidend von der Denkweise ab (Annette Roth) – und so zeigt sich die Lehre von der Denkweise genau auf der Schnittstelle zwischen Revolution und Konterrevolution liegend, zur letzteren abfallend. Nach Engels bestimmen die verschiedenen Momente des Überbaus die *Form* der geschichtlichen Kämpfe, also im Mittelalter alles zum Beispiel im religiösen Gewand – Thomas Müntzer wollte einen Bauernsozialismus, mit dem Schwert in der einen, mit der Bibel in der anderen Hand, im Vormärz war die intellektuelle Atmosphäre in Deutschland so stark philosophisch geprägt, dass sich die 48er Revolution in philosophischen Formen ankündigte -, aber wenn die Entwicklung vom Sozialismus zum Kommunismus nun ebenfalls entscheidend von der Denkweise abhängig gemacht wird, handelt es sich bei der Konstellation Sozialismus – Kommunismus um eine Frage der Form oder des Inhalts? Oder bei der Rückverwandlung des sowjetischen Sozialismus in einen Kapitalismus?

Der Grundtenor der MLPD-Darstellung lautet: im Gegensatz zur chinesischen Kulturrevolution habe unter Stalin die Kontrolle der Administration mit ihrer Tendenz zur kleinbürgerlichen Denkweise nicht durch die Mobilisierung der Massen, sondern zunehmend durch die politische Geheimpolizei stattgefunden. Dadurch sei die kleinbürgerliche Denkweise gegenüber der proletarischen dominant geworden und hier liege der Schlüssel für die Restauration. Aber ist denn nicht klar, dass, selbst wenn die Lehre von der Denkweise ein Körnchen wissenschaftlicher Wahrheit

---

<sup>29</sup> Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, Werke Band 20, Dietz Verlag Berlin, 1960, S. 24

<sup>30</sup> Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Werke Band 4, Dietz Verlag Berlin, 1960, S. 473

enthalten würde, es für den historischen Materialisten völlig unmöglich ist, die Ursache für einen ökonomischen Formationswechsel im Überbau zu suchen, und dass es zweitens für den dialektischen Materialisten darauf ankommt, in einem Transformationsprozess die dialektischen Grundgesetze herauszukristallisieren, also: Einheit und Kampf der Gegensätze, hier zwischen Marxisten und Revisionisten, die beide unter dem Banner der proletarischen Revolution kämpfen, wobei aber letztere im Kapitalismus gegen die proletarische Revolution, im Sozialismus für den Kapitalismus kämpfen, zweitens Umschlag von Quantität in Qualität, hier: wie und wann war der Restaurationsprozess quantitativ so stark, dass ein Umschlag gegen den Sozialismus erfolgen konnte und schließlich das dritte Grundgesetz der Dialektik, Negation der Negation, hier: die Oktoberrevolution 1917 liquidierte den Kapitalismus (über den Umweg der NEP), die Konterrevolution liquidierte den Leninschen Sozialismus, war der aus dieser zweiten Negation entstandene Kapitalismus der klassische oder welche spezifischen Eigentümlichkeiten trug er gegenüber dem westlichen etc.? Zudem muss man beachten, dass alle drei dialektischen Grundgesetze sich prozessual wechselseitig durchdringen, was natürlich die Darstellung ungemein schwieriger macht. Willi Dickhut hat ein dickes Buch über die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion geschrieben, aber die drei dialektischen Grundgesetze findet man darin nicht. Es stellt sich also die Frage: sieht er sie Welt als ein Komplex von Prozessen oder als ein Komplex fertiger Dinge? Die Lehre von der Denkweise ist gerade so ein fertiges Ding, ein Deus ex machina, es tauchen zwangsläufig die Fragen auf: war zuerst die Bürokratie oder war zuerst die kleinbürgerliche Denkweise da?<sup>31</sup> Waren zuerst die Revisionisten oder waren zuerst die objektiven Tendenzen zum Kapitalismus da? Fragen dieser Art ergeben sich zwangsläufig in der metaphysischen Denkweise, die aus der Arbeitsteilung von Hand- und Kopfarbeit resultiert. Die marxistisch geschulten Arbeiter/innen wissen nur zu genau, daß der Denkweiseschwindel nur in einer Partei verfangen konnte, in der die

---

<sup>31</sup> Nach dem Tenor der Denkweiseideologie wird wohl von der Präexistenz der kleinbürgerlichen Denkweise bei den Ideologen ausgegangen. Man kann natürlich alles Mögliche der Geschichte unterjubeln, es bleibt aber zum Beispiel die Frage offen, wie konnte die Minderheit des Kleinbürgertums seine Denkweise ausreichend zur Machtübernahme der ganzen Sowjetgesellschaft entfalten? Willi Dickhut und die MLPD teilen den Irrtum aller Philosophen und Ideologen, die eine Denkweise, die ein Produkt des Klassenkampfes ist, zur Grundlage desselben machen. Marx und Engels kritisierten die Linkshegelianer ja gerade deshalb, weil sie Veränderungen von Bewusstseinsverhältnissen für revolutionsinitiiierend hielten, und jetzt kommt Dickhut daher und kehrt das Ganze um in restaurationsinitiiierend. Beide ideologischen Richtungen schieben die Einbildung unter, durch eine Änderung der Denkweise, durch eine andere Interpretation der sie umgebenden Welt diese zugleich auch damit zu verändern. Als gäbe es keine elfte Feuerbachthese.

Kopfarbeiter dominieren.<sup>32</sup> Alle Ideologie läuft auf Versklavungsideologie hinaus. Und es hilft nichts, sich bei klassenbewussten Arbeitern dadurch anzubiedern, dass man sich völlig mit der Arbeiterklasse verschmelzen möchte, denn erstens ist dies wiederum amarxistisch – wovon weiter unten – und zweitens erkennen die klassenbewussten Arbeiter auch die noch so geschickt getarnten Unterdrückungsinstrumente gegen sie selbst. Es liegt in der Konsequenz der Denkweiseapostel, dass sie von den drei Kampfformen des Proletariats: ökonomisch, politisch, ideologisch, den ideologischen Kampf als führenden Faktor bezeichnen<sup>33</sup>. Zwar darf der ideologische Kampf nicht vernachlässigt werden, aber von einer führenden Rolle weiß der Marxismus nichts.<sup>34</sup> Das sind eben diese modernen Zusätze, die die Weiterentwicklung des Marxismus ausmachen sollen.

Eine weitere Weiterentwicklung soll sein, dass es vor allem darauf ankomme, sich mit dem Proletariat zu verschmelzen. „Die Führer der kleinbürgerlichen ML-Bewegung waren unfähig, sich tatsächlich tief mit dem Proletariat zu verbinden, von ihm zu lernen, sich mit ihm zu verschmelzen und eine proletarische Denkweise anzunehmen.“<sup>35</sup>

Hier liegt nun wiederum eine Preisgabe des Marxismus vor. Das Proletariat wird als Fetischpopanz missbraucht, ungeachtet der Tatsache, dass zum Beispiel während der Pariser Kommune ein Teil der Arbeiter mit den Versaillern ging - als ob das Heilmittel in der Arbeiterklasse zu suchen sei, als ob die Arbeiterklasse von sich aus eine proletarische Denkweise (oder richtiger formuliert: die dialektisch-

---

<sup>32</sup> In seiner Schrift „Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen“ von 1876, die ursprünglich den Titel „Über die drei Grundformen der Knechtschaft“ tragen sollte, erklärt Engels sowohl die Herkunft der Kopfdominanz als auch ihre idealistische Falschheit. Die Elemente des Überbaus stellten sich zunächst nur als Produkte des Kopfes dar und schienen die Gesellschaft zu beherrschen, dagegen traten die bescheideneren Erzeugnisse der Hand in den Hintergrund. Der Kopf schien alles zu regeln und produzierte so auch den Idealismus. „...die Menschen gewöhnten sich daran, ihr Tun aus ihrem Denken zu erklären statt aus ihren Bedürfnissen...“ (Friedrich Engels, Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen, in: Marx Engels Ausgewählte Werke Moskau 1975, S. 379) Man darf darauf gespannt sein, ob überhaupt und wenn ja wann bei der MLPD die Entwöhnungskur beginnt.

<sup>33</sup> Programm der Marxistisch-Leninistischen Partei, Entwurf, Januar 1999, Verlag Neuer Weg, Essen, S. 31

<sup>34</sup> Vergleiche, Friedrich Engels: Der Bauernkrieg in Deutschland, Vorbemerkung zur dritten Auflage 1875, Werke Band 7, Dietz Verlag Berlin 1960, S. 541

<sup>35</sup> Stefan Engel: Die Maotsetungideen und die Lehre von der Denkweise, Beiträge zur Theorie und Praxis der internationalen Revolution Nr. 4, Verlag Neuer Weg, 1993, S. 28



materialistische Weltanschauung) entwickeln kann. In wissenschaftlicher Hinsicht bleibt sie ganz auf dem Niveau der Kleinbourgeoisie, deren hervorstechender Theoretiker Proudhon von Marx wie folgt charakterisiert wird. Er begreift nicht „...die gegenwärtigen sozialen Zustände in ihrer Verkettung (engrènement)...“<sup>36</sup>. Wie Proudhon begreifen auch die Arbeiter selbst ihre eigenen sozialen Zustände nicht in ihrer Verkettung.

Von den drei Bestandteilen des Marxismus sind sogar zwei bürgerlicher Provenienz: die klassische deutsche Philosophie und die englische politische Ökonomie. Und es wäre gerade Ausdruck einer „kleinbürgerlichen Denkweise“, künstliche Schranken zwischen sogenannter bürgerlicher und sogenannter proletarischer Denkweise zu errichten. „Der Träger der Wissenschaft ist aber nicht das Proletariat, sondern die bürgerliche Intelligenz...Das sozialistische Bewusstsein ist also etwas in den Klassenkampf des Proletariats von außen Hineingetragenes, nicht etwas aus ihm urwüchsig Entstandenes.“<sup>37</sup> Lenin bezeichnete diese Worte Kautskys als sehr treffend und wertvoll, denn Lenin setzte alles daran, die Arbeiterklasse mit der Wissenschaft zu verbinden, nicht aber die Wissenschaft in der Arbeiterklasse vor die Hunde gehen zu lassen, sich mit der Arbeiterklasse zu verschmelzen und eine proletarische Denkweise anzunehmen.<sup>38</sup>

Den gleichen Fehler begeht auch Georg Lukács in seiner Schrift über Lenin, Studie über den Zusammenhang seiner Gedanken: er spricht von einem „restlosen Aufgehen im Leben der leidenden und kämpfenden Massen.“<sup>39</sup> Als ob die Arbeiterklasse von der Durchdringung der Gesellschaft durch den Warenfetischismus ausgenommen wäre. Warum ist es Marx gelungen, in einer völlig vom Warenfetischismus

---

<sup>36</sup> Karl Marx, Brief an W. P. Annenkow vom 28. Dezember 1846, Werke Band 4, Dietz Verlag Berlin, 1960, S. 547

<sup>37</sup> Karl Kautsky, Entwurf des Programms der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, in: Die Neue Zeit 1901 – 1902.

<sup>38</sup> Vergleiche Lenin, Der „Linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, Ausgewählte Werke, Progress Verlag Moskau, 1971, S. 567. Aber natürlich ist der Lernprozess zwischen Avantgarde und Masse nicht einseitig. Für Lenin denken die Berufsrevolutionäre keineswegs für alle, nimmt die Menge keineswegs keinen Anteil an der Bewegung. (Vergleiche Lenin: Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung, Lenin Werke, Band 5, Dietz Verlag Berlin, 1960, S. 482). Und nach einer sozialistischen Revolution, die den bürgerlichen Ideologen die Mittel wegnimmt, ihr konterrevolutionäres Gift unter die Werkstätigen zu mischen, kann dieser wechselseitiger Lernprozess wesentlich besser gedeihen.

<sup>39</sup> Georg Lukács, Lenin, Studie über den Zusammenhang seiner Gedanken, Luchterhand Verlag 1969, S. 32

durchdrungenen Gesellschaft eine wissenschaftliche Durchdringung dieses Phänomens darzustellen? Warum fällt der Marxismus nicht selbst unter die Fetisch-„Wissenschaften? Es ist ihm dies nur gelungen durch die Entwicklung der materialistischen Dialektik, nicht zufällig lässt Marx im „Kapital“, das das Geheimnis des Fetischcharakters der Ware lüftet, seine dialektische Methode von dem russischen Ökonomen Illarion Ignatjewitsch Kaufmann (1848 – 1916) erläutern, und in dieser Erläuterung führt Kaufmann aus, dass Marx die gesellschaftliche Bewegung als einen naturgeschichtlichen Prozess betrachtet „...den Gesetze lenken, die nicht nur von dem Willen, dem Bewußtsein und der Absicht der Menschen unabhängig sind, sondern vielmehr umgekehrt deren Wollen, Bewußtsein und Absichten bestimmen...“<sup>40</sup> Marx widerspricht dieser Darlegung keineswegs, sondern fällt das Urteil, dass Kaufmann eine treffende Charakterisierung seiner materialistischen Dialektik gelungen sei. Nun ist klar, dass die unmittelbare Denkweise der Arbeiter keine herausragende Rolle in der Geschichte spielen kann, denn die Menschen machen Geschichte aus dem Bestreben heraus, ihre Bedürfnisse zu befriedigen<sup>41</sup> (30.) Die Lehre von der

---

<sup>40</sup> Karl Marx, Das Kapital, Werke Band 23, Dietz Verlag Berlin, 1960, S. 26

<sup>41</sup> „Das Scheitern der Utopisten, darunter der Volkstümler, Anarchisten, Sozialrevolutionäre, erklärt sich unter anderem dadurch, daß sie die primäre Rolle der Bedingungen des materiellen Lebens der Gesellschaft nicht anerkannten und – in Idealismus verfallend – ihre praktische Tätigkeit nicht auf der Grundlage der Bedürfnisse der Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft aufbauten...“ (Josef Stalin: Über dialektischen und historischen Materialismus, Volks- Verlag Singen (Hohentwiel), 1946, 23. Ein interessanter Hinweis zum Scheitern der MLPD. Kleinbürgerliche Ideologen sind unfähig, die primäre Rolle der Bedingungen des materiellen Lebens anzuerkennen, kleinbürgerliche Politiker sind unfähig, ihre praktische Tätigkeit auf der Grundlage der Bedürfnisse des materiellen Lebens aufzubauen. Haben sich diese Herrschaften je mit der Aussage von Marx aus seinem Werk „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ auseinandergesetzt?: „Eine Klasse, worin sich die revolutionären Interessen der Gesellschaft concentriren, sobald sie sich erhoben hat, findet unmittelbar in ihrer eigenen Lage den Inhalt und das Material ihrer revolutionären Thätigkeit, Feinde niederzuschlagen, durch das Bedürfnis des Kampfes gegebene Maaßregeln zu ergreifen; die Consequenzen ihrer eigenen Thaten treiben sie weiter. Sie stellt keine theoretischen Untersuchungen über ihre eigene Aufgabe an.“ (Karl Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, MEGA I/10, Dietz Verlag Berlin, 1977, S. 126). Hören wir auch auf Engels: „...Eine Revolution ist ein reines Naturphänomen, das mehr nach physikalischen Gesetzen geleitet wird, als nach den Regeln, die in ordinären Zeiten der Entwicklung der Gesellschaft bestimmen. Oder vielmehr, diese Regeln nehmen in der Revolution einen viel physikalischeren Charakter an, die materielle Gewalt der Notwendigkeit tritt heftiger hervor.“ (Friedrich Engels, Brief an Karl Marx vom 13. Februar 1851). In dieser Aussage von Engels über den allgemeinen Charakter einer Revolution sucht man vergeblich die Bemerkung, dass es entscheidend von der Denkweise abhängt, welche Entwicklung eine Gesellschaft nimmt. Aber

Denkweise ist keine Weiterentwicklung der Lehre von Marx, sondern führt die Arbeiterklasse in eine Sackgasse. Sie ist lediglich ein Schnuller, aus dem unsere Denkweise-oberlehrer beständig ihr abartig-apartes Avantgardebewusstsein saugen. Für die Geschichte ist es indeß ganz unerheblich, ob ein MLPD-Mitglied tief in sein Innerstes eindringt und nach den Linien seiner kleinbürgerlichen oder proletarischen Denkweise forscht und sich abends fragt: habe ich heute gegen die proletarische Denkweise gesündigt - die Geschichte hat sie freigesprochen: sie dürfen sündigen, soviel sie wollen. Denn: „Auf den verschiedenen Formen des Eigentums, auf den sozialen Existenzbedingungen erhebt sich ein ganzer Überbau verschiedener und eigentümlich gestalteter Empfindungen, Illusionen, Denkweisen und Lebensanschauungen. Die ganze Klasse schafft und gestaltet sie aus ihren materiellen Grundlagen heraus und aus den entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Das einzelne Individuum, dem sie durch Tradition und Erziehung zufließen, kann sich einbilden, daß sie die eigentlichen Bestimmungsgründe und den Ausgangspunkt seines Handelns bilden.“<sup>42</sup> Abgesehen davon, dass diese Darstellung von Marx eine Art Quintessenz des Zusammenhangs der Grundkategorien Eigentum und Ideologie enthält, wird auch noch die Denkweise ganz in die Sphäre des negativ Illusionären gerückt, Klassen und Individuen unterliegen einer Täuschung, wenn sie meinen, ihre Denkweise bestimme ihr Handeln, unterliegen einer Täuschung, wenn sie meinen, entscheidend für richtig politisch-geschichtliches Handeln sei ihre Denkweise. Die Lehre von der Denkweise vertreten, heißt gerade Illusionen in der Arbeiterklasse zu verbreiten, heißt gerade die ganze marxistische Aufklärungsarbeit auszulöschen. Offensichtlich fragen sich die Ideologen der MLPD, was geht im Kopf der gewerkschaftlich organisierten und der unorganisierten Werktätigen, was im Kopf ihrer Parteimitglieder vor. Nun, was im Kopf ihrer eigenen Mitglieder vor sich geht,

---

natürlich ist es schwierig für Leute, die sich ganz auf die Denkweise versteift haben, zu begreifen, was Engels mit der materiellen Gewalt der Notwendigkeit gemeint haben könnte. Ein Ergebnis der proletarischen Revolution ist die im Verlauf der Zertrümmerung der bürgerlichen Zustände entstehende Diktatur des Proletariats und selbst nach ihrer Errichtung und der mit ihr verbundenen umerzieherischen Aufgaben bleibt die Denkweise etwas Sekundäres. Wie äußert sich Lenin zur Überwindung der kleinbürgerlichen Vorurteile des Proletariats? Es überwindet diese nicht durch die proletarische Denkweise, sondern „in langwierigen und schweren Massenkämpfen gegen den Masseneinfluß des Kleinbürgertums“. (Lenin, zitiert in Stalin, Grundlagen des Leninismus, Dietz Verlag Berlin 1952, S. 100). Künstliche Heranzüchtung einer proletarischen Denkweise oder schwere Massenkämpfe gegen kleinbürgerlichen Masseneinfluss – hier trennt sich die idealistische Spreu vom kommunistischen Weizen.

<sup>42</sup> Karl Marx, Der XVIII. Brumaire des Louis Bonaparte, Werke Band 8, Dietz Verlag Berlin, 1960, S. 139

das zu erforschen bleibt diesen Ideologen vorbehalten. Zur Kopfarbeit der Werktätigen hat sich schon Marx in seiner ersten Schlüsselschrift des historischen Materialismus, im „Elend der Philosophie“ dahingehend eingelassen: „Aber in dem Maße, wie die Geschichte vorschreitet und mit ihr der Kampf des Proletariats sich deutlicher abzeichnet, haben sie nicht mehr nötig, die Wissenschaft in ihrem Kopfe zu suchen; sie haben nur sich Rechenschaft abzulegen von dem, was sich vor ihren Augen abspielt, und sich zum Organ desselben zu machen.“<sup>43</sup>

Es führt kein Weg, keine Verschiebung in der sozialen Zusammensetzung der westdeutschen Studentenschaft nach 1945 an der Aussage im Kommunistischen Manifest von 1848 vorbei: „Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände. In allen diesen Bewegungen heben sie die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor!“<sup>44</sup> (33.) Der Kern der marxistischen Weltveränderung ist die revolutionäre Liquidierung des bürgerlichen Eigentums. Die gegenmarxistische Lehr von der Denkweise resultiert aus der Veränderung der sozialen Zusammensetzung der westdeutschen Studentenschaft nach 1945, immer mehr Kleinbürger fanden den Weg in die Universitäten. Es konnte nicht ausbleiben: die Lehre von der Denkweise ist gerade Ausdruck dieser Verschiebung.

## **Nachtrag:**

Woran es in der kritischen Auseinandersetzung mit der obskuren Denkweiselehre mangelt, ist die kaum vorhandene historische Sichtweise und Darstellung. Wir hatten oben bereits festgestellt, dass Marx für die Phase des klassischen Konkurrenzkapitalismus die Entwicklung einer Denkweiselehre für einen Rückfall in idealistische Positionen hielt, in der höchsten Phase des Kapitalismus, dem monopolistischen Kapitalismus, hatte uns Lenin zwar eine glänzende ökonomische Analyse dieser neuen Erscheinung geliefert, aber keine Lehre von der Denkweise.

Das für den Imperialismus ausschlaggebende Monopol und die mit ihm verbundene Konzentration der Produktion führten zirka siebzehn Jahre nach dem Beginn der imperialistischen Ära zum sowjetrussischen Sozialismus. Lenin lebte nach der Oktoberrevolution noch zirka sieben Jahre unter der Diktatur des Proletariats, ohne

---

<sup>43</sup> Karl Marx, Das Elend der Philosophie, Marx Engels Ausgewählte Werke Band I, Dietz Verlag Berlin, 1974, S. 302

<sup>44</sup> Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 493

die Notwendigkeit zu verspüren, gegen eine bereits vorhandene Tendenz zur Bürokratisierung der Apparate eine Lehre von der Denkweise zu entwickeln.

1917 fand in der Theorie und Praxis der proletarischen Weltrevolution ein qualitativer Sprung statt und hiervon ausgehend muss man den Ideologen der MLPD ihr eigenes Problem verständlich machen, das ihnen im Grunde nicht bewusst ist. Sie sind angehalten, das Spezifische des qualitativen Sprunges herauszuarbeiten, das es nötig machte, entgegen der marxistischen Theorie vor 1917 nun eine Lehre von der Denkweise zu entwickeln. Denn kein Ideologe der MLPD wird bestreiten, dass die Ausarbeitung einer Lehre von der Denkweise vor 1917 nicht nötig war. 1845 schrieben Marx und Engels die ‚Deutsche Ideologie‘, aus der es unmöglich war, eine Lehre von der Denkweise abzuleiten, 1895 starb Engels. Also ein halbes Jahrhundert nichts zur Lehre von der Denkweise.

Diese wird ja auch als die ureigenste Entwicklung eines Herrn Willi Dickhut ausgegeben, der es zu seinen Lebzeiten versäumt hatte, sich dafür in einer psychiatrischen Klinik ein Patent ausstellen zu lassen. Ureigen im wahrsten Sinne des Wortes, denn die Klassiker beriefen sich auf die Klassiker, Engels auf Marx (und umgekehrt), Lenin auf Marx und Engels, und Stalin auf alle drei. Die Apostel der Denkweise berufen sich nicht auf die Klassiker, *weil sie es nicht können*, weil bei ihnen für eine idealistische Lehre nichts zu holen ist. Willi Dickhut ist für die MLPD ein ganz abgeschnittener, aparter Klassiker. Soviel haben wir also auch den Klassikern zu verdanken, dass durch sie schon allein formal sogenannte Weiterentwickler ihrer Lehrer als Scharlatane entlarvt werden.

Im Grunde ist die Lehre von der Denkweise eine Fehlgeburt. Die Wissenschaft ist immer kollektiv und kommunikativ, das galt für die Enzyklopädisten und Aufklärer, das Briefvolumen Voltaires ist enorm, das gilt noch mehr für unsere Klassiker, Marx und Engels beschränkten sich ja nicht nur auf einen Briefwechsel untereinander. Bis heute können uns die Ideologen der MLPD das Spezifische im qualitativen Sprung von 1917 nicht unterbreiten, dieses muss aber dargelegt werden, soll denn die Lehre von der Denkweise eine Weiterentwicklung des Marxismus sein. Bis heute tapen sie diesbezüglich wie Deppen im dichten Wald umher.

Die Oktoberrevolution hatte Theorie und Praxis proletarischer Emanzipation auf eine höhere Stufe gestellt, zum Beispiel durch die Sowjets. Diese siegten ohne proletarische Denkweise über den bürgerlichen Parlamentarismus, denn die Mehrheit der Sowjets bestand aus Kleinbauern und Kleinbäuerinnen oder Kleinbauernsöhnen und Kleinbauerntöchtern, die keine proletarische Denkweise haben konnten. Nicht eine Denkweise, sei sie proletarisch, sei sie kleinbürgerlich, hat über den Sieg der Oktoberrevolution entschieden, sondern millionenfache Friedenssehnsüchte und millionenfacher Landhunger.

Als die Matrosen, Arbeiterinnen und Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbäuerinnen 1917 die Lehren von Karl Marx und von Lenin mit Variationen in die Praxis umsetzen, einen reinen Prozess kann es hier gar nicht geben, konnten sie nicht ahnen, dass eines Tages in Deutschland ein Herr Dickhut mit einer Lehre von der Denkweise aufsteht, durch deren Umsetzung in die Praxis der Weg zum Kommunismus sicherer zum Ziel führt als mit den Lehren von Marx und Lenin allein. Das versichern uns seine Jünger. Mit Verlaub, dem Gerber Joseph Dietzgen (dem Älteren), einem schlichten Handwerker, war es gelungen, unabhängig von Marx und Engels eine materialistische Dialektik zu entwickeln. ‚Dietzgen, das ist unser Philosoph‘ pflegte Marx zu sagen. Willi Dickhut, *Sohn eines Fuhrunternehmers*, kann für Marxisten-Leninisten im Gegensatz zu Dietzgen nur ein Name sein, der für die Verballhornung des Marxismus steht. Und eine Verballhornung muss herauskommen, wenn man Marxisterei mit einem simplen Geschichtsbild betreibt. Für die Denkweiseideologen gibt es im Grunde nur zwei entscheidende Ereignisse in der russischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, den Oktober 1917 und den 20. Parteitag 1956, das erste ein Sprung vorwärts, das zweite einer rückwärts. 1917 gab es zwei Revolutionen und eine Doppelherrschaft, 1956 einen Parteitag und eine Geheimrede. Nun kann man zwar in den Naturwissenschaften elektrisches Licht ein- und ausschalten, in den Gesellschaftswissenschaften geht das nicht. Eine ökonomische Gesellschaftsformation kann nicht durch eine *Geheimrede* (Geheimrede) in eine frühere zurückverwandelt werden. Ökonomische Gesellschaftsformationen stellen in der Geschichte einmalig enorme Schwergewichte dar, dass eine Putschtheorie aus dem politischen Sektor zwischen ihnen nichts zu suchen hat.

## Dokumentation: Offener Brief an Patrick Köbele

### **Jacob Schulze<sup>45</sup>: Offener Brief an Patrick Köbele, Vorsitzender der DKP**

Lieber Genosse Patrik,

beim Lesen deines Reiseberichts aus China<sup>46</sup> Anfang Juli war ich durchaus erstaunt – ich hätte nicht erwartet, dass du und damit die Parteiführung der DKP so zügig nach

---

<sup>45</sup> Jacob Schulze ist Mitglied der Kommunistischen Organisation, sein Offener Brief ist auf deren Internetseite ([www.kommunistische.org](http://www.kommunistische.org)) am 15. 8. 2018 erschienen.

dem Parteitag in dieser für die DKP heiklen Frage klare Position beziehst. Doch damit hast du einen Schritt getan, der meines Erachtens schon lange überfällig war. Du hast deine Vorstellungen klar auf den Tisch gelegt: China, ein Land „mit sozialistischer Orientierung“ mit einer führenden Kommunistischen Partei, die die Solidarität aller Kommunisten verdient. Als Kommunist muss ich dieser Aufforderung zur Solidarität eine entschiedene Absage erteilen – denn weder halte ich China für ein Land „mit sozialistischer Orientierung“, noch halte ich die KP Chinas tatsächlich für eine Kommunistische Partei im Leninschen Sinne. Einige Argumente für meine Position finden sich im Artikel von Thanasis Spanidis<sup>47</sup> – selbstverständlich steht aber in Zukunft noch eine umfassendere Auseinandersetzung mit der Rolle Chinas im imperialistischen Weltsystem aus. Als KO wollen wir uns dieser Auseinandersetzung im Klärungsprozess widmen.

Bitte verstehe diesen Offenen Brief nicht als Angriff auf die DKP sondern als Diskussionsangebot. Ich nehme im Folgenden kein Blatt vor den Mund – das tue ich, damit mein Standpunkt und meine Kritik klar und offen zutage tritt. Denn ich meine, dass nur so in der Diskussion um den letztlich richtigen Standpunkt gerungen werden kann.

### **Solidarität mit wem?**

Zweifelsohne gilt meine Solidarität jedoch der chinesischen Arbeiterklasse und allen Unterdrückten in China. Daher werde ich stutzig, wenn ich bei dir im ersten Teil des Reiseberichts lese: *„Es war ungewohnt, dass dort [auf einer Konferenz] auch hochrangige Manager bzw. Besitzer privatkapitalistischer Konzerne auftraten – sicher mindestens vielfache Millionäre –, um zu betonen, wie wichtig die führende Rolle der kommunistischen Partei für ihr Business sei. Mein Eindruck: Die KP hat die führende Rolle und es gibt derzeit keine relevante gesellschaftliche Gruppe oder Klasse, die diese führende Rolle infrage stellt – auch nicht die existierende Kapitalistenklasse. Diese hat sich derzeit, so mein Eindruck, darauf eingelassen und damit arrangiert, nicht die herrschende Klasse zu sein. Natürlich tut sie das auch, weil sie ökonomisch von der derzeitigen Situation profitiert – im wahrsten Sinne des Wortes.“*

---

<sup>46</sup> <https://www.unsere-zeit.de/de/5026/hintergrund/8792/Profitieren-unter-Hammer-und-Sichel.htm> und <https://www.unsere-zeit.de/de/5027/hintergrund/8850/Der-Umgang-mit-Widersprueche.htm>

<sup>47</sup> Spanidis: Die Diskussion um den Klassencharakter der VR China. Auf <https://kommunistische.org/diskussion/die-diskussion-um-den-klassencharakter-der-vr-china-ausdruck-der-weltanschaulichen-krise-der-kommunistischen-weltbewegung/>

Abgesehen davon, dass ich es nicht nur „ungewohnt“ fände auf einer Konferenz einer regierenden kommunistischen Partei den Klassenfeind höchstpersönlich als geladenen Redner und nicht auf der Anklagebank anzutreffen, fiel mir vor allem Folgendes auf: Du beschreibst, dass die zweifellos in China existierende Kapitalistenklasse von der Politik der KPChs profitieren würde und daher die führende Rolle der KPChs nicht infrage stellen würde. Ja warum sollte sie denn auch? Du bringst hier eigentlich selbst das wesentliche Argument, warum es sich bei China eben nicht um ein Land „mit sozialistischer Orientierung“<sup>48</sup> handelt. Dass es sich bei der VR China um ein kapitalistisches Land handelt, dafür spricht die Teilnahme von hochrangigen Managern an Konferenzen ebenso, wie die Tatsache, dass hochrangige Parteifunktionäre selbst immenses Vermögen angehäuft haben und Vorstandsposten in den großen privaten chinesischen Konzernen innehaben. Deine Schlussfolgerung, dass die Kapitalistenklasse sich „darauf eingelassen und [damit] arrangiert hat, nicht die herrschende Klasse zu sein“, legt nahe, dass du keine tiefere Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse in China bemüht, sondern getreu der Selbstdarstellung der chinesischen KP folgst.

Diese Selbstdarstellung der KPCh basiert insbesondere auch auf der Behauptung, die Kontrolle über die Ausdehnung kapitalistischer Beziehungen in der Ökonomie wahren und damit langfristig Voraussetzungen für einen „entwickelten“ Sozialismus schaffen zu können. Statt den Sozialismus mit aller Macht durch die Ausweitung sozialistischer Beziehungen in der Ökonomie faktisch auf die Tagesordnung zu setzen, behauptet man eine „sozialistischen Orientierung“. Irgendwann wird man ihn wohl schon erreichen. Ohne Zweifel hält die KPCh die politische Macht in China in ihren Händen – das bedeutet aber keinen notwendigen Widerspruch zur Herrschaft des Kapitals in China.

### **Diktatur des Proletariats?**

Genau diesen Widerspruch behauptest du aber, wenn du im zweiten Teil deines Berichts explizit schreibst: *„Zum Kurs der Produktivitätserhöhung, der Armutsbekämpfung, der Verbesserung der Daseinsvorsorge für die Menschen, des Umweltschutzes gibt es, glaube ich, keine Alternative. Ebenso bin ich mir relativ sicher, dass dies ohne die Reform- und Öffnungspolitik nicht gegangen wäre. Aber: Natürlich lässt das Kapitalismus ins Land, natürlich stimmt es, dass Kapitalismus Kapitalismus produziert, und es hat sich eine Kapitalistenklasse gebildet, die*

---

<sup>48</sup> Schon die Formulierung „Land mit sozialistischer Orientierung“ legt nahe, dass ein Land über einen längeren Zeitraum weder kapitalistisch, noch sozialistisch sein könne. Dieser Vorstellung muss ich als Materialist eine entschiedene Absage erteilen, denn zwischen Kapitalismus und Sozialismus kann es keine Produktionsweise geben.



*natürlich auch ihr Bewusstsein produziert und reproduziert. Dem steht aus meiner Sicht die führende Rolle der kommunistischen Partei gegenüber. Das ist die derzeitige Form, in der die Arbeiterklasse die Macht ausübt.“*

Leider führst du an keiner Stelle im Bericht die Argumente dafür an, warum es sich bei der führenden Rolle der KPCh um die Form der Diktatur des Proletariats handeln sollte. Es scheint, als genüge es dir im Wesentlichen, dass die KPCh sich selbst noch als „kommunistisch“ bezeichnet, überall Hammer & Sichel zu sehen ist und die Partei die „marxistische Weltanschauung“ verbreitet. Gerade bei diesem letzten Argument gerate ich ins Zweifeln: Was versteht die KPCh unter „marxistischer Weltanschauung“? Eine Weltanschauung, die im Statut der KPCh gleichwertig neben den „Mao-Zedong-Ideen“, der „Deng-Xiaoping-Theorie“, den Ideen des „Dreifachen Vertretens“ und nun auch den „Xi-Jinping-Gedanken“ steht? Es geht mir sicherlich nicht darum, mich über irgendeine dieser Formulierungen lustig zu machen. Überhaupt geht es mir nicht um die Formulierungen. Mir geht es um die Inhalte, von denen du nur sagst, dass du sie „als die Bestätigung der Linie der letzten beiden Parteitage, die das Festhalten an der Reform- und Öffnungspolitik stärker mit der Propagierung der marxistischen Weltanschauung verbindet“ interpretierst. Jedoch ist z.B. die Behauptung Deng Xiaopings, dass es im Grunde egal sei, „ob die Katze weiß oder schwarz ist, Hauptsache ist, sie fängt Mäuse“, d.h. ob die Ökonomie durch den zentralen Plan oder den Markt gesteuert wird, eine eindeutig revisionistische Vorstellung, die mit Marxismus-Leninismus nichts zu tun hat<sup>49</sup>. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit den genannten Theorien ist noch zu leisten. Doch eins ist klar: Eine Kommunistische Partei wird nicht dadurch eine Kommunistische Partei, indem sie sich selbst so nennt oder ihre eigene Ideologie und Symbole verbreitet. Um eine kommunistische Partei handelt es sich dann, wenn sie sich streng nach den Leninschen Prinzipien organisiert, wenn sie die marxistisch-leninistische Weltanschauung zur Grundlage all ihres Handelns macht und damit in der Praxis die Rolle der Avantgarde des Proletariats einnimmt.

Es ist also eine revisionistische Vorstellung der Diktatur des Proletariats in China, die du in deinem Bericht formulierst. Doch mit dieser Vorstellung bist du innerhalb und außerhalb der DKP selbstverständlich nicht alleine<sup>50</sup>. Ich möchte dir an dieser Stelle die Frage stellen: Warum sollten die hochrangigen Funktionäre der KPCh (ZK-Mitglieder u.a.), die sich immense Privilegien gegenüber der chinesischen Arbeiterklasse gesichert haben, diese Privilegien je wieder aufgeben? Ich meine, dass

---

<sup>49</sup> Vgl. Spanidis: Die Diskussion um den Klassencharakter der VR China.

<sup>50</sup> Vgl. z.B. die Beiträge von Richard Corell, Rolf Berthold und Eike Kopf in der Theorie&Praxis 39, März 2015

es keine historisch-materialistische Betrachtungsweise ist, wenn man die Wirkmacht ökonomischer Tatsachen nicht benennt oder sie zweitrangig erscheinen lässt. Im Wesentlichen tust du aber genau das: Du stellst die politische Herrschaft der KPCh der ökonomischen Herrschaft der Kapitalistenklasse förmlich gegenüber, obwohl es sich genau umgekehrt verhält: Durch die Ausbreitung des Revisionismus innerhalb der KPCh und der faktischen Beerdigung sozialistischer Verhältnisse in der Wirtschaft durch die „Öffnungs- und Reformpolitik“ unter Deng Xiaoping hat sich die KPCh von der Avantgarde der Arbeiterklasse schrittweise zur „Avantgarde“ der chinesischen Kapitalistenklasse gewandelt. So scheint es beispielsweise nur konsequent, dass im Jahr 2002 auch die letzten Hürden für die Beteiligung an der politischen Macht durch die nun mögliche Parteimitgliedschaft für Kapitalisten niederzureißen.

Gab es zu der „Reform- und Öffnungspolitik“, wie du die Einführung kapitalistischer Verhältnisse beschönigend nennst, denn tatsächlich keine Alternative? Kann es sein, dass du da der bürgerlichen Propaganda von der Alternativlosigkeit des Kapitalismus aufgesessen bist? Gehen wir als Kommunisten nicht davon aus, dass der Sozialismus als Produktionsweise dem Kapitalismus grundsätzlich überlegen ist? Es gibt jedenfalls keinen sachlichen Grund, davon auszugehen, dass es zum kapitalistischen Entwicklungsweg in China „keine Alternative“ gab oder gibt. Trotz verschiedener Probleme entwickelten sich die Produktivkräfte in China zwischen 1949 und 1978 bereits sehr stark und die durchschnittliche Lebenserwartung konnte um mehrere Jahrzehnte (!) gesteigert werden. Eine Studie bürgerlicher Ökonomen von vor ein paar Jahren kam sogar zu der Einschätzung, dass die chinesische Wirtschaft in den nächsten Jahrzehnten bis 2050 fast ebenso schnell wachsen würde, wenn China eine Planwirtschaft wäre<sup>51</sup>. Es drängt sich der Eindruck auf, dass du hier eher einfach den Kurs der chinesischen „Schwesterpartei“ verteidigen willst, als wirklich der Frage nachzugehen, welche historischen Alternativen es gibt oder gegeben hätte.

### **Armutsbekämpfung und steigende Ausbeutung?**

Da hilft es auch nicht, wenn du leise hinterher schiebst: *„Viele Produktionsmittel sind in den Händen einer neuen Kapitalistenklasse, die Masse aber nach wie vor nicht. Die Produktion auch dieser Produktionsmittel wird in einem gesamtgesellschaftlichen Interesse gesteuert bzw. Kapitalisten werden gezwungen, einen Teil des Mehrwerts in die gesellschaftliche Entwicklung zu investieren. Ohne herrschende Kapitalistenklasse ist es kein Kapitalismus und ich glaube, dass unsere Formulierung von der VR China als einem Land mit sozialistischer Orientierung richtig ist.“* Was ist diese „Steuerung im gesamtgesellschaftlichen Interesse“? Was heißt es, „einen Teil

---

<sup>51</sup> Vgl. Jamil Anderlini: What if Mao still ran China?, Financial Times 9.8.2015

des Mehrwerts in die gesellschaftliche Entwicklung zu investieren“? Diese Vorstellungen klingen doch sehr nach den alten revisionistischen Vorstellungen, dass eine Umverteilung durch Besteuerung bereits ein Instrument des Sozialismus sei. Denn dass ein „Teil des Mehrwerts“ über Steuern in den Staatshaushalt fließt, ist in jedem bürgerlichen Staat der Fall. Ohne Zweifel hat es die KPCh mit dieser Politik in den letzten 40 Jahren geschafft, die Armut in China massiv zu verringern. Jedoch erscheint es in deinem Reisebericht so, als wäre die absolute Verelendung für Kommunisten das Maß aller Dinge, an dem sich ein richtiger oder falscher Entwicklungsweg festmachen lässt. Sollte nicht vielmehr der Grad und die Entwicklung der Ausbeutung das Maß sein, das für uns Kommunisten die höchste Relevanz hat? Und du selbst schreibst dazu ja: „Armut wird beseitigt, gleichzeitig klafft die Schere zwischen Arm und Reich nicht weniger, sondern eher weiter auseinander.“ Neben dem Grad der Ausbeutung spielt die Ausweitung von kapitalistischen Eigentumsverhältnissen und Marktbeziehungen eine große Rolle. Dazu schreibst du, dass *„viele Produktionsmittel (...) in den Händen einer neuen Kapitalistenklasse [sind], die Masse aber nach wie vor nicht“*. Das ist eine außerordentlich vage Aussage bezüglich der Quantität der Produktionsmittel direkt in den Händen der Kapitalistenklasse. Die Frage der Qualität erscheint bei dir konkret in der Aussage, dass die Telekommunikation in den Händen von drei privatkapitalistischen Unternehmen sei, die mit Sicherheit eigene Interessen verfolgen würden. Fakt ist, dass sich der Anteil privatkapitalistischer Unternehmen in China in den letzten 10–15 Jahren stark erhöht hat und mittlerweile auch einige wichtige Monopolkonzerne betrifft<sup>52</sup>. Soviel zur Innenpolitik – wie sieht es jetzt mit der Außenpolitik der VR China aus?

### **Antiimperialistische Außenpolitik?**

Du schreibst: *„Ich meine, dass man feststellen kann, dass die VR China im Weltmaßstab mit ihrer Außenpolitik, mit ihren geostrategischen Überlegungen („Neue Seidenstraße“) im Großen wie im Kleinen eine antiimperialistische Außenpolitik betreibt.“* Was gehört nun zu einer antiimperialistischen Außenpolitik? Zuallererst ist festzustellen, dass eine antiimperialistische Außenpolitik darauf abzielen muss, den Kapitalismus überall auf der Welt zurückzudrängen – sie muss antikapitalistisch sein. Wie wird der Kapitalismus weltweit zurückgedrängt? Primär in dem die Einheit und Kampfkraft der internationalen Arbeiterklasse gestärkt wird, sodass die Arbeiterklasse in revolutionären Situationen stark genug ist, jeweils die Machtfrage zu stellen. Jetzt mag man als Unwissender die Einladung der

---

<sup>52</sup> Vgl. <https://inter.kke.gr/en/articles/The-International-role-of-China/> und <https://www.rieti.go.jp/en/china/17090401.html>

Kommunistischen und Arbeiterparteien durch die KPCh als eine solche Stärkung verstehen. Doch verhält es sich umgekehrt, die Schwächung der Einheit und Kampfkraft der internationalen Arbeiterklasse durch die Politik der KPCh ist immens.

Das zeigt sich einerseits durch die Ausweitung der Beziehungen der KPCh mit opportunistischen Kräften wie SYRIZA. Die VR Chinas fällt dadurch faktisch der griechischen Arbeiterklasse und ihrer Partei, der KKE, direkt in den Rücken. Beispielsweise forderte der chinesische Konzern Cosco, mittlerweile Eigentümer großer Teile des Hafens von Piräus, die SYRIZA-Regierung auf, einen Streik der klassenbewussten Hafentarbeiter Piräus für illegal zu erklären.<sup>53</sup> Es verwundert nicht, dass die griechische Regierung diesem Anliegen unmittelbar nachkam.

Vor allem zeigt es sich aber an der praktischen Umsetzung der chinesischen Außenpolitik. Du hältst sie für „antiimperialistisch“, ich halte sie für imperialistisch – und beide beziehen wir uns dabei auf die Leninsche Imperialismusdefinition. Eine ausführliche Analyse ist an dieser Stelle nicht möglich, daher beziehe ich mich nur auf den einen von dir genannten Aspekt: Die sogenannte „Neue Seidenstraße“ (Belt and Road Initiative) ist ein geostrategisches Projekt der VR China, welches stark den chinesischen Kapitalexpert befeuert und die Abhängigkeit verschiedener Staaten von der VR China<sup>54</sup> erhöht. Es ist ein Projekt, welches die Position der VR China im Rahmen der Neuaufteilung der Welt unter die imperialistischen Hauptmächte zu verbessern sucht. Damit trägt es objektiv zur Verschärfung des Konflikts unter diesen Mächten bei und entspannt die internationale Lage keineswegs.

### **Ist das jetzt Sozialismus?**

Zuletzt noch ein paar Worte zur Rolle deines Reiseberichts in der Debatte unter Kommunisten und speziell in der DKP. Dass du in dieser Debatte Dieter Süverkrüps großartiges Gedicht „Der Sozialismus, Genossen“ anbringst, ganz so, als ob er damals schon deine Position vertreten hätte, ist wirklich etwas absurd. Süverkrüps Gedicht wendet sich ja gerade gegen jene, die den Sozialismus in der Sowjetunion und der DDR endgültig begraben wollten – also indirekt damit auch gegen jene, die sich in China schon Jahre zuvor durchgesetzt hatten. Du führst es jedoch ins Feld gegen jene, die aktuell mit aller Kraft versuchen, die kommunistische Bewegung aus der Krise zu führen, indem sie nicht einfach Plattitüden von sich geben, sondern die realen politischen und ökonomischen Verhältnisse zu analysieren suchen. Weitestgehend

---

<sup>53</sup> Vgl. <http://www.pamehellas.gr/index.php/en/announcements/10354-action-alert-dockworkers-of-cosco-in-greece-continue-strike-for-3rd-day>

<sup>54</sup> Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/china-das-infrastrukturprojekt-neue-seidenstrasse-ist-eine-schuldenfalle-a-1201015.html>

verzichtest du in deinem Reisebericht auch auf tatsachenbasierte Argumente und umgehst bis zum Schluss die Frage, worum es sich in China denn jetzt handelt. Doch diese Frage ist beantwortbar: Anhand der Analyse der oben angerissenen Fragen nach den Produktions- und Eigentumsverhältnissen, nach dem Grad der Ausbeutung, nach der Ausdehnung des Marktes und weiteren ökonomischen Kategorien. Mir scheint du weißt das und sprichst daher lieber von „Land mit sozialistischer Orientierung“ statt von Kapitalismus oder Sozialismus. Doch zwischen beiden Produktionsweisen kann es keine weitere geben<sup>55</sup>.

Stattdessen stützt du dich auf deine eigene Autorität, die Autorität der KPCh und schließlich auch Süverkrüps. Das Anliegen ist klar: Die Partei auf Linie bringen, denn diese hat sich ja auf dem letzten Parteitag nicht dazu durchringen können, den Antrag zur internationalen Arbeit der DKP anzunehmen. In diesem Antrag wollte die Parteiführung jedoch ganz klar die Kontakte zu China, Vietnam und Laos als Länder mit „sozialistischer Orientierung“ ausbauen. Dass die Parteiführung sich trotzdem dazu entschließt, den Parteivorsitzenden auf ein „Arbeitstreffen“ nach China zu schicken und damit den nichtbeschlossen Antrag einfach zur Realität werden lässt<sup>56</sup>, wirft die Frage auf, wie ernst es die Parteiführung eigentlich mit der Diskussion und Klärung zentraler Fragen meint.

## Antwort auf einen Leserbrief von Gerhard Naumann

### ***Frank Flegel:* Antwort auf Gerhard Naumanns Leserbrief in offen-siv 6-2018**

Lieber Gerhard,

---

<sup>55</sup> Es wurde schon viel zu dieser Frage geschrieben. Zum Beispiel von Georgios Koliass: Für die antimonopolistische-antikapitalistische Ausrichtung unseres Kampfes. Einheit und Widerspruch Heft 3, Januar 2016

<sup>56</sup> Günther Pohl, internationaler Sekretär der DKP hatte dies auch bereits in einem Interview kurze Zeit nach dem Parteitag am 25.05.2018 angekündigt: [https://www.unserezeit.de/de/5021/internationale\\_politik/8534/Ohne-Länderkult-und-pauschale-Verdammungen.htm](https://www.unserezeit.de/de/5021/internationale_politik/8534/Ohne-Länderkult-und-pauschale-Verdammungen.htm)

drei Deiner Äußerungen bzw. Fragen reizen zur Diskussion, weil sie sich auf die Grundlagen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung beziehen, auf den historischen Materialismus und auf die Staatstheorie.

Du stellst die zweifelnde Frage: „Kann man denn nur anhand von `Wirtschaftsdaten` den Charakter der Gesellschaft eines Landes bestimmen?“

Und im Zusammenhang mit einer Lesung, bei der Russland als imperialistisches Land bezeichnet wurde, berichtest Du, dass Du gefragt habest, „wieviele und welche Kriege das heutige Russland denn geführt habe“, dass es darauf keine Antwort gab und dass einen Moment lang Stille herrschte im Raum.

Als drittes zitierst Du Lenin aus seiner Imperialismusschrift mit zwei Sätzen: „Kampf um die Neuaufteilung der Welt“ und „Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt ist beendet und beginnt von Neuem“ und fragst danach: „Was trifft auf Russland von heute zu?“ Die Frage ist hier nur rhetorisch, Du hast sie offensichtlich schon beantwortet, denn im nächsten Satz steht: „Die Feststellung, dass Russland ein imperialistisches Land ist, ist schlichtweg falsch.“

Sehen wir näher zu:

Imperialismus ist eine Ausprägung des ökonomischen Systems des Kapitalismus, das letzte und höchste Stadium desselben, nach Lenin bestimmt durch fünf Kriterien: Monopolisierung, Verschmelzung von Industriekapital und Bankkapital zum Finanzkapital, der Kapitalexport wird immer wichtiger und übertrifft den Warenexport, die Aufteilung der Welt unter die Kapitalistenverbände ist abgeschlossen und ebenso abgeschlossen ist die territoriale Aufteilung der Welt unter die führenden kapitalistischen Staaten. Da es aber immer eine ungleiche Entwicklung gibt, verändern sich die Kräfteverhältnisse innerhalb des Imperialismus, führende imperialistische Länder werden schwächer, aufstrebende Länder machen ihnen Konkurrenz, und der zwangsläufig entstehende Kampf um den „Platz an der Sonne“ wird auf allen Ebenen geführt, also mit wirtschaftlichen, diplomatischen, erpresserischen und militärischen Mitteln. So weit sind wir uns sicherlich einig.

Nun zu den von Dir gestellten Fragen.

Erstens: Wie bestimmt man den Charakter einer Gesellschaft? Das ist eine Frage nach der Gültigkeit des historischen Materialismus. Marx und Engels waren der Auffassung, dass die ökonomische Basis eine Gesellschaft bestimmt, dass sich auf dieser Basis und von dieser Basis bestimmt das Rechtssystem, das Staatswesen, die Kultur, die Bildung und Erziehung und so weiter in ihren Grundlagen entwickelt, wobei die konkreten Ausprägungen, die Formen von der jeweiligen historischen Situation abhängen (siehe die unterschiedlichen Formen bürgerlicher Herrschaft bei

immer gleicher Funktion). Mir leuchtet nicht ein, warum wir uns von diesen Grundsätzen entfernen sollten. Hat beispielsweise der Staat in Russland eine andere Funktion als diejenige, die jeder bürgerliche Staat hat, nämlich als „ideeller Gesamtkapitalist“ (Marx) zu fungieren? Wenn das so wäre, wie wäre das zu erklären? Da habe ich schon die absurdesten Begründungen gehört, nämlich dass es in Russland ja noch eine weit verbreitete kommunistische Vorbildung der Bevölkerung und der handelnden Politiker gäbe, dass Putin aus dem KGB kommt und dort alles von der Pike auf gelernt habe und Ähnliches. Dass das idealistische Hirngespinnste sind, drüber werden wir uns hoffentlich einig sein. Deshalb verstehe ich Deine Frage nicht: „Kann man denn nur anhand von `Wirtschaftsdaten` den Charakter der Gesellschaft eines Landes bestimmen?“ Ich muss dagegen fragen: Mit welchen Kriterien denn sonst? Was schlägst Du vor?

Zweitens: Ist ein Land erst dann im Stadium des Imperialismus angekommen, wenn es Krieg führt? Oder ist der imperialistische Krieg das Resultat vorangegangener imperialistischer Auseinandersetzungen mit anderen Mitteln (siehe oben, ökonomische, diplomatische, erpresserische)? Oder anders gefragt: Ist der Imperialismus charakterisiert durch einen bestimmten ökonomischen Entwicklungsstand (siehe Lenin) oder durch eine bestimmte, nach Deinen Worten zu urteilen kriegerische Außenpolitik? Ich bin mir sicher, dass Lenin Recht hat.

Drittens: Die beiden von Dir zitierten Überschriften Lenins: „Kampf um die Neuaufteilung der Welt“ und „Der Kampf um die Aufteilung der Welt ist beendet und beginnt von Neuem“ sollen zusammen mit Deiner Folgerung: „Die Feststellung, dass Russland ein imperialistisches Land ist, ist schlichtweg falsch“ suggerieren, dass Russland kein Teil dieses weltweiten Systems ist. Da muss ich jetzt sagen: das ist falsch. Erstens hat Russland nach der Jelzin-Periode die imperialistische Aufteilung der Welt verändert, indem es sich von der Schlachtbank erhoben und sich, eine starke nationale Bourgeoisie bildend, als eine Weltmacht im Weltgefüge etabliert hat. Zweitens hat Russland sowohl vom Kapitalexport als auch von der geostrategischen Situation her gesteuerte imperialistische Interessen vor allem in seinen Nachbarländern. Diese Interessen sind zur Zeit defensiv, d.h. diese Interessen sind darauf gerichtet, die us-amerikanische, von der EU flankierte ökonomische Erdrosselungspolitik abzuwehren und die militärische Einkreisung Russlands zu durchbrechen bzw. nicht zuzulassen (siehe Syrien). Gleichzeitig versucht Russland aber mittels Wirtschaftsbündnissen (z.B. BRICS und Shanghai-Bündnis) auf dem Weltmarkt unabhängig zu werden vom Dollar und vom IWF und der Weltbank. Das bedeutet, dass Russland um eine eigenständige ökonomische Expansion ringt. So betont Russland immer wieder, dass eine multipolare Welt das Ziel sei, was nichts anderes heißt, als dass Russland die Vorherrschaft des US-Imperialismus brechen will, sich also in Konkurrenz zum US-Imperialismus bewegt. Das ist eine typische

Situation in der imperialistischen Phase des Kapitalismus: „Der Kampf um die Aufteilung der Welt ist beendet und beginnt von Neuem“.

Ich vermag nicht zu erkennen, was an dieser Einschätzung falsch sein soll.

## Aus der Leser/innen-Post

### ***Bodo Schulze: Zur Geschichte des Maoismus in Westdeutschland***

Lieber Genosse Flegel,

vielen Dank für die zugesandten offen-siv-Hefte. Zur Sondernummer „Staatskapitalismus? Sozialimperialismus? MLPD?“ nur ein paar Gedanken anbei.

Die MLPD kann nur bedingt als maoistische Partei betrachtet werden; die kurz erwähnten bundesdeutschen Anhänger der PCP Perus „Leuchtender Pfad“ wohl schon eher, allerdings marginalisiert. Als Anhänger von Bot Avakians (Vorsitzender der Maoistischen Partei in den USA – PCP) „Neue Synthese“ eine Art Reformation des Maoismus a la Perestroika.

In der Geschichte des Maoismus in Westdeutschland gab es zwei Gruppen, die die Sozialimperialismusthese ablehnten: den „Kommunistischen Bund“, eine in Bürgerinitiativen verwurzelte Gruppe, die sich teilweise in die Grünen auflöste, und den „Bund Westdeutscher Kommunisten“, der sich an der Ablehnung der Sozialimperialismusthese vom KBW (der mitgliederstärksten Gruppe des Maoismus in Westdeutschland) abspaltete. Heute noch in der Linkspartei aktiv. (GNN gibt's heute noch in Skeuditz.)



Die MLPD hieß damals noch KABD, war schon immer sehr sektiererisch. Nunmehr aktuell stärker auf Ökologie- oder Frauenbewegung orientiert, hat aber mit der neuesten These von „neuimperialistischen Ländern“ einen selten dämlichen Schmarrn vom Stapel gelassen.

Die „Drei-Welten-Theorie“ stammt nicht von Mao, sondern von Deng Xiao Ping.

Vieles an Geschichtlichem zum Maoismus findet sich auch im Internet bei diversen TKP/ML-Fraktionen und ihren deutschsprachigen Ablegern „Gegen die Strömung“ oder auch „Trotz alledem“. Wenns denn interessiert...

Kommunistische Grüße,

Bodo Schulz

### ***Ludwig Groeneveld: Optimismus***

Sehr geehrter Herr Flegel, anbei noch einige Literatur für Interessenten und Interessierte.

Möge Ihr Seminar weiterhin so erfolgreich laufen wie bisher. Ihre Artikel lese ich mit großem Interesse (und bewundere Ihre treffende Argumentation) und lese ebenfalls „Staat und Revolution“, um Ihre Resultate nachvollziehen zu können.

Ihnen alles Gute, Optimismus und Gesundheit und Kraft, Ihren „Auftrag“ siegreich zu Ende zu führen.

Mit kommunistischen Grüßen,

Ludwig Groeneveld

### ***Vitali Kovel: Kompilation über das Fernstudium gemacht***

Lieber Frank,

drei Hefte 05,06,07 /2018 habe ich am 30.Juli erhalten.

Alle drei sind sehr interessant. Ich habe schon mehrere Artikel gelesen (auf Kosten der Zeit fürs Schreiben), einiges ins Russische übersetzt - so wurde eine Kompilation gemacht über das Fernstudium von KPD und offen-siv in zwei Durchgänge: 2016/17 u. 2018/19 bis zu den praktische Anwendungen. Dies schickte ich an die Sozialnetzgruppe "Die kommunistische Welt".

Man soll, ich meine, bei uns und weltweit wissen, wie man in der KPD lernt. Ich sende beiliegend die Übersetzung für die Kontrolle und eventuell für Eure russischsprechenden Leser (Tschechei, Bulgarien u a.)

Mit den "Thesen KO" habe ich schon begonnen. Damit aber konkurrieren für meine freie Zeit auch andere Übersetzungen und die für mich interessante Lektüre über die DKP und die MLPD. Ich habe auch einiges für die kommunistische Bewegung bei uns zulande zu tun. Die Zeit aber sehr knapp.

Die Seite der Schriftenreihe der KPD viele Monate steht leer, und ich möchte mehr über den XXX. Parteitag lesen.

Neulich habe ich in der Roten Fahne der KPD über ein Buch „Die Ära der Perestroika“ von Gerhard Schnehen gelesen. Es wäre interessant auch für sowjetische Leser, wie unsere sog. "Perestroika" von der Seite aussah. Mich interessiert besonders ihre Auswirkung auf die DDR und andere sozialistische Länder. Bin der Meinung, Egon Krenz hätte das Ziel und die Gefahr der "Perestroika“ nicht verstanden. Es ist wichtig dabei, wonach die Quellen "riechen", weil die meisten unsere viel lügen. Ist es möglich das Buch zu verschaffen, oder Du rätst ein besseres?

Hast Du meine Mail vom 14.Juli erhalten? Wäre meine Übersetzung verständlich? Deine letzte Mail war vom 3.April.

Ich bewundere Deine umfangreiche und selbstlose, rein kommunistische Tätigkeit und berücksichtige Deinen dichten Kalenderplan mit wichtigen Gedenkdaten (was mir viel neue interessante Lektüre verspricht).

Mit kommunistischen Grüßen aus Gorki,

Vitali

## ***Joachim Becker: offen-siv wird gebraucht***

Lieber Frank, recht vielen Dank für die offen-siv-Ausgaben. Ja, ohne offen-siv geht's nicht. offen-siv ist immer wieder lehrreich und für Marxisten-Leninisten ein absolutes Muss. Das ist meine persönliche Meinung. Deshalb, Anna und Du, macht weiter so. offen-siv wird gebraucht für unseren gemeinsamen Kampf.

Kommunistische Grüße an Euch beide,

Joachim Becker





# **100 Jahre KPD und Novemberrevolution**



## **Einladung zur Festveranstaltung**

am 24. November 2018, 11:00 bis 14:30 Uhr  
im Münzenbergsaal, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin



**Kommunistische Partei Deutschlands**



---

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,  
37194 Bodenfelde-Wahmbeck  
Postvertriebsstück,  
DPAG, H 14360  
**Entgelt bezahlt**

